



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

---

*Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung*

---

2011/0288(COD)

20.7.2012

# ÄNDERUNGSANTRÄGE 425 – 769

**Entwurf eines Berichts**  
**Giovanni La Via**  
(PE483.834v01-00)

Finanzierung, Verwaltung und Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik

Vorschlag für eine Verordnung  
(COM(2011)0628 endg./2 – C7-0000/0000 – 2011/0288(COD))

AM\910034DE.doc

PE494.482v02-00

**DE**

*In Vielfalt geeint*

**DE**



## **Änderungsantrag 425**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 61 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Bei der Auswahl der Kontrollstichproben trägt die zuständige Behörde gemäß Artikel 60 dem Ausmaß der Risiken für den EU-Haushalt Rechnung und berücksichtigt dabei die Gefährdung der Umwelt und der Gesundheit des Menschen und die damit verbundenen Kosten.***

Or. en

#### *Begründung*

*Die Grundsätze der wirtschaftlichen Haushaltsführung bei der Finanzierung aus Mitteln der öffentlichen Hand besagen, dass Risiken für den Fonds oder den EU-Haushalt auch die Umweltkosten und die Kosten des Schutzes der Gesundheit des Menschen umfassen, beispielsweise in Bezug auf die Kosten der Umweltsanierung, der Entsorgung gefährlicher und schädlicher Stoffe und der etwaigen Entschädigung der von Krisen oder Verseuchungen betroffenen Personen, darunter auch Landwirten. Die EU sollte keine schädlichen Praktiken fördern, denn für Umweltschäden und die Gefährdung der Gesundheit des Menschen wird doppelt gezahlt – zum einen über die Beihilfen im Rahmen der GAP und zum anderen aus Mitteln der öffentlichen Hand.*

## **Änderungsantrag 426**

**Bas Eickhout**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 61 – Absatz 2 – Unterabsatz 2 (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Bei der Auswahl der risikobasierten Kontrollstichproben können die Mitgliedstaaten berücksichtigen, dass der***

***ökologische/biologische Landbau generell ein geringeres Umweltverschmutzungsrisiko birgt und deshalb auch die Risiken für die Mittel der öffentlichen Hand und den EU-Haushalt geringer sind.***

Or. en

*Begründung*

*Die Zahlstellen wählen aus, in welchen Betrieben die Einhaltung der Cross-Compliance-Vorschriften (und/oder der künftigen Ökologierungsmaßnahmen) geprüft wird. Bei Kontrollstichproben in Bezug auf die Umweltgefährdung sollte berücksichtigt werden, dass der ökologische/biologische Landbau dank der dort genutzten agrarökologischen Verfahren generell ein geringeres Risiko (von Umweltkosten) für den EU-Haushalt birgt.*

**Änderungsantrag 427**  
**Wojciech Michał Olejniczak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 61 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) Die Mitgliedstaaten können die Zahl der Vor-Ort-Kontrollen in den Fällen verringern, wo die Fehlerquoten akzeptabel sind und die die Verwaltungs- und Kontrollsysteme ordnungsgemäß funktionieren. Die Kommission nimmt gemäß Artikel 111 delegierte Rechtsakte an, in denen die einzelnen Bedingungen für die Mitgliedstaaten festgelegt werden. Ferner kann die Kommission delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 annehmen, die darauf abzielen, die jährlichen Kontrollen vor Ort auf 3 % aller Landwirte zu begrenzen, die einen Beihilfeantrag oder einen Zahlungsantrag gestellt haben.***

Or. pl

### *Begründung*

*Die Mitgliedstaaten müssen die Möglichkeit haben, die Kontrollen vor Ort zu reduzieren, wenn die Verstöße zurückgehen. Insbesondere betrifft dies die Änderung entsprechender Vorschriften zum integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem.*

#### **Änderungsantrag 428**

**Julie Girling, Richard Ashworth, James Nicholson, Anthea McIntyre, Kay Swinburne**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 61 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) Die Mitgliedstaaten können den Satz der Kontrollen reduzieren, wenn die Fehlerquoten akzeptabel sind.***

Or. en

#### **Änderungsantrag 429**

**George Lyon, Sylvie Goulard, Liam Aylward**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 61 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) Die Mitgliedstaaten können den Satz der Vor-Ort-Kontrollen reduzieren, wenn die Fehlerquoten akzeptabel sind. Die jeweils geltenden Vorschriften und Bestimmungen werden gemäß Artikel 64 dieser Verordnung in delegierten Rechtsakten festgelegt.***

Or. en

### *Begründung*

*In Änderungsantrag 63 des Berichtstatters ist der Wortlaut „und die Verwaltungs- und Kontrollsysteme ordnungsgemäß funktionieren“ insofern unklar, als das Gemeinte nicht daraus hervorgeht, was zu zahlreichen zusätzlichen Anforderungen führen könnte, und dadurch könnten die Chancen auf eine Verringerung der Zahl der Kontrollen geschmälert*

werden.

**Änderungsantrag 430**  
**Alfreds Rubiks**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 64 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(1) Um zu gewährleisten, dass die Kontrollen ordnungsgemäß und wirksam angewendet werden und die Überprüfung der Beihilfevoraussetzungen auf wirksame, kohärente und nichtdiskriminierende Weise durchgeführt wird, mit der die finanziellen Interessen der Europäischen Union geschützt werden, wird die Kommission ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, die die Fälle betreffen, in denen der Begünstigte oder sein Vertreter die Durchführung der Kontrollen verhindert.***

***entfällt***

Or. lv

**Änderungsantrag 431**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 64 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Die Kommission ***erlässt im Wege von Durchführungsrechtsakten die erforderlichen Bestimmungen***, um eine einheitliche Anwendung dieses Kapitels in der Europäischen Union zu erzielen. Diese Vorschriften können sich ***insbesondere*** auf Folgendes beziehen:

Die Kommission ***wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen***, um eine einheitliche Anwendung dieses Kapitels in der Europäischen Union zu erzielen. Diese Vorschriften können sich auf Folgendes beziehen:

Or. de

## Begründung

Die aufgeführten Entscheidungen sind keine rein technischen.

### Änderungsantrag 432

Julie Girling, James Nicholson, Anthea McIntyre

#### Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 64 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b

##### Vorschlag der Kommission

b) Vorschriften über den Mindestsatz von Vor-Ort-Kontrollen, die für ein wirksames Risikomanagement erforderlich *sind*, sowie über die Bedingungen, unter denen die Mitgliedstaaten die Zahl der Kontrollen erhöhen müssen bzw. reduzieren können, wenn *die Verwaltungs- und Kontrollsysteme ordnungsgemäß funktionieren und* die Fehlerquoten akzeptabel sind;

##### Geänderter Text

b) Vorschriften über den Mindestsatz von Vor-Ort-Kontrollen, *der bei einem einsatzbereiten Integrierten Kontroll- und Verwaltungssystem (InVeKoS) auf 1 % oder in anderen Fällen auf den Mindestsatz festgelegt werden sollte, der* für ein wirksames Risikomanagement erforderlich *ist*, sowie über die Bedingungen, unter denen die Mitgliedstaaten die Zahl der Kontrollen erhöhen müssen bzw. reduzieren können, wenn die Fehlerquoten akzeptabel sind, *einschließlich der Fristen, innerhalb derer die Kommission auf den Hinweis reagieren sollte, dass ein Mitgliedstaat seine Vor-Ort-Kontrollen reduzieren möchte;*

Or. en

## Begründung

*Eine akzeptable Fehlerquote sollte als Grund für die Entscheidung ausreichen, ob ein Mitgliedstaat seine Kontrollen reduzieren darf. Bekundet ein Mitgliedstaat die Absicht, seine Kontrollen zu reduzieren, sollte für ein Veto der Kommission eine Frist gelten.*

### Änderungsantrag 433

George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers, Liam Aylward

#### Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 64 – Absatz 1 a (neu)

***Damit die Kontrollen ordnungsgemäß und wirksam angewendet werden und die Überprüfung der Beihilfevoraussetzungen auf wirksame, kohärente und nichtdiskriminierende Weise durchgeführt wird, mit der die finanziellen Interessen der Europäischen Union geschützt werden, wird die Kommission ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, die die Vorschriften über den Mindestsatz von Vor-Ort-Kontrollen betreffen, der für ein wirksames, verhältnismäßiges und risikobasiertes Risikomanagement erforderlich ist, sowie über die Bedingungen, unter denen die Mitgliedstaaten die Zahl der Kontrollen erhöhen müssen bzw. reduzieren können, wenn die Fehlerquoten akzeptabel sind, einschließlich der Fristen, innerhalb derer die Kommission auf den Hinweis reagieren sollte, dass ein Mitgliedstaat seine Vor-Ort-Kontrollen reduzieren möchte;***

Or. en

#### *Begründung*

*Der in Änderungsantrag 63 des Berichtstatters verwendete Wortlaut „und die Verwaltungs- und Kontrollsysteme ordnungsgemäß funktionieren“ könnte zu zahlreichen zusätzlichen Anforderungen führen, und dadurch könnten die Chancen auf eine Verringerung der Zahl der Kontrollen geschmälert werden. Darüber hinaus sollte es eine Frist geben, innerhalb derer die Kommission dem Mitgliedstaat antworten muss, der die Zahl der Kontrollen zu verringern beabsichtigt. Allerdings sollte dieser Änderungsantrag mit dem vom Berichtstatter ausgewählten und vom Europäischen Parlament befürworteten Verfahren für die Durchführung in Einklang gebracht werden, das heißt, es sollten delegierte Rechtsakte erlassen werden.*

#### **Änderungsantrag 434**

**George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers, Liam Aylward**



**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 64 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***b) Vorschriften über den Mindestsatz von Vor-Ort-Kontrollen, die für ein wirksames Risikomanagement erforderlich sind, sowie über die Bedingungen, unter denen die Mitgliedstaaten die Zahl der Kontrollen erhöhen müssen bzw. reduzieren können, wenn die Verwaltungs- und Kontrollsysteme ordnungsgemäß funktionieren und die Fehlerquoten akzeptabel sind;*** ***entfällt***

Or. en

*Begründung*

*Der in Änderungsantrag 63 des Berichtstatters verwendete Wortlaut „und die Verwaltungs- und Kontrollsysteme ordnungsgemäß funktionieren“ könnte zu zahlreichen zusätzlichen Anforderungen führen, und dadurch könnten die Chancen auf eine Verringerung der Zahl der Kontrollen geschmälert werden. Darüber hinaus sollte es eine Frist geben, innerhalb derer die Kommission dem Mitgliedstaat antworten muss, der die Zahl der Kontrollen zu verringern beabsichtigt. Allerdings sollte dieser Änderungsantrag mit dem vom Berichtstatter ausgewählten und vom Europäischen Parlament befürworteten Verfahren für die Durchführung in Einklang gebracht werden, das heißt, es sollten delegierte Rechtsakte erlassen werden.*

**Änderungsantrag 435**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 64 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b – Ziffer i (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***i) betragen die finanziellen Auswirkungen von im Rahmen der nach dem Zufallsprinzip gezogenen Vor-Ort-Kontrollen festgestellten Fehlern (Fehlerquote) in beiden vorausgehenden Jahren jeweils weniger als 2 % so können diese Mitgliedsstaaten die Zahl der Vor-***

***Ort-Kontrollen um bis zu 50 %  
reduzieren.***

Or. de

*Begründung*

*Die Aussagen der Kommission im Bezug auf das Absenken/Anheben der Kontrollquoten ist sehr vage. Eine weitere Konkretisierung wann ein Anheben oder Absenken der Kontrollquoten erfolgen soll, muss im Basisrechtsakt erfolgen.*

**Änderungsantrag 436  
Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 64 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b – Ziffer ii (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ii) betragen die finanziellen  
Auswirkungen von im Rahmen der nach  
dem Zufallsprinzip gezogenen Vor-Ort-  
Kontrollen festgestellten Fehlern  
(Fehlerquote) in beiden vorausgehenden  
Jahren jeweils mehr als 5 % so müssen  
diese Mitgliedsstaaten die Zahl der Vor-  
Ort-Kontrollen um bis zu 50 % erhöhen.***

Or. de

*Begründung*

*Die Aussagen der Kommission im Bezug auf das Absenken/Anheben der Kontrollquoten ist sehr vage. Eine weitere Konkretisierung wann ein Anheben oder Absenken der Kontrollquoten erfolgen soll, muss im Basisrechtsakt erfolgen.*

**Änderungsantrag 437  
Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 64 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b – Ziffer iii (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**iii) betragen die finanziellen Auswirkungen von im Rahmen der nach dem Zufallsprinzip gezogenen Vor-Ort-Kontrollen festgestellten Fehlern (Fehlerquote) in beiden vorausgehenden Jahren jeweils weniger als 1 % so können diese Mitgliedsstaaten die Zahl der Vor-Ort-Kontrollen auf 25 % des üblichen Kontrollsatzes absenken.**

Or. de

*Begründung*

*Die Aussagen der Kommission im Bezug auf das Absenken/Anheben der Kontrollquoten ist sehr vage. Eine weitere Konkretisierung wann ein Anheben oder Absenken der Kontrollquoten erfolgen soll, muss im Basisrechtsakt erfolgen.*

**Änderungsantrag 438  
Alfreds Rubiks**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 65 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Stellt sich heraus, dass ein Begünstigter die Förderkriterien oder die mit der Gewährung der Beihilfe verbundenen Auflagen gemäß den sektorbezogenen Agrarvorschriften nicht erfüllt, so wird die Beihilfe ganz **oder teilweise** eingestellt.

(1) Stellt sich heraus, dass ein Begünstigter die Förderkriterien oder die mit der Gewährung der Beihilfe verbundenen Auflagen gemäß den sektorbezogenen Agrarvorschriften nicht erfüllt, so wird die Beihilfe ganz eingestellt, **und die Zahlungen für den vorschriftswidrigen Teil werden für die kommenden zwei Jahre gekürzt.**

Or. lv

**Änderungsantrag 439  
Rareş-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 65 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Soweit das EU-Recht dies vorsieht, verhängen die Mitgliedstaaten auch Sanktionen, indem sie die gewährte oder zu gewährende Zahlung oder Teilzahlung, bei der die Förderkriterien oder die Verpflichtungen erfüllt sind, kürzen oder aussetzen.**

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 440  
Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 65 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Soweit das EU-Recht dies vorsieht, verhängen die Mitgliedstaaten auch Sanktionen, indem sie die gewährte oder zu gewährende Zahlung oder Teilzahlung, bei der die Förderkriterien oder die Verpflichtungen erfüllt sind, kürzen oder aussetzen.

Soweit das EU-Recht dies vorsieht, verhängen die Mitgliedstaaten **nach Maßgabe der in Durchführungsrechtsakten festgelegten Einzelheiten gegebenenfalls** auch Sanktionen, indem sie die gewährte oder zu gewährende Zahlung oder Teilzahlung, bei der die Förderkriterien oder die Verpflichtungen erfüllt sind, kürzen oder aussetzen.

Or. en

**Änderungsantrag 441  
Albert Deß**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 65 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

**Die Kürzung wird je** nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes **abgestuft und kann** bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen oder Stützungsmaßnahmen für ein oder mehrere Kalenderjahre gehen.

*Geänderter Text*

**Je** nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes **können die verhängten Verwaltungssanktionen** bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen oder Stützungsmaßnahmen für ein oder mehrere Kalenderjahre gehen.

Or. de

**Änderungsantrag 442**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 65 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kürzung wird je nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes abgestuft und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen oder Stützungsmaßnahmen für ein oder mehrere Kalenderjahre gehen.

*Geänderter Text*

Die Kürzung wird je nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes abgestuft und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen oder Stützungsmaßnahmen für ein oder mehrere Kalenderjahre gehen. **Bei der angemessenen Bewertung des Risikos für Mittel der öffentlichen Hand und der Berechnung des Betrags, um den die Beihilfe für einen Antragsteller gekürzt wird, der gegen die Vorschriften für die Gewährung dieser Beihilfe verstoßen hat, sorgen die zuständigen Behörden dafür, dass der Umfang der Kürzung den tatsächlichen Kosten entspricht, die der Gesellschaft durch den Verstoß entstanden sind, und tragen dabei Artikel 60 Rechnung.**

Or. en

## *Begründung*

*Bei der Bemessung des Umfangs, in dem die Beihilfe bei Verstößen gegen die Cross-Compliance-Vorschriften gekürzt wird (im Gegensatz zu Sanktionen bei Nichterfüllung der Beihilfевoraussetzungen), wird bereits auf Schwere (ja/nein), Umfang (der Auswirkungen) und Dauer (bis ein System wieder funktioniert oder bis ein Verstoß keine Gefährdung der Gesundheit des Menschen oder der Umwelt mehr darstellt) zurückgegriffen, doch gelegentlich entspricht der Umfang der Kürzung nicht der Wirklichkeit. Die Forderung nach Angemessenheit bedeutet, dass bei hohen Kosten für die Gesellschaft auch in großem Umfang Kürzungen vorgenommen werden sollten.*

### **Änderungsantrag 443**

**George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers, Liam Aylward**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 65 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Die Kürzung wird je nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes abgestuft und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegulungen oder Stützungsmaßnahmen für ein oder mehrere Kalenderjahre gehen.

##### *Geänderter Text*

Die Kürzung wird je nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes **und im Verhältnis zur Schwere und Art des Verstoßes** abgestuft und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegulungen oder Stützungsmaßnahmen für ein oder mehrere Kalenderjahre gehen.

Or. en

## *Begründung*

*Zur Wahrung eines kohärenten Wortlauts in der Verordnung dürfte „Schwere“ hier angemessener sein als „Umfang“ [das von den Verfassern beanstandete Wort „size“ taucht im englischen Original allerdings gar nicht auf – Anm. d. Ü.]*

### **Änderungsantrag 444**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 65 – Absatz 2 – Unterabsatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Bei der Bewertung der Schwere des Verstoßes berücksichtigen die für die Kürzung der Beihilfen zuständigen Behörden, dass bei einigen Arten von Verstößen aufgrund der Art des Vorfalls, der eine Umweltverschmutzung bewirkt hat, oder aufgrund der Art der Krise im Bereich öffentliche Gesundheit das ursprünglich betroffene Gebiet klein sein kann, die Folgen aber ein wesentlich größeres Gebiet betreffen oder sich über viele Jahre zeigen können.***

Or. en

**Änderungsantrag 445  
Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 65 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(3) Die von der Einstellung gemäß Absatz 1 und den Sanktionen gemäß Absatz 2 betroffenen Beträge werden in voller Höhe zurückgefordert.

(3) Die von der Einstellung gemäß Absatz 1 und den Sanktionen gemäß Absatz 2 betroffenen Beträge werden ***unbeschadet Artikel 56 Absatz 3*** in voller Höhe zurückgefordert.

Or. de

*Begründung*

*Die Wiedereinziehung von Kleinstbeträgen verursacht einen nicht unerheblichen bürokratischen Aufwand. Beträge unterhalb einer bestimmten Bagatellgrenze sollten daher nicht eingezogen werden, so dass das Kostennutzenverhältnis gewahrt bleibt.*

**Änderungsantrag 446  
George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers, Liam Aylward**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 65 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3a) Die von der Einstellung gemäß Absatz 1a und den Sanktionen gemäß Absatz 2 betroffenen Beträge werden je nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes und im Verhältnis zur Schwere und Art des Verstoßes abgestuft.**

Or. en

*Begründung*

*Zur Wahrung eines kohärenten Wortlauts in der Verordnung dürfte „Schwere“ hier angemessener sein als „Umfang“ [das von den Verfassern beanstandete Wort „size“ taucht im englischen Original allerdings gar nicht auf – Anm. d. Ü.]*

**Änderungsantrag 447**  
**Esther de Lange, Marianne Thyssen, Ivo Belet**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 65 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3a) Rückforderungen und Kürzungen aufgrund von Verstößen gegen die Verpflichtungen gemäß Titel III Kapitel 2 der Verordnung (EU) Nr. DZ/2012 übersteigen die Summe der Zahlungen gemäß diesem Kapitel 2 nicht.**

**Die gemäß diesem Absatz zurückgeforderten Beträge werden als EU-Förderung für Maßnahmen im Rahmen der Programmplanung für die Entwicklung des ländlichen Raums bereitgestellt, die nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. [...] [LEV] aus dem ELER finanziert werden, und Landwirten oder Gruppen von Landwirten gewährt, die Maßnahmen zur Förderung der**



*nachhaltigen Entwicklung einführen.*

Or. en

**Änderungsantrag 448**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 65 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 65a**

***Rückforderungen und Kürzungen von  
Zahlungen für dem Klima- und  
Umweltschutz förderliche  
Landbewirtschaftungsmethoden***

***Unbeschadet von Artikel 65 kann der  
Betrag der Rückforderungen und  
Kürzungen gemäß diesem Artikel  
aufgrund von Verstößen gegen die  
Verpflichtungen gemäß Titel III Kapitel 2  
der Verordnung ... (Direktzahlungen) die  
Summe der Zahlungen gemäß diesem  
Kapitel übersteigen.***

Or. en

**Änderungsantrag 449**

**Jens Rohde**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 65 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 65a**

***Rückforderungen und Kürzungen von  
Zahlungen an landwirtschaftliche  
Betriebe für dem Klima- und  
Umweltschutz förderliche***

***Landbewirtschaftungsmethoden***

***Unbeschadet von Artikel 65 übersteigt der Betrag der Rückforderungen und Kürzungen gemäß dieses Artikels aufgrund von Verstößen gegen die Verpflichtungen gemäß Titel III Kapitel 2 der Verordnung XXX (DZ) die Summe der Zahlungen gemäß diesem Kapitel nicht.***

Or. en

***Begründung***

*Die Höhe der Sanktionen für die Nichteinhaltung von Ökologierungsmaßnahmen sollte auf die Höhe der tatsächlich an den landwirtschaftlichen Betrieb gezahlte Ökologierungsbeihilfe begrenzt sein.*

**Änderungsantrag 450  
Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 66 – Absatz 1 — Unterabsatz 1 – Buchstabe i a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ia) die Verfahren und technischen Kriterien im Zusammenhang mit den Maßnahmen und Sanktionen gemäß Absatz 1 im Falle der Nichteinhaltung der sich aus der Anwendung dieser Verordnung ergebenden Verpflichtungen.***

Or. de

**Änderungsantrag 451  
Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 66 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**a) die Verfahren und technischen Kriterien im Zusammenhang mit den Maßnahmen und Sanktionen gemäß Absatz 1 im Falle der Nichteinhaltung der sich aus der Anwendung dieser Verordnung ergebenden Verpflichtungen;**

**entfällt**

Or. de

*Begründung*

*Dies ist keine rein technische Entscheidung.*

**Änderungsantrag 452  
Mairead McGuinness**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Titel V Kapitel I a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Kapitel Ia (neu)  
Kontrollsystem und  
Verwaltungssanktionen im  
Zusammenhang mit der Ökologisierung**

Or. en

**Änderungsantrag 453  
Mairead McGuinness**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 67 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 67a (neu)  
Kontrollen im Zusammenhang mit der  
Ökologisierung**

*(1) Die Mitgliedstaaten können gegebenenfalls das integrierte System gemäß Titel V Kapitel II und insbesondere die Bestandteile des Systems gemäß Artikel 69 Absatz 1 Buchstaben a, b, d, e und f anwenden.*

*(2) Die Mitgliedstaaten prüfen durch Vor-Ort-Kontrollen, ob die Begünstigten ihren Verpflichtungen nach Titel III Kapitel II der DZxxx nachkommen. Je nach den Ökologierungsmaßnahmen können die Mitgliedstaaten Verwaltungskontrollen durchführen, sofern ihre Wirksamkeit nachgewiesen werden kann.*

*(3) Für die Zwecke der Vor-Ort-Kontrollen stellen die Mitgliedstaaten einen Stichprobenplan für die landwirtschaftlichen Betriebe und/oder Begünstigten auf, der mit dem in Artikel 75 geforderten Stichprobenplan identisch sein kann.*

*(4) Bei den Vor-Ort-Kontrollen wird die Einhaltung aller einschlägigen Ökologierungsmaßnahmen des landwirtschaftlichen Betriebs geprüft.*

*(5) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 111 delegierte Rechtsakte in Bezug auf die Durchführung von Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen gemäß Titel III Kapitel II der DZxxx zu erlassen.*

Or. en

**Änderungsantrag 454**  
**Mairead McGuinness**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 67 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 67b (neu)**

***Verhängung von Verwaltungsanktionen  
im Zusammenhang mit der  
Ökologisierung***

***(1) Wird festgestellt, dass ein Begünstigter seinen Verpflichtungen nach Titel III Kapitel II der DZxxx nicht nachkommt, wird die Beihilfe ganz oder teilweise zurückgefordert.***

***(2) Die Kürzung wird je nach Schwere, Umfang, Dauer und Häufigkeit des Verstoßes abgestuft.***

Or. en

**Änderungsantrag 455  
Mairead McGuinness**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 67 c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Artikel 67c (neu)***

***Übertragene Befugnisse***

***(1) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 111 delegierte Rechtsakte mit genauen Bestimmungen zur Schaffung einer harmonisierten Grundlage für die Berechnung der Verwaltungsanktionen nach Artikel 67b unter Berücksichtigung von Kürzungen infolge der Haushaltsdisziplin und der Berechnung und Anwendung der Sanktionen nach Artikel 67b zu erlassen.***

Or. en

**Änderungsantrag 456  
Julie Girling, James Nicholson, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 68 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Die Mitgliedstaaten können bei der Einrichtung ihres integrierten Systems in geeigneter Weise auf Technologie zurückgreifen.***

Or. en

**Änderungsantrag 457**

**George Lyon, Sylvie Goulard, Liam Aylward**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 68 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Die Mitgliedstaaten greifen bei der Einrichtung ihres integrierten Systems in geeigneter Weise auf Technologie zurück.***

Or. en

*Begründung*

*Der Änderungsantrag 78 des Berichtstatters ist zu streng formuliert und könnte unnötigen Aufwand verursachen, und in diesem Zusammenhang ist der Ausdruck „in geeigneter Weise“ gegenüber dem Ausdruck „in möglichst umfassender Weise“ zu bevorzugen.*

**Änderungsantrag 458**

**Julie Girling, James Nicholson, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 69 – Absatz 1 – Buchstabe f**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

f) ein ***einheitliches*** System zur Erfassung jedes Begünstigten der Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2, der einen Beihilfe- oder Zahlungsantrag stellt.

f) ein System zur Erfassung jedes Begünstigten der Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2, der einen Beihilfe- oder Zahlungsantrag stellt.

*Begründung*

*Systeme sollten nicht auf bestimmte Verwaltungsverfahren, sondern auf das Ergebnis ausgerichtet sein, damit die Mitgliedstaaten auf ihren Bedarf zugeschnittene Systeme entwickeln können.*

**Änderungsantrag 459**  
**George Lyon**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 69 – Absatz 1 – Buchstabe f**

*Vorschlag der Kommission*

f) ein **einheitliches** System zur Erfassung jedes Begünstigten der Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2, der einen Beihilfe- oder Zahlungsantrag stellt.

*Geänderter Text*

f) ein System zur Erfassung jedes Begünstigten der Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2, der einen Beihilfe- oder Zahlungsantrag stellt.

*Begründung*

*Die Mitgliedstaaten sollten das System so betreiben können, wie sie wollen, solange es funktioniert.*

**Änderungsantrag 460**  
**Jim Higgins, Seán Kelly**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 69 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

**(2) Gegebenenfalls umfasst das integrierte System ein gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1760/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>42</sup> und (EG) Nr. 21/2004<sup>43</sup> des Rates eingerichtetes System zur Kennzeichnung und Registrierung von Tieren.**

*Geänderter Text*

**entfällt**

*Begründung*

*Die Verordnung (EG) Nr. 21/2004 sollte angesichts der Schwierigkeiten bei ihrer Durchführung nicht Bestandteil des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems sein.*

**Änderungsantrag 461**  
**Julie Girling, James Nicholson**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 70 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Diese Datenbank ermöglicht über die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats insbesondere den Abruf der Daten der Kalender- und/oder Wirtschaftsjahre ab dem Jahr **2000**. Sie ermöglicht auch den direkten und sofortigen Abruf der Daten der letzten **fünf** aufeinander folgenden Kalenderjahre.

*Geänderter Text*

Diese Datenbank ermöglicht über die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats insbesondere den Abruf der Daten der Kalender- und/oder Wirtschaftsjahre ab dem Jahr **2010**. **Dies gilt nicht für die Mitgliedstaaten mit einem Einheitswert der Zahlungsansprüche, die gemäß Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx [DP] berechnet werden. Die Datenbank** ermöglicht allen **Mitgliedstaaten** auch den direkten und sofortigen Abruf der Daten der letzten **vier** aufeinanderfolgenden Kalenderjahre.

*Begründung*

*Die Daten sollten erst ab 2010 und nicht schon ab 2000 zum Abruf zu speichern sein. Wenn die Anzahl der Jahre, für die die Daten zum direkten und sofortigen Abruf bereitzustellen sind, erhöht wird, würden auch die Kosten für die Zahlstellen steigen, und das ist nicht gerechtfertigt. Deshalb sollte es bei vier Jahren bleiben.*

**Änderungsantrag 462**  
**Juozas Imbrasas**



**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 70 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Diese Datenbank ermöglicht über die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats insbesondere den Abruf der Daten der Kalender- und/oder Wirtschaftsjahre ab dem Jahr 2000. Sie ermöglicht auch den direkten und sofortigen Abruf der Daten der letzten fünf aufeinander folgenden Kalenderjahre.

*Geänderter Text*

Diese Datenbank ermöglicht über die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats insbesondere den Abruf der Daten der Kalender- und/oder Wirtschaftsjahre ab dem Jahr 2000. **Die Länder, die der EU 2004 beigetreten sind, brauchen die Verfügbarkeit der Daten jedoch erst ab 2004 sicherzustellen.** Sie ermöglicht auch den direkten und sofortigen Abruf der Daten der letzten fünf aufeinander folgenden Kalenderjahre.

Or. It

**Änderungsantrag 463**

**Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 70 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Die Mitgliedstaaten können dezentrale Datenbanken einrichten, sofern diese sowie die Verwaltungsverfahren für die Datenerfassung und -speicherung im ganzen Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats **einheitlich** und **im Hinblick auf** einen Kontrollabgleich **untereinander kompatibel sind**.

*Geänderter Text*

(2) Die Mitgliedstaaten können dezentrale Datenbanken einrichten, sofern diese sowie die Verwaltungsverfahren für die Datenerfassung und -speicherung im ganzen Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats **konzipiert sind** und einen Kontrollabgleich **ermöglichen**.

Or. en

*Begründung*

*Dies ist eine Vereinfachung, die nicht auf bestimmte Verwaltungsverfahren, sondern auf das Ergebnis ausgerichtet ist und den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnet, auf ihren Bedarf zugeschnittene Systeme zu entwickeln.*

**Änderungsantrag 464**  
**George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 70 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Die Mitgliedstaaten können dezentrale Datenbanken einrichten, sofern diese sowie die Verwaltungsverfahren für die Datenerfassung und -speicherung im ganzen Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats **einheitlich** und **im Hinblick auf** einen Kontrollabgleich **untereinander kompatibel sind**.

*Geänderter Text*

(2) Die Mitgliedstaaten können dezentrale Datenbanken einrichten, sofern diese sowie die Verwaltungsverfahren für die Datenerfassung und -speicherung im ganzen Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats **so konzipiert sind, dass sie** einen Kontrollabgleich **ermöglichen**.

Or. en

*Begründung*

*Dies sorgt für eine Vereinfachung, die nicht auf bestimmte Verwaltungsverfahren, sondern auf das Ergebnis ausgerichtet ist, damit die Mitgliedstaaten auf ihren Bedarf zugeschnittene Systeme entwickeln können.*

**Änderungsantrag 465**  
**Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 71 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen stützt sich auf Katasterpläne und -unterlagen oder anderes Kartenmaterial. Dazu werden computergestützte geografische Informationssysteme eingesetzt, vorzugsweise einschließlich Luft- und Satellitenorthobildern mit homogenem Standard, der mindestens eine dem **Maßstab 1:5000** entsprechende Genauigkeit gewährleistet.

*Geänderter Text*

Das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen stützt sich auf Katasterpläne und -unterlagen oder anderes Kartenmaterial. Dazu werden computergestützte geografische Informationssysteme eingesetzt, vorzugsweise einschließlich Luft- und Satellitenorthobildern mit homogenem Standard, der mindestens eine dem **Maßstab 1:10 000** entsprechende Genauigkeit gewährleistet.

*Begründung*

*Die Kartengenauigkeit ist bereits sehr hoch, und die vorgeschlagene Änderung auf den Maßstab 1:5000 wäre mit der Neuerstellung zahlreicher Karten verbunden und würde sich nachteilig auf die Landwirte auswirken.*

**Änderungsantrag 466**  
**George Lyon, Marit Paulsen**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 71 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen stützt sich auf Katasterpläne und -unterlagen oder anderes Kartenmaterial. Dazu werden computergestützte geografische Informationssystemtechniken eingesetzt, vorzugsweise einschließlich Luft- und Satellitenorthobildern mit homogenem Standard, der mindestens eine dem Maßstab **1:5000** entsprechende Genauigkeit gewährleistet.

*Geänderter Text*

Das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen stützt sich auf Katasterpläne und -unterlagen oder anderes Kartenmaterial. Dazu werden computergestützte geografische Informationssystemtechniken eingesetzt, vorzugsweise einschließlich Luft- und Satellitenorthobildern mit homogenem Standard, der mindestens eine dem Maßstab **1:10 000** entsprechende Genauigkeit gewährleistet.

*Begründung*

*Die mit dem bisherigen Maßstab 1:10 000 erreichte Genauigkeit reicht aus und muss nicht erhöht werden. Eine Änderung auf einen Maßstab von 1:5000 würde deshalb mit unnötigen Verwaltungskosten einhergehen.*

**Änderungsantrag 467**  
**Juozas Imbrasas**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 71 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen stützt sich auf Katasterpläne und -unterlagen oder anderes Kartenmaterial. Dazu werden computergestützte geografische Informationssystemtechniken eingesetzt, vorzugsweise einschließlich Luft- und Satellitenorthobildern mit homogenem Standard, der mindestens eine dem Maßstab 1:5000 entsprechende Genauigkeit gewährleistet.

*Geänderter Text*

Das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen stützt sich auf Katasterpläne und -unterlagen oder anderes Kartenmaterial. Dazu werden computergestützte geografische Informationssystemtechniken eingesetzt, vorzugsweise einschließlich Luft- und Satellitenorthobildern mit homogenem Standard, der mindestens eine dem Maßstab 1:1000 entsprechende Genauigkeit gewährleistet.

Or. It

**Änderungsantrag 468**  
**Esther de Lange**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 71 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen stützt sich auf Katasterpläne und -unterlagen oder anderes Kartenmaterial. Dazu werden computergestützte geografische Informationssystemtechniken eingesetzt, vorzugsweise einschließlich Luft- und Satellitenorthobildern mit homogenem Standard, der mindestens eine dem Maßstab 1:5000 entsprechende Genauigkeit gewährleistet.

*Geänderter Text*

Das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen stützt sich auf Katasterpläne und -unterlagen oder anderes Kartenmaterial. Dazu werden computergestützte geografische Informationssystemtechniken eingesetzt, vorzugsweise einschließlich Luft- und Satellitenorthobildern mit homogenem Standard, der mindestens eine dem Maßstab 1:5000 entsprechende Genauigkeit gewährleistet, **wobei ein Abgrenzungsspielraum von höchstens 1,5 m zu berücksichtigen ist.**

Or. en

**Änderungsantrag 469**  
**Jens Rohde**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 71 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Mitgliedstaaten können beschließen, landwirtschaftliche Parzellen mit Landschaftselementen oder Pufferzonen nicht in das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen einzubeziehen.***

Or. en

*Begründung*

*Dies bewirkt eine erhebliche Senkung der Verwaltungskosten.*

**Änderungsantrag 470**

**Åsa Westlund, Göran Färm, Marita Ulvskog**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 73 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***aa) die zweckdienlichen Angaben zur Identifizierung aller landwirtschaftlichen Parzellen des Betriebs, ihre Fläche ausgedrückt in Hektar mit einer Dezimalstelle, ihre Lage und gegebenenfalls ihre Nutzung mit dem Hinweis, ob die Parzelle bewässert wird;***

Or. en

*Begründung*

*Die aktuelle Genauigkeit verursacht Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Vermessung und Kartierung von Parzellen. Eine Genauigkeit von 0,01 ha bedeutet, dass nicht beihilfefähige Flächen mit über 100 m<sup>2</sup> nicht mehr zu einer Parzelle gezählt werden dürften. Werden Kleinflächen nicht einberechnet, führt dies zu einer Zersplitterung landwirtschaftlicher Parzellen. Auf solchen Flächen stehen in der Regel Bäume, Büsche oder natürliche Hindernisse, die oft von ökologischem Wert sind. Überdies halten es die Wissenschaftler für unmöglich, solch feine Abgrenzungen vorzunehmen.*

**Änderungsantrag 471**  
**George Lyon**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 73 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) alle landwirtschaftlichen Parzellen des Betriebs sowie die nichtlandwirtschaftliche Flächen, für die die Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 beantragt wird;

*Geänderter Text*

a) alle landwirtschaftlichen Parzellen des Betriebs sowie die nichtlandwirtschaftlichen Flächen, für die die Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 beantragt wird, ***ausgenommen landwirtschaftliche Parzellen mit Landschaftselementen oder Pufferzonen, wobei der Begünstigte in seinem Antrag jedoch angeben muss, dass er über diese landwirtschaftlichen Parzellen verfügt, und er auf Aufforderung der zuständigen Behörden die Lage der betreffenden Parzellen angeben muss;***

Or. en

*Begründung*

*Hierdurch würde der Aufwand der Landwirte und Zahlstellen verringert, insbesondere in Anbetracht der Komplexität der Verwaltung des neuen Zahlungssystems.*

**Änderungsantrag 472**  
**Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 73 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***aa) die landwirtschaftlichen Parzellen des Betriebs mit Landschaftselementen oder Pufferzonen müssen vom Betriebsinhaber nicht angegeben werden, wobei er in seinem Antrag jedoch angeben muss, dass er über diese landwirtschaftlichen Parzellen verfügt, und er auf***

***Aufforderung der zuständigen Behörden  
die Lage der betreffenden Parzellen  
angeben muss;***

Or. en

*Begründung*

*Hierdurch soll der Aufwand der Landwirte und Zahlstellen verringert, insbesondere in  
Anbetracht der Komplexität der Zahlungen für Ökologierungsmaßnahmen.*

**Änderungsantrag 473  
Brian Simpson**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 73 – Absatz 1 – Unterabsatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Ist der Begünstigte laut Unterabsatz 1  
eine rechtmäßig registrierte  
gemeinnützige Organisation, deren  
primärer satzungsmäßiger Zweck es ist,  
Grundstücke und/oder das historische  
Umfeld für die Erhaltung und den  
öffentlichen Nutzen aktiv zu schützen und  
zu verwalten, so kann ein Mitgliedstaat  
ihre Betriebe oder eine Gruppe ihrer  
Betriebe als einzelne und getrennte  
Unternehmen für die Zwecke dieses  
Artikels anerkennen.***

Or. en

*Begründung*

*Bestimmte Arten von gemeinnützigen Organisationen widmen sich der Verwaltung mehrerer  
landwirtschaftlicher Betriebe mit dem Ziel, auf nachhaltige und umweltverträgliche  
landwirtschaftliche Konzepte zurückzugreifen. Es ist daher sinnvoll, den Mitgliedstaaten die  
Möglichkeit zu bieten, zum Zwecke der Einreichung von Beihilfe- oder Zahlungsanträgen  
mehrere Betriebe solcher Organisationen als einzelne und getrennte Unternehmen zu  
behandeln, um komplexe Verwaltungsanforderungen zu vereinfachen und die damit  
verbundenen unverhältnismäßig hohen Kosten zu senken, die den Begünstigten und den  
nationalen Zahlstellen entstehen.*

**Änderungsantrag 474**  
**Wojciech Michał Olejniczak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 73 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2a) Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass ein Beihilfeantrag oder ein Zahlungsantrag, der die Anforderungen gemäß Absatz 1 erfüllt, mehrere Jahre lang gültig bleibt, insbesondere dann, wenn das Verhältnis der landwirtschaftlich genutzten Flächen des Landwirtschaftsbetriebes eines Begünstigten oder sonstiger Flächen, die gemäß Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx [DZ] oder Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx [LE] gefördert werden, im Geltungszeitraum des Antrags unverändert bleibt. Die betreffenden Begünstigten sind verpflichtet, jede Veränderung im Verhältnis zu den ursprünglich von ihnen übermittelten Angaben sowie bei der Bereitstellung der jährlich zu erteilenden Bestätigung in Form einer Teilnahmeerklärung zu melden.***

Or. pl

*Begründung*

*Um die Beantragung von Beihilfen für die Landwirte zu vereinfachen, müssen die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, dass Anträge mehrere Jahre lang ihre Gültigkeit behalten. Dies betrifft vor allem Landwirte, die eine traditionelles oder lange vorausgeplantes Wirtschaftsmodell verfolgen.*

**Änderungsantrag 475**  
**Herbert Dorfmann, Petri Sarvamaa**



**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 73 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2a) Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass ein Beihilfeantrag oder ein Zahlungsantrag, der die Anforderungen gemäß Absatz 1 erfüllt, für die gesamte Dauer der eingegangenen Verpflichtung gültig bleibt, wobei die betreffenden Begünstigten verpflichtet sein müssen, jede Veränderung im Verhältnis zu den ursprünglich von ihnen übermittelten Angaben zu melden.***

Or. it

**Änderungsantrag 476**

**Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 73 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2a) Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass ein Beihilfeantrag oder ein Zahlungsantrag, der die Anforderungen gemäß Absatz 1 erfüllt, mehrere Jahre lang gültig bleibt, wobei die Begünstigten verpflichtet sind, alle Änderungen der ursprünglich von ihnen übermittelten Angaben zu melden.***

Or. en

*Begründung*

*Derzeit müssen Betriebsinhaber, deren Antrag auf Agrarumweltbeihilfen oder -zahlungen bis zum 15. Mai gestellt und genehmigt worden ist, keinen erneuten Zahlungsantrag für alle Folgejahre, für die die Zahlungsvereinbarung gilt, einreichen, und deshalb ist es vorteilhaft, diese Bestimmung beizubehalten.*

## **Änderungsantrag 477**

**George Lyon, Sylvie Goulard, Anne E. Jensen, Marit Paulsen**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 73 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2a) Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass ein Beihilfeantrag oder ein Zahlungsantrag, der die Anforderungen gemäß Absatz 1 erfüllt, mehrere Jahre lang gültig bleibt, wobei die Begünstigten verpflichtet sind, alle Änderungen der ursprünglich von ihnen übermittelten Angaben zu melden. Der mehrjährige Antrag bleibt jedoch nur gültig, wenn der Begünstigte jährlich eine Bestätigung einreicht.***

Or. en

#### *Begründung*

*Das Ende von Änderungsantrag 79 des Berichtstatters betrifft nur die Durchführung.*

## **Änderungsantrag 478**

**Herbert Dorfmann, Petri Sarvamaa**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 73 – Absatz 2 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2b) Ein Beihilfeantrag oder ein Zahlungsantrag für Agrarumweltprämien, der die Anforderungen gemäß Absatz 1 erfüllt, bleibt für die gesamte Dauer der eingegangenen Verpflichtung gültig, wobei die betreffenden Begünstigten verpflichtet sein müssen, jede Veränderung im Verhältnis zu den ursprünglich von ihnen übermittelten Angaben zu melden.***

**Änderungsantrag 479**  
**Wojciech Michał Olejniczak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 73 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Der Mitgliedstaat kann die Informationen aus den Sammelanträgen verwenden, um Prognosen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktion zu stellen.***

Or. pl

*Begründung*

*Können die Mitgliedstaaten Daten aus Sammelanträgen bei der Erstellung von Prognosen des Umfangs der landwirtschaftlichen Produktion verwenden, können bei Krisen auf den Landwirtschaftsmärkten besser Gegenmaßnahmen ergriffen werden.*

**Änderungsantrag 480**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 73 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Abweichend von Absatz 1 kann ein Mitgliedsstaat bei Direktzahlungen und mehrjährigen flächen- und tierbezogenen Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums auf die Einreichung jährlicher Zahlungsanträge verzichten, wenn er wirksame alternative Verfahren zur Durchführung der vorgesehenen Verwaltungskontrollen einführt und sich keine Änderungen gegenüber dem ursprünglich Zahlungsantrag ergeben.***

*Begründung*

*Durch den Verzicht auf jährliche Zahlungsanträge kann der Aufwand für die Antragsteller erheblich reduziert werden. Diese Regelung lehnt sich an die bisherige Regelung aus Artikel 3 der Verordnung (EU) Nr. 65/2011 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates hinsichtlich der Kontrollverfahren und der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen bei Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums an.*

**Änderungsantrag 481**

**Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 74 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Das **einheitliche** System zur Erfassung jedes Begünstigten der Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 gewährleistet, dass sämtliche Beihilfe- und Zahlungsanträge ein und desselben Begünstigten als solche erkennbar sind.

*Geänderter Text*

Das System zur Erfassung jedes Begünstigten der Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 gewährleistet, dass sämtliche Beihilfe- und Zahlungsanträge ein und desselben Begünstigten als solche erkennbar sind.

*Begründung*

*Systeme sollten nicht auf bestimmte Verwaltungsverfahren, sondern auf das Ergebnis ausgerichtet sein, damit die Mitgliedstaaten auf ihren Bedarf zugeschnittene Systeme entwickeln können.*

**Änderungsantrag 482**

**George Lyon**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 74 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Das **einheitliche** System zur Erfassung

*Geänderter Text*

Das System zur Erfassung jedes

jedes Begünstigten der Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 gewährleistet, dass sämtliche Beihilfe- und Zahlungsanträge ein und desselben Begünstigten als solche erkennbar sind.

Begünstigten der Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 gewährleistet, dass sämtliche Beihilfe- und Zahlungsanträge ein und desselben Begünstigten als solche erkennbar sind.

Or. en

### *Begründung*

*Die Mitgliedstaaten sollten das System so betreiben können, wie sie wollen, solange es funktioniert.*

### **Änderungsantrag 483**

**Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth, Anthea McIntyre**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 75 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

(1) Gemäß Artikel 61 prüfen die Mitgliedstaaten über die Zahlstellen oder andere von ihnen ermächtigte Einrichtungen im Wege von Verwaltungskontrollen, ob die Beihilfeanträge die Beihilfevoraussetzungen erfüllen. Diese Kontrollen werden durch Vor-Ort-Kontrollen ergänzt.

#### *Geänderter Text*

(1) Gemäß Artikel 61 prüfen die Mitgliedstaaten über die Zahlstellen oder andere von ihnen ermächtigte Einrichtungen im Wege von Verwaltungskontrollen, ob die Beihilfeanträge die Beihilfevoraussetzungen erfüllen. Diese Kontrollen werden durch Vor-Ort-Kontrollen ergänzt, **die dazu dienen, die Einhaltung der Bestimmungen der Beihilferegelungen und das Niveau der vorhandenen Risiken zu überwachen, und deren Anzahl angesichts der vorhandenen Risiken und der Kontrollrisiken angepasst wird.**

Or. en

### *Begründung*

*Hiermit wird der Bedarf und Zweck von zufälligen Vor-Ort-Kontrollen klargestellt.*

**Änderungsantrag 484**  
**George Lyon, Sylvie Goulard**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 75 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

(1) Gemäß Artikel 61 prüfen die Mitgliedstaaten über die Zahlstellen oder andere von ihnen ermächtigte Einrichtungen im Wege von Verwaltungskontrollen, ob die Beihilfeanträge die Beihilfevoraussetzungen erfüllen. Diese Kontrollen werden durch Vor-Ort-Kontrollen ergänzt.

*Geänderter Text*

(1) Gemäß Artikel 61 prüfen die Mitgliedstaaten über die Zahlstellen oder andere von ihnen ermächtigte Einrichtungen im Wege von Verwaltungskontrollen, ob die Beihilfeanträge die Beihilfevoraussetzungen erfüllen. Diese Kontrollen werden durch Vor-Ort-Kontrollen ergänzt, **die dazu dienen, die Einhaltung der Bestimmungen der Beihilferegelungen und das Niveau der vorhandenen Risiken zu überwachen, und deren Anzahl angesichts der vorhandenen Risiken und der Kontrollrisiken angepasst wird.**

Or. en

*Begründung*

*Klarstellung im Vergleich zu Änderungsantrag 80 des Berichterstatters.*

**Änderungsantrag 485**  
**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 75 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(1a) Jeder Mitgliedstaat benennt eine Behörde, die für die Koordinierung der in diesem Kapitel vorgesehenen Kontrollen und Überprüfungen zuständig ist.**

Or. es

### *Begründung*

*In der Fassung der Kommission fehlt ein entsprechender Verweis auf die Benennung einer für die Koordinierung der Kontrollen zuständige Behörde. Es ist unbedingt notwendig, dass diese Passage erhalten bleibt, insbesondere für die Länder, in denen eine Koordinierung mehrerer Zahlstellen vonnöten ist.*

#### **Änderungsantrag 486**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

##### **Artikel 75 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(1a) Jeder Mitgliedstaat benennt eine Behörde, die für die Koordinierung der in diesem Kapitel vorgesehenen Kontrollen und Überprüfungen zuständig ist.***

Or. es

### *Begründung*

*Für Mitgliedstaaten mit regionalen Stellen muss diese Textpassage beibehalten werden, da dort mehrere Zahlstellen in einem Gebiet koordiniert werden müssen.*

#### **Änderungsantrag 487**

**George Lyon, Sylvie Goulard**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

##### **Artikel 75 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(2) Für die Zwecke der Vor-Ort-Kontrollen stellen die Mitgliedstaaten einen Stichprobenplan für die landwirtschaftlichen Betriebe und/oder Begünstigten auf.

(2) Für die Zwecke der Vor-Ort-Kontrollen stellen die Mitgliedstaaten einen Stichprobenplan für die landwirtschaftlichen Betriebe und/oder Begünstigten auf, ***bei dem die Stichproben teils nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden, um eine repräsentative Fehlerquote zu erhalten, und teils risikobasierte Stichproben umfassen, um***

*vor allem hochriskante Anträge prüfen zu können.*

Or. en

*Begründung*

*Notwendige Korrektur des Änderungsantrags 81 des Berichtstatters.*

**Änderungsantrag 488**  
**Robert Dušek**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 75 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Die Mitgliedstaaten können die Vor-Ort-Kontrollen der landwirtschaftlichen Parzellen mittels Fernerkundung und globalem Satellitennavigationssystem (GNSS) durchführen.

*Geänderter Text*

(3) Die Mitgliedstaaten können die Vor-Ort-Überprüfungen der landwirtschaftlichen Parzellen mittels Fernerkundung, **Bildmessung, Methoden der geodätischen Überwachung** und globalem Satellitennavigationssystem (GNSS) durchführen.

Or. en

**Änderungsantrag 489**  
**Hynek Fajmon**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 75 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Die Mitgliedstaaten können die Vor-Ort-Kontrollen der landwirtschaftlichen Parzellen mittels Fernerkundung und globalem Satellitennavigationssystem (GNSS) durchführen.

*Geänderter Text*

(3) Die Mitgliedstaaten können die Vor-Ort-Überprüfungen der landwirtschaftlichen Parzellen mittels Fernerkundung, **Bildmessung, Methoden der geodätischen Überwachung** und globalem Satellitennavigationssystem (GNSS) durchführen.



**Änderungsantrag 490**  
**Petri Sarvamaa**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 75 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) Können die  
Ökologierungsmaßnahmen nur mittels  
klassischer Vor-Ort-Kontrollen geprüft  
werden, so beträgt die Kontrollquote  
höchstens 1 %.***

Or. en

**Änderungsantrag 491**  
**Riikka Manner, Hannu Takkula, Sari Essayah, Anneli Jäätteenmäki**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 75 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) Unabhängig vom Messverfahren  
wird eine Messtoleranz für die  
Flächenmessung mit einem Puffer von  
[1,25] m im Umkreis der  
landwirtschaftlichen Parzelle festgelegt.***

Or. en

*Begründung*

*In dieser Verordnung muss unbedingt berücksichtigt werden, dass alle Messverfahren die gleiche Toleranz aufweisen. Die technische Toleranz für Vor-Ort-Kontrollen ist derzeit zu klein. Vom Messverfahren unabhängige, gleiche Toleranzen würden dazu beitragen, die Verfahren zu vereinfachen und untereinander kohärentere Ergebnisse zu erhalten.*

## Änderungsantrag 492

Riikka Manner, Hannu Takkula, Sari Essayah, Anneli Jäätteenmäki

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 75 – Absatz 4 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(4b) Können die Ökologierungsmaßnahmen nur mittels klassischer Vor-Ort-Kontrollen geprüft werden, so beträgt die Kontrollquote 1 %.**

Or. en

#### *Begründung*

*Die Kontrollquote bei Ökologierungsmaßnahmen sollte auf 1 % begrenzt werden, wie es auch bei den Cross-Compliance-Kontrollen der Fall ist.*

## Änderungsantrag 493

Robert Dušek

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 76 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Die Zahlungen im Rahmen der Stützungsregelungen und Maßnahmen gemäß Artikel 68 Absatz 2 werden zwischen dem **1. Dezember** und dem **30. Juni** des jeweils folgenden Kalenderjahres getätigt. Die Zahlungen erfolgen in bis zu zwei Tranchen innerhalb dieses Zeitraums.

Die Zahlungen im Rahmen der Stützungsregelungen und Maßnahmen gemäß Artikel 68 Absatz 2 werden zwischen dem **16. Oktober** und dem **15. Oktober** des jeweils folgenden Kalenderjahres getätigt. Die Zahlungen erfolgen in bis zu zwei Tranchen innerhalb dieses Zeitraums.

Or. en

## Änderungsantrag 494

Hynek Fajmon

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 76 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Zahlungen im Rahmen der Stützungsregelungen und Maßnahmen gemäß Artikel 68 Absatz 2 werden zwischen dem **1. Dezember** und dem **30. Juni** des jeweils folgenden Kalenderjahres getätigt. Die Zahlungen erfolgen in bis zu zwei Tranchen innerhalb dieses Zeitraums.

*Geänderter Text*

Die Zahlungen im Rahmen der Stützungsregelungen und Maßnahmen gemäß Artikel 68 Absatz 2 werden zwischen dem **16. Oktober** und dem **15. Oktober** des jeweils folgenden Kalenderjahres getätigt. Die Zahlungen erfolgen in bis zu zwei Tranchen innerhalb dieses Zeitraums.

Or. en

**Änderungsantrag 495**  
**Robert Dušek**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 76 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

***Die Mitgliedstaaten können jedoch vor dem 1. Dezember und frühestens ab dem 16. Oktober Vorschüsse in Höhe von bis zu 50 % für Direktzahlungen und bis zu 75 % bei der im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums gewährten Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 zahlen.***

*Geänderter Text*

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 496**  
**Hynek Fajmon**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 76 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

***Die Mitgliedstaaten können jedoch vor***

*Geänderter Text*

***entfällt***

**dem 1. Dezember und frühestens ab dem 16. Oktober Vorschüsse in Höhe von bis zu 50 % für Direktzahlungen und bis zu 75 % bei der im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums gewährten Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 zahlen.**

Or. en

**Änderungsantrag 497  
Eric Andrieu**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 76 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können jedoch vor dem 1. Dezember und frühestens ab dem 16. Oktober Vorschüsse in Höhe von bis zu 50 % für Direktzahlungen und bis zu 75 % bei der im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums gewährten Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 zahlen.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können jedoch vor dem 1. Dezember und frühestens ab dem 16. Oktober ***bzw. dem 15. September für Beihilfen gemäß Artikel 32 der Verordnung (EU) Nr. LEV/xxx*** Vorschüsse in Höhe von bis zu 50 % für Direktzahlungen und bis zu 75 % bei der im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums gewährten Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 zahlen.

Or. fr

**Änderungsantrag 498  
Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 76 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können jedoch vor dem 1. Dezember und frühestens ab dem 16. Oktober Vorschüsse in Höhe von bis zu

*Geänderter Text*

*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

50 % für Direktzahlungen und bis zu 75 % bei der im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums gewährten Unterstützung gemäß Artikel 68 Absatz 2 zahlen.

Or. es

### **Änderungsantrag 499**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 76 – Absatz 1 – Unterabsatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Kommission kann mittels delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 111 den Mitgliedstaaten gestatten, die in Unterabsatz 3 erwähnten Prozentwerte in ausreichend begründeten Ausnahmefällen auf 80 % zu erhöhen.***

Or. es

#### *Begründung*

*Es muss diese Möglichkeit einer Erhöhung des Prozentwerts der Vorschusszahlungen geben, da sie bereits gemäß Artikel 29 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 vorgesehen ist.*

### **Änderungsantrag 500**

**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 76 – Absatz 1 – Unterabsatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Unbeschadet der Anwendung des vorhergehenden Unterabsatzes kann die Kommission m Wege von Durchführungsrechtsakten den***

*Mitgliedstaaten gestatten, die Prozentwerte der Vorschusszahlungen in Regionen auf 80 % zu erhöhen, in denen die Landwirte aufgrund außerordentlicher Umstände gravierende finanzielle Schwierigkeiten haben. Die Durchführungsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.*

Or. es

#### *Begründung*

*Es sollte diese Möglichkeit einer Erhöhung des Prozentwerts der Vorschusszahlungen geben, da sie bereits gemäß Artikel 29 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 vorgesehen ist.*

#### **Änderungsantrag 501** **Diane Dodds**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 76 – Absatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

(2) Zahlungen gemäß Absatz 1 erfolgen erst, nachdem die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Beihilfевoraussetzungen gemäß Artikel 75 abgeschlossen worden ist.

##### *Geänderter Text*

(2) Zahlungen **aufgrund eines Einzelantrags** gemäß Absatz 1 erfolgen erst, nachdem die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Beihilfевoraussetzungen gemäß Artikel 75 **für diesen Antrag** abgeschlossen worden ist.

Or. en

#### **Änderungsantrag 502** **Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 76 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Zahlungen gemäß Absatz 1 erfolgen erst, nachdem die **von den** Mitgliedstaaten **vorzunehmende Prüfung der** Beihilfevoraussetzungen gemäß Artikel 75 **abgeschlossen worden ist.**

*Geänderter Text*

(2) Zahlungen gemäß Absatz 1 erfolgen erst, nachdem die Mitgliedstaaten **festgestellt haben, dass die** Beihilfevoraussetzungen gemäß Artikel 75 **in den Anträgen, bei denen** **Vorschusszahlungen erfolgen sollen, erfüllt sind.**

Or. es

**Änderungsantrag 503**  
**Jim Higgins, Seán Kelly**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 76 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Zahlungen **gemäß Absatz 1** erfolgen erst, nachdem die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Beihilfevoraussetzungen gemäß Artikel 75 abgeschlossen worden ist.

*Geänderter Text*

(2) Zahlungen **aufgrund einer Beihilfe** erfolgen erst, nachdem die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Beihilfevoraussetzungen gemäß Artikel 75 **für diese Beihilfe** abgeschlossen worden ist.

Or. en

**Änderungsantrag 504**  
**Petri Sarvamaa**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 76 – Absatz 2 – Buchstabe a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**a) Abweichend von Absatz 2 können Mitgliedstaaten im Hinblick auf das Risiko der Überzahlung beschließen, nach Abschluss der Verwaltungskontrollen gemäß Artikel 61 Absatz 1 bis zu 50 % der Zahlungen gemäß Titel III Kapitel 2 der**

*Verordnung ... (Direktzahlungen) und bis zu 75 % für die Unterstützung im Rahmen der Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums gemäß Artikel 68 Absatz 2 zu tätigen. Der Anteil der Zahlung ist für alle Begünstigten der Maßnahme oder der Vorhaben identisch.*

Or. en

**Änderungsantrag 505**  
**George Lyon**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 76 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(2a) Abweichend von Absatz 2 können Mitgliedstaaten im Hinblick auf das Risiko der Überzahlung beschließen, nach Abschluss der Verwaltungskontrollen gemäß Artikel 61 Absatz 1 bis zu 75 % für die Unterstützung im Rahmen der Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums gemäß Artikel 68 Absatz 2 zu zahlen. Der Anteil der Zahlung ist für alle Begünstigten der Maßnahme oder der Vorhaben identisch.*

Or. en

*Begründung*

*Gegenwärtig können Vorschüsse gezahlt werden, sobald alle Verwaltungskontrollen in Bezug auf Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums abgeschlossen sind. Dies sollte auch so bleiben. Nicht gelten sollte dies jedoch für die Ökologisierungskomponente in Säule I, weil dadurch das Kontrollsystem für Säule I zu komplex zu werden droht (die Vorschussregelungen würden sich zwischen der Basisprämienregelung und den Zahlungen für Ökologierungsmaßnahmen unterscheiden).*

**Änderungsantrag 506**  
**Anneli Jäätteenmäki, Sari Essayah, Liisa Jaakonsaari, Riikka Manner, Nils Torvalds,**



**Eija-Riitta Korhola, Hannu Takkula**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 76 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2a) Abweichend von Absatz 2 können Mitgliedstaaten im Hinblick auf das Risiko der Überzahlung beschließen, nach Abschluss der Verwaltungskontrollen gemäß Artikel 61 Absatz 1 bis zu 50 % der Zahlung gemäß Kapitel 2 Titel III der Verordnung ... (Direktzahlungen) und 75 % für die Unterstützung im Rahmen der Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums gemäß Artikel 68 Absatz 2 zu zahlen. Der Anteil der Zahlung ist für alle Begünstigten der Maßnahme oder der Vorhaben identisch. Die Direktzahlungen werden nicht vor dem 16. Oktober getätigt.***

Or. en

*Begründung*

*In den nordischen Ländern müssen die Landwirte ihre Aussaatpläne häufig aufgrund der Wetterverhältnisse kurzfristig ändern. Daher beginnen die Überprüfungen gelegentlich relativ spät und sind auch erst relativ spät abgeschlossen. Späte Zahlungen verursachen den Begünstigten ernsthafte Probleme. In Artikel 76 werden die geltenden Regelungen in Bezug auf Vorschüsse im Rahmen der Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums deutlich verschärft.*

**Änderungsantrag 507  
Julie Girling**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 76 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2a) Abweichend von Absatz 2 können Mitgliedstaaten im Hinblick auf das Risiko der Überzahlung beschließen, nach***

*Abschluss der Verwaltungskontrollen gemäß Artikel 61 Absatz 1 bis zu 75 % für die Unterstützung im Rahmen der Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums gemäß Artikel 68 Absatz 2 zu zahlen. Der Anteil der Zahlung ist für alle Begünstigten der Maßnahme oder der Vorhaben identisch.*

Or. en

**Änderungsantrag 508**

**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 76 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(2a) Abweichend von Unterabsatz 1 kann die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten den Mitgliedstaaten je nach Haushaltslage gestatten, vor dem 16. Oktober Vorschusszahlungen in Höhe von bis zu 50 % der Zahlungen in Regionen zu gewähren, in denen die Landwirte aufgrund außerordentlicher Umstände von gravierende finanzielle Schwierigkeiten haben. Die Durchführungsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.*

Or. es

**Änderungsantrag 509**

**Brian Simpson**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 76 a (neu)**

**Artikel 76a**

**Transparenz**

**Die Mitgliedstaaten stellen rechtzeitig und in geeigneter Form Informationen darüber bereit, wem im Rahmen der in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx [DZ] aufgeführten Unterstützungsregelungen Mittel ausgezahlt werden und wem gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx [LE] eine Unterstützung gewährt wird.**

**Diese Angaben werden unter gebührender Beachtung der Vertraulichkeit und Sicherheit veröffentlicht. Sind natürliche Personen betroffen, werden nur der Name des Vertragspartners oder Begünstigten, der Ort, der gewährte Betrag und die für die Zahlung geltende Regelung veröffentlicht. Die Kommission beschließt im Wege eines Durchführungsrechtsakts über die Kriterien für die Offenlegung der Gewährungspraxis.**

Or. en

**Begründung**

*Die Steuerzahler haben ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie Gelder der öffentlichen Hand ausgegeben werden, und deshalb ist mehr Transparenz der GAP als wirkungsvolles Instrument gegen Verschwendung, Betrug und missbräuchliche Verwendung von EU-Mitteln von entscheidender Bedeutung.*

**Änderungsantrag 510  
Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 77 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ba) die grundlegenden Merkmale, die Begriffsbestimmungen und die Qualitätsanforderungen für die elektronische Datenbank gemäß Artikel 70;***

Or. en

**Änderungsantrag 511  
Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 77 – Absatz 1 – Buchstabe b b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***bb) die grundlegenden Merkmale, die Begriffsbestimmungen und Qualitätsanforderungen für das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen gemäß Artikel 71 und zur Identifizierung der Begünstigten gemäß Artikel 74;***

Or. en

**Änderungsantrag 512  
Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 77 – Absatz 1 – Buchstabe b c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***bc) die grundlegenden Merkmale, die Begriffsbestimmungen und Qualitätsanforderungen für das System zur Identifizierung und Registrierung von Zahlungsansprüchen gemäß Artikel 72;***

Or. en

**Änderungsantrag 513**  
**Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 77 – Absatz 1 – Buchstabe b d (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***bd) Vorschriften für den Beihilfeantrag und den Zahlungsantrag gemäß Artikel 73 und den Antrag auf Zahlungsansprüche einschließlich des Termins für die Einreichung der Anträge, Anforderungen hinsichtlich der Mindestangaben in den Beihilfeanträgen, Bestimmungen über Änderungen oder die Rücknahme von Beihilfeanträgen, Ausnahmen von der Antragspflicht und Bestimmungen, die es den Mitgliedstaaten erlauben, vereinfachte Verfahren anzuwenden oder offensichtliche Irrtümer zu berichtigen;***

Or. en

**Änderungsantrag 514**  
**Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 77 – Absatz 1 – Buchstabe b e (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***be) Vorschriften für die Durchführung von Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen sowie der Richtigkeit und Vollständigkeit der im Beihilfeantrag oder Zahlungsantrag gemachten Angaben;***

Or. en

**Änderungsantrag 515**  
**Peter Jahr, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 77 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***b) Bestimmungen, die für eine harmonisierte Definition der Grundlage für die Berechnung der Beihilfe erforderlich sind, einschließlich der Vorschriften darüber, wie in bestimmten Fällen zu verfahren ist, in denen beihilfefähige Gebiete Landschaftselemente oder Bäume umfassen;***

***entfällt***

Or. de

**Änderungsantrag 516**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 77 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) Bestimmungen, die für eine harmonisierte Definition der Grundlage für die Berechnung der Beihilfe erforderlich sind, einschließlich der Vorschriften darüber, wie in bestimmten Fällen zu verfahren ist, in denen beihilfefähige Gebiete Landschaftselemente oder Bäume umfassen;

b) Bestimmungen, die für eine harmonisierte Definition der Grundlage für die Berechnung der Beihilfe erforderlich sind, einschließlich der Vorschriften darüber, wie in bestimmten Fällen zu verfahren ist, in denen beihilfefähige Gebiete Landschaftselemente oder Bäume umfassen; ***die Vorschriften über die Beihilfefähigkeit, deren Einhaltung geprüft wird, müssen mit der Bewältigung der Herausforderungen vereinbar sein, die sich durch den Klimawandel, den Verlust an biologischer Vielfalt und die Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft stellen, und durch diese Vorschriften sollten landwirtschaftliche Systeme von hohem Naturschutzwert oder***

***extensive Agrarforstsysteme nicht beeinträchtigt werden oder ein Rückgang der Umweltqualität oder der biologischen Vielfalt bewirkt werden; Flexibilität sollte auf der Grundlage der üblichen Standards des betroffenen Mitgliedstaats oder Gebiets ermöglicht werden, und entsprechende Ausnahmen, die vorab zu begründen sind, werden aus agronomischen, ökologischen oder umweltschutzbezogenen Gründen vorgesehen;***

Or. en

*(Geltende Verordnung: Artikel 34 Absätze 2, 3 und 4 der Verordnung (EG) Nr. 1122/2009 – aktuelle Leitlinien der Kommission:*

*[http://marswiki.jrc.ec.europa.eu/wikipap/index.php/Category\\_art\\_34\\_content](http://marswiki.jrc.ec.europa.eu/wikipap/index.php/Category_art_34_content))*

#### *Begründung*

*Durch den Baumbestand in landwirtschaftlichen Systemen kann der agrarökologische Nutzwert gesteigert werden, denn gut geplante Agrarforstsysteme sind wesentlich produktiver als Monokulturen. Den Mitgliedstaaten sollte wie in der geltenden Verordnung und in den Leitlinien der Kommission Flexibilität eingeräumt werden. Diese Flexibilität auf der Grundlage der Subsidiarität sollte auch nach der Reform beibehalten werden, damit Bewirtschaftungssysteme mit hohem Naturschutzwert ordnungsgemäß als beihilfefähige Flächen anerkannt werden, die ein öffentliches Gut für die Gesellschaft darstellen.*

### **Änderungsantrag 517**

**Albert Deß**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 77 – Absatz 2 – Buchstabe b**

##### *Vorschlag der Kommission*

b) Bestimmungen, die für eine harmonisierte Definition der Grundlage für die Berechnung der Beihilfe erforderlich sind, ***einschließlich der Vorschriften darüber, wie in bestimmten Fällen zu verfahren ist, in denen beihilfefähige Gebiete Landschaftselemente oder Bäume umfassen;***

##### *Geänderter Text*

b) Bestimmungen, die für eine harmonisierte Definition der Grundlage für die Berechnung der Beihilfe erforderlich sind.

**Änderungsantrag 518**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 77 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) Bestimmungen, die für eine harmonisierte Definition der Grundlage für die Berechnung der Beihilfe erforderlich sind, ***einschließlich der Vorschriften darüber, wie in bestimmten Fällen zu verfahren ist, in denen beihilfefähige Gebiete Landschaftselemente oder Bäume umfassen;***

*Geänderter Text*

b) Bestimmungen, die für eine harmonisierte Definition der Grundlage für die Berechnung der Beihilfe erforderlich sind;

*Begründung*

*Wesentliche Bestimmungen, die politisch relevante Inhalte betreffen, dürfen nicht im Rahmen von delegierten Rechtsakten geregelt werden, sondern müssen im Basisrechtsakt definiert werden. Die Herausrechnung dieser oft zahlreichen und sehr kleinen Flächen verursacht einen unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand. Daher sollte zukünftig eine unbürokratischere Lösung gefunden werden. Zudem wirken sich Landschaftselemente positiv auf Natur und die Erhaltung fruchtbarer Böden aus.*

**Änderungsantrag 519**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 77 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 — Buchstabe d a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***da) Vorschriften für die Durchführung von Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen sowie der Richtigkeit und Vollständigkeit der im Beihilfeantrag oder Zahlungsantrag***



*gemachten Angaben.*

Or. de

**Änderungsantrag 520**  
**Juozas Imbrasas**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 77 – Absatz 3 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) Bestimmungen zur Gewährleistung einer harmonisierten und verhältnismäßigen Behandlung von **absichtlichen** Unregelmäßigkeiten, geringfügigen Fehlern, Kumulierung mehrerer Kürzungen und gleichzeitiger Anwendung verschiedener Kürzungen;

*Geänderter Text*

b) Bestimmungen zur Gewährleistung einer harmonisierten und verhältnismäßigen Behandlung von **besonders schweren** Unregelmäßigkeiten, geringfügigen Fehlern, Kumulierung mehrerer Kürzungen und gleichzeitiger Anwendung verschiedener Kürzungen;

Or. It

**Änderungsantrag 521**  
**Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 78 – Absatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

**a) die grundlegenden Merkmale, die Begriffsbestimmungen und die Qualitätsanforderungen für die elektronische Datenbank gemäß Artikel 70;**

*Geänderter Text*

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 522**  
**Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 78 – Absatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***b) die grundlegenden Merkmale, die Begriffsbestimmungen und Qualitätsanforderungen für das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen gemäß Artikel 71 und zur Identifizierung der Begünstigten gemäß Artikel 74;***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 523  
Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 78 – Absatz 1 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***c) die grundlegenden Merkmale, die Begriffsbestimmungen und Qualitätsanforderungen für das System zur Identifizierung und Registrierung von Zahlungsansprüchen gemäß Artikel 72;***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 524  
Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 78 – Absatz 1 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***d) Vorschriften für den Beihilfeantrag und den Zahlungsantrag gemäß Artikel 73 und den Antrag auf Zahlungsansprüche einschließlich des Termins für die Einreichung der Anträge,***

***entfällt***

**Anforderungen hinsichtlich der Mindestangaben in den Beihilfeanträgen, Bestimmungen über Änderungen oder die Rücknahme von Beihilfeanträgen, Ausnahmen von der Antragspflicht und Bestimmungen, die es den Mitgliedstaaten erlauben, vereinfachte Verfahren anzuwenden oder offensichtliche Irrtümer zu berichtigen;**

Or. en

**Änderungsantrag 525  
Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 78 – Absatz 1 – Buchstabe e**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**e) Vorschriften für die Durchführung von Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen sowie der Richtigkeit und Vollständigkeit der im Beihilfeantrag oder Zahlungsantrag gemachten Angaben;** **entfällt**

Or. de

**Änderungsantrag 526  
Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 78 – Absatz 1 – Buchstabe e**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**e) Vorschriften für die Durchführung von Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen sowie der Richtigkeit und Vollständigkeit der im Beihilfeantrag oder Zahlungsantrag gemachten Angaben;** **entfällt**

**Änderungsantrag 527**  
**Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 78 – Absatz 1 – Buchstabe f**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***f) technische Begriffsbestimmungen, die für die einheitliche Durchführung dieses Kapitels erforderlich sind;***

***entfällt***

**Änderungsantrag 528**  
**Marian Harkin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 88**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***[...]***

***entfällt***

**Änderungsantrag 529**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 88 – Absatz 1 — Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Kommission wird außerdem ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 über Vorschriften zur Durchführung der Prüfung gemäß Artikel 80 in Bezug auf die Auswahl der Unternehmen, Häufigkeit und Zeitplan***

*der Prüfungen zu erlassen.*

Or. de

**Änderungsantrag 530**  
**Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 88 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kommission erlässt erforderlichenfalls im Wege von Durchführungsrechtsakten die nötigen Vorschriften für eine EU-weit einheitliche Anwendung *der vorliegenden Verordnung*, insbesondere in folgenden Punkten:

*Geänderter Text*

Die Kommission erlässt erforderlichenfalls im Wege von Durchführungsrechtsakten die nötigen Vorschriften für eine EU-weit einheitliche Anwendung *dieses Kapitels*, insbesondere in folgenden Punkten:

Or. en

**Änderungsantrag 531**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 88 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*a) Durchführung der Prüfung gemäß Artikel 80 in Bezug auf die Auswahl der Unternehmen, Häufigkeit und Zeitplan der Prüfungen;*

*Geänderter Text*

*entfällt*

Or. de

**Änderungsantrag 532**  
**Marian Harkin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 89**

**Artikel 89**

**entfällt**

**Sonstige Kontrollen bei  
Marktmaßnahmen**

**(1) Die Mitgliedstaaten treffen  
Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass  
in Anhang I der Verordnung (EU)  
Nr. xxx/xxx [einheitliche GMO]  
aufgeführte Erzeugnisse, die nicht gemäß  
der genannten Verordnung  
gekennzeichnet sind, nicht auf den Markt  
gelangen bzw. aus dem Markt genommen  
werden.**

**(2) Unbeschadet der spezifischen  
Bestimmungen, die die Kommission  
erlassen kann, wird jegliche Einfuhr von  
Erzeugnissen gemäß Artikel 129 Absatz 1  
Buchstaben a und b der Verordnung (EU)  
Nr. xxx/xxx [einheitliche GMO] in die  
Union daraufhin überprüft, ob die  
Anforderungen von Absatz 1 des  
genannten Artikels erfüllt sind.**

**(3) Die Mitgliedstaaten führen auf der  
Grundlage einer Risikoanalyse Kontrollen  
durch, um zu überprüfen, ob die in  
Anhang I der Verordnung (EU)  
Nr. xx/xxx [einheitliche GMO]  
aufgeführten Erzeugnisse den  
Vorschriften von Teil II Titel II Kapitel I  
Abschnitt I der Verordnung (EU)  
Nr. xxx/xxx [einheitliche GMO]  
entsprechen, und verhängen  
gegebenenfalls Verwaltungsanktionen.**

**(4) Um die EU-Mittel sowie die Identität,  
Herkunft und Qualität des Unionsweins  
zu schützen, wird die Kommission  
ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß  
Artikel 111 zu Folgendem zu erlassen:**

**a) die Schaffung einer Datenbank für  
Analysewerte von Isotopendaten, die zur  
Aufdeckung von Betrugsfällen beitragen  
wird und sich auf Analyseproben der  
Mitgliedstaaten gründet; außerdem**

*werden Vorschriften für die eigenen Datenbanken der Mitgliedstaaten vorgesehen;*

*b) Vorschriften über Kontrollstellen und deren gegenseitige Amtshilfe;*

*c) Vorschriften über die gemeinsame Nutzung der Ergebnisse der Mitgliedstaaten;*

*d) Vorschriften über die Verhängung von Sanktionen im Falle außergewöhnlicher Umstände.*

Or. en

**Änderungsantrag 533  
Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 90 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Die Kommission wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu Folgendem zu erlassen:***

***a) die von den Mitgliedstaaten zu ergreifenden Maßnahmen, um die widerrechtliche Verwendung geschützter Ursprungsbezeichnungen und geschützter geografischer Angaben zu unterbinden;***

***b) die von den Mitgliedstaaten vorzunehmenden Kontrollen und Prüfungen einschließlich Überprüfung.***

Or. de

*Begründung*

*Dies sind keine rein technischen Entscheidungen.*

**Änderungsantrag 534**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 90 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**c) die von den Mitgliedstaaten zu ergreifenden Maßnahmen, um die widerrechtliche Verwendung geschützter Ursprungsbezeichnungen und geschützter geografischer Angaben zu unterbinden;**

**entfällt**

Or. de

**Änderungsantrag 535**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 90 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**d) die von den Mitgliedstaaten vorzunehmenden Kontrollen und Prüfungen einschließlich Überprüfung.**

**entfällt**

Or. de

**Änderungsantrag 536**  
**Daciana Octavia Sârbu, Vasilica Viorica Dăncilă**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 91 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(1) Erfüllt ein in Artikel 92 genannter Begünstigter in seinem Betrieb die Cross-Compliance-Vorschriften gemäß Artikel 93 nicht, so wird gegen ihn eine **Sanktion** verhängt.

(1) Erfüllt ein in Artikel 92 genannter Begünstigter in seinem Betrieb die Cross-Compliance-Vorschriften gemäß Artikel 93 nicht, so wird gegen ihn eine **Geldstrafe** verhängt.



*Begründung*

*Sprachliche Änderung, betrifft den gesamten Text.*

**Änderungsantrag 537**  
**George Lyon, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 91 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) die Nichteinhaltung die  
landwirtschaftliche Tätigkeit des  
Begünstigten betrifft; **und**

*Geänderter Text*

b) die Nichteinhaltung die  
landwirtschaftliche Tätigkeit des  
Begünstigten betrifft **oder**

Or. en

*Begründung*

*Diese Kriterien sind nicht kumulativ. Der ursprüngliche Text muss daher geändert werden.*

**Änderungsantrag 538**  
**George Lyon, Brian Simpson, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 91 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Unbeschadet Artikel 97 wird eine  
technische Panne der Systeme für die  
Kennzeichnung und Registrierung von  
Tieren nicht als Verstoß eingestuft, der  
das Ergebnis einer Handlung oder  
Unterlassung ist, die unmittelbar dem  
betreffenden Begünstigten anzulasten ist.***

Or. en

## Begründung

*In der Verordnung muss eindeutig klargelegt werden, dass technische Pannen der Lesegeräte bei der Umsetzung der Regelung über die Kennzeichnung und Registrierung von Tieren nicht dem Landwirt anzulasten sind.*

### **Änderungsantrag 539** **Rareş-Lucian Niculescu**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 91 – Absatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Für Waldflächen findet diese Sanktion jedoch keine Anwendung, sofern für diese Fläche keine Unterstützung gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a und den Artikeln 31 und 35 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] beantragt wird.

##### *Geänderter Text*

Für Waldflächen findet diese Sanktion jedoch keine Anwendung, sofern für diese Fläche keine Unterstützung gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a und den Artikeln 31 und 35 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] beantragt wird. ***Darüber hinaus findet diese Sanktion jedoch keine Anwendung, wenn der Verstoß auf eine technische Panne der Systeme für die Kennzeichnung und Registrierung von Tieren zurückzuführen ist.***

Or. en

### **Änderungsantrag 540** **Peter Jahr, Albert Deß, Britta Reimers**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 91 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Für Waldflächen findet diese Sanktion jedoch keine Anwendung, ***sofern für diese Fläche keine Unterstützung gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a und den Artikeln 31 und 35 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] beantragt wird.***

##### *Geänderter Text*

Für Waldflächen findet diese Sanktion jedoch keine Anwendung.

Or. de

## **Änderungsantrag 541**

**George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers, Liam Aylward**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 91 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2a) Die Mitgliedstaaten können ein Warnsystem einrichten, über das sie Begünstigten, die gegen die Regelungen verstoßen, die Möglichkeit geben, die Unregelmäßigkeiten zu beheben, bevor eine Verwaltungssanktion verhängt wird. Nutzt ein Mitgliedstaat diese Option, sendet die zuständige Behörde dem Begünstigten ein Warnschreiben, in dem die Feststellungen mitgeteilt und auf die Verpflichtung zu Abhilfemaßnahmen verwiesen wird. Die zuständige Behörde trifft im Folgejahr die Maßnahmen, die notwendig sind, um zu überprüfen, ob der Begünstigte die festgestellten Verstöße behoben hat.***

***Ein derartiges Warnsystem wird nur bei einem ersten Verstoß genutzt, der gemäß den in Artikel 99a festgelegten Kriterien nicht als erheblich eingestuft wird und dessen Ausmaß eng auf den Betrieb des für den Verstoß verantwortlichen Begünstigten begrenzt ist.***

Or. en

#### *Begründung*

*Klarstellung im Vergleich zu Änderungsantrag 86 des Berichtstatters. Mit einem derartigen System würde die Akzeptanz des Cross-Compliance-Systems bei den Landwirten verbessert.*

## **Änderungsantrag 542**

**Ulrike Rodust, Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 91 – Absatz 2 – Unterabsatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Mitgliedstaaten können ein Warnsystem für Verstöße einrichten. Dabei würden die Begünstigten eine Warnung erhalten, damit sie die Unregelmäßigkeit binnen einer bestimmten Frist beseitigen können, bevor eine Sanktion verhängt wird. Bei erheblichen Unregelmäßigkeiten würden dennoch unverzüglich Sanktionen verhängt.***

Or. en

**Änderungsantrag 543**  
**Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 91 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3) Für die Zwecke dieses Titels bezeichnet „Betrieb“ die Gesamtheit der von dem Begünstigten gemäß Artikel 92 verwalteten Produktionseinheiten und Flächen, die sich im Hoheitsgebiet desselben Mitgliedstaats befinden.***

***entfällt***

Or. en

*Begründung*

*Dies muss mit der Direktzahlungsregelung im Einklang stehen, in der nicht auf Produktionseinheiten Bezug genommen wird.*

**Änderungsantrag 544**  
**Julie Girling**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 91 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Ist der Begünstigte laut Artikel 92 eine rechtmäßig registrierte gemeinnützige Organisation, deren primärer satzungsmäßiger Zweck es ist, Grundstücke und/oder das historische Umfeld für die Erhaltung und den öffentlichen Nutzen aktiv zu schützen und zu verwalten, so kann ein Mitgliedstaat ihre Betriebe oder eine Gruppe ihrer Betriebe als einzelne und getrennte Unternehmen für die Zwecke dieses Titels anerkennen.***

Or. en

*Begründung*

*Bestimmte Arten von gemeinnützigen Organisationen widmen sich der Verwaltung mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe mit dem Ziel, auf nachhaltige und umweltverträgliche landwirtschaftliche Konzepte zurückzugreifen. Es ist daher sinnvoll, den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu bieten, zum Zwecke der Überwachung der Einhaltung der Regelungen mehrere Betriebe solcher Organisationen als einzelne und getrennte Unternehmen zu behandeln, um die Verwaltungsanforderungen zu vereinfachen und zu verhindern, dass den Begünstigten und den nationalen Zahlstellen andernfalls unverhältnismäßig hohe Kosten entstehen.*

**Änderungsantrag 545**  
**Esther de Lange**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt für Begünstigte, die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ], Zahlungen gemäß den Artikeln 44 und 45 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[einheitliche GMO] **und die jährlichen Prämien gemäß Artikel 22**

Artikel 91 gilt für Begünstigte, die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] **und** Zahlungen gemäß den Artikeln 44 und 45 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[einheitliche GMO] erhalten.

**Absatz 1 Buchstaben a und b sowie den Artikeln 29 bis 32, 34 und 35 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE]** erhalten.

Or. en

### **Änderungsantrag 546**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 92 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt für Begünstigte, die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ], Zahlungen gemäß den Artikeln 44 und 45 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[einheitliche GMO] und die jährlichen Prämien gemäß **Artikel 22 Absatz 1 Buchstaben a und b sowie den Artikeln 29 bis 32, 34 und 35** der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] erhalten.

##### *Geänderter Text*

Artikel 91 gilt für Begünstigte, die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ], Zahlungen gemäß den Artikeln 44 und 45 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[einheitliche GMO] und die jährlichen Prämien gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] erhalten.

Or. en

##### *Begründung*

*Unabhängig davon, ob die Mittel aus Säule I oder Säule II stammen, sollten die Cross-Compliance-Vorschriften für alle Landwirte gelten, die Mittel im Rahmen der GAP erhalten. Es gibt eigentlich keinen Grund, weshalb die Cross-Compliance-Vorschriften für Agrarumwelt- und Klimazahlungen (Artikel 29) oder Tierschutzzahlungen (Artikel 34), nicht aber für andere Zahlungen wie für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und sonstiger Unternehmen (Artikel 20) oder Investitionen in materielle Vermögenswerte (Artikel 18) gelten sollten.*

### **Änderungsantrag 547**

**Peter Jahr, Albert Deß, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt für Begünstigte, die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ], **Zahlungen gemäß den Artikeln 44 und 45 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[*einheitliche GMO*]** und die jährlichen Prämien gemäß Artikel 22 Absatz 1 **Buchstaben a und b** sowie den Artikeln 29 **bis** 32, 34 **und** 35 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] erhalten.

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt für Begünstigte, die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] und die jährlichen Prämien gemäß Artikel 22 Absatz 1 **Buchstabe a** sowie den Artikeln 29 **und** 30, **Artikel 31, soweit es sich um landwirtschaftlichen Flächen handelt, Artikel 32 sowie Artikel 34** der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] erhalten.

Or. de

**Änderungsantrag 548**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt für Begünstigte, die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ], **Zahlungen gemäß den Artikeln 44 und 45 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[*einheitliche GMO*]** und die jährlichen Prämien gemäß Artikel 22 Absatz 1 **Buchstaben a und b** sowie den Artikeln 29 **bis** 32, 34 **und** 35 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] erhalten.

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt für Begünstigte, die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ], und die jährlichen Prämien gemäß Artikel 22 Absatz 1 **Buchstabe b** sowie den Artikeln 29 **und** 30, **Artikel 31, soweit es sich um landwirtschaftliche Flächen handelt, Artikel 32 sowie 34** der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] erhalten.

Or. de

*Begründung*

*Cross Compliance sollte sich auf die Kernbereiche der Landwirtschaft konzentrieren und der Aufwand sollte in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen stehen. Daher sollte der Forstbereich hier ausgenommen werden.*

**Änderungsantrag 549**  
**Janusz Wojciechowski**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt für Begünstigte, die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ], Zahlungen gemäß den Artikeln 44 und 45 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[einheitliche GMO] und die jährlichen Prämien gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstaben a und b sowie den Artikeln 29 bis 32, 34 und 35 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] erhalten.

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt für Begünstigte, die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ], Zahlungen gemäß den Artikeln 44 und 45 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[einheitliche GMO] und die jährlichen Prämien gemäß **Artikel 18**, Artikel 22 Absatz 1 Buchstaben a und b sowie den Artikeln 29 bis 32, 34 und 35 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[LE] erhalten.

Or. en

**Änderungsantrag 550**  
**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

**Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.**

*Geänderter Text*

**entfällt**

Or. en

*(Siehe den Änderungsantrag zu Artikel 61 Absatz 2 der HZV über den ökologischen/biologischen Landbau und Umweltrisikofaktoren)*



## Begründung

*Alle landwirtschaftlichen Betriebe sollten zur Einhaltung der Cross-Compliance-Vorschriften verpflichtet sein, da beispielsweise die Grundanforderungen an die Betriebsführung im Rahmen der Cross-Compliance-Vorschriften auf EU-Recht beruhen, das ausnahmslos für alle gilt. Die Zahlstellen können Kleinlandwirte aufgrund der kleineren von ihnen bewirtschafteten Fläche in eine Kategorie mit geringerem Risikoniveau bezüglich der entsprechenden Risikofaktoren einordnen. In der Tat wurden für Kleinlandwirte aufgrund der flächenbezogenen Schwellenwerte bei Fruchtfolge- und Diversifizierungsmaßnahmen weniger strenge Regelungen im Zusammenhang mit Ökologierungsmaßnahmen vorgesehen.*

### **Änderungsantrag 551** **Janusz Wojciechowski**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.*

*entfällt*

Or. en

### **Änderungsantrag 552** **Peter Jahr, Albert Deß, Britta Reimers**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.*

*Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.*

**Änderungsantrag 553**

**Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth, Anthea McIntyre, Robert Sturdy**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für **Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und** Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

Or. en

*Begründung*

*Kleinlandwirte sollten aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit und Kohärenz nicht von den Cross-Compliance-Vorschriften ausgenommen werden.*

**Änderungsantrag 554**

**Ulrike Rodust, Brian Simpson, Åsa Westlund**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für **Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und** Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

Or. en

**Änderungsantrag 555**  
**Brian Simpson**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für **Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und** Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

Or. en

*Begründung*

*Die Cross-Compliance-Vorschriften sollten auch für Kleinlandwirte gelten, weil unabhängig von der Betriebsgröße alle Landwirte, die EU-Mittel erhalten, Umweltmindestnormen einhalten sollten.*

**Änderungsantrag 556**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für **Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und** Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

Or. de

**Änderungsantrag 557**  
**Wojciech Michał Olejniczak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, **die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen**, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, **die einen Landwirtschaftsbetrieb mit einer Fläche von weniger als 10 ha führen**, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

Or. pl

**Änderungsantrag 558**  
**Esther de Lange**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß **Artikel 29 Absatz 9** der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

Or. en

**Änderungsantrag 559**  
**Mairead McGuinness**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, ***außer bei festgestellten Verstößen gegen die einzelstaatlichen Umweltrechtsvorschriften***, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

Or. en

**Änderungsantrag 560**  
**Robert Dušek**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, ***und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.***

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für ***Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten, und*** Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, ***sofern der Mitgliedstaat nichts anderes vorsieht.***

Or. en

**Änderungsantrag 561**  
**Hynek Fajmon**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für

*Geänderter Text*

Artikel 91 gilt jedoch nicht für

Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten, **sofern der Mitgliedstaat nichts anderes vorsieht.**

Or. en

**Änderungsantrag 562**  
**George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 91 **gilt jedoch** nicht für Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

*Geänderter Text*

**Unbeschadet des Absatzes 2a gilt** Artikel 91 nicht für Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen, und Begünstigte, die Beihilfen gemäß Artikel 29 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx erhalten.

Or. en

**Änderungsantrag 563**  
**George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 92 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

**Die Mitgliedstaaten stellen jedoch sicher, dass Begünstigte, die an der Kleinlandwirteregelung gemäß Titel V der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx[DZ] teilnehmen und bei denen bei einer nationalen Kontrolle im Zusammenhang mit ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit ein erheblicher Verstoß gegen ihre**

*Geänderter Text*

***Verpflichtungen im Rahmen der sektorbezogenen Vorschriften festgestellt worden ist, ihren Anspruch auf Teilnahme an der Kleinlandwirteregelung verlieren.***

Or. en

*Begründung*

*Kleinlandwirte sollten weiterhin von Kontrollen und Sanktionen im Rahmen der Cross-Compliance-Vorschriften ausgenommen bleiben, doch um Missbrauch im Zusammenhang mit dieser Ausnahme zu verhindern, sollte klargestellt werden, dass die Pflicht zur Einhaltung der Grundanforderungen gemäß innerstaatlichen Rechtsvorschriften nach wie vor auch für sie gilt. Wenn im Zusammenhang mit ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit ein erheblicher Verstoß gegen ihre Verpflichtungen im Rahmen der sektorbezogenen Vorschriften festgestellt worden ist, sollten sie bestraft werden.*

**Änderungsantrag 564  
Rareș-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die in Anhang II aufgeführten Rechtsakte über die Grundanforderungen an die Betriebsführung gelten in der zuletzt in Kraft getretenen Fassung und im Falle von Richtlinien so, wie sie von den Mitgliedstaaten umgesetzt wurden.***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 565  
George Lyon, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die in Anhang II aufgeführten Rechtsakte über die Grundanforderungen an die Betriebsführung gelten in der zuletzt in Kraft getretenen Fassung und im Falle von Richtlinien so, wie sie von den Mitgliedstaaten umgesetzt wurden.

*Geänderter Text*

Die in Anhang II aufgeführten Rechtsakte über die Grundanforderungen an die Betriebsführung gelten in der zuletzt in Kraft getretenen Fassung und im Falle von Richtlinien so, wie sie von den Mitgliedstaaten ***im Anschluss an Legislativvorschläge der Kommission*** umgesetzt wurden.

Or. en

*Begründung*

*Damit die eingeführten Verpflichtungen verhältnismäßig sind, direkt für die Landwirte gelten und regelmäßig kontrolliert werden können, sollte die der Kommission übertragene Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte durch eine Verpflichtung zur Überarbeitung der Verordnung ersetzt werden.*

**Änderungsantrag 566**  
**Rareş-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***In einem Durchführungsrechtsakt sollten mehrere gemeinsame Anforderungen an den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ), wie sie in Anhang II aufgeführt sind, festgelegt werden.***

Or. en

**Änderungsantrag 567**  
**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 3**



*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.**

**entfällt**

Or. es

*Begründung*

*Diese Absätze sollten entfallen, solange die Rahmenrichtlinien zu Wasser und Pestiziden nicht von allen Mitgliedstaaten umgesetzt worden und klar erkennbar ist, welche Verpflichtungen unmittelbar für Landwirte gelten. Sobald diese Richtlinien in Kraft getreten sind, kann man Anhang II um die entsprechenden Anforderungen ergänzen.*

**Änderungsantrag 568**

**Peter Jahr, Albert Deß, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte**

**entfällt**

**geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.**

Or. de

**Änderungsantrag 569  
Julie Girling, James Nicholson, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.**

**entfällt**

Or. en

*Begründung*

*Es ist unangemessen, die Wasserrahmenrichtlinie in die Cross-Compliance-Vorschriften aufzunehmen, weil die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie im Hinblick auf den Zustand von Gewässern und nicht auf von den Landwirten (oder anderen Akteuren) zu treffende Maßnahmen festgelegt sind. Es wäre wohl ungewöhnlich, wenn ein Problem in einem Gewässer im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie nur auf einen einzigen*

*landwirtschaftlichen Betrieb zurückzuführen wäre.*

**Änderungsantrag 570**  
**Ivari Padar**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.***

***entfällt***

Or. et

*Begründung*

*Diese Verordnung mit der Wasserrahmenrichtlinie zu verknüpfen, ist nicht sinnvoll, denn der Verweis auf die Wasserrahmenrichtlinie, wie hier formuliert, schränkt die Freiheit der Mitgliedstaaten ein, durch Ausarbeitung und Durchführung von Agrar-Umwelt-Maßnahmen im Rahmen der zweiten Säule tätig zu werden, und steht der Anwendung der in der Wasserrahmenrichtlinie vorgesehenen Maßnahmen entgegen. Bei der Konzipierung der Maßnahmen müssen alle Anforderungen, für die es keinen Ausgleich geben kann, geklärt sein. Die Durchführung der Wasserrahmenrichtlinie befindet sich in den Mitgliedstaaten in unterschiedlichen Stadien, sodass die Landwirte in den einzelnen Ländern ungleich gestellt sind.*

**Änderungsantrag 571**  
**Jens Rohde, Anne E. Jensen**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.**

**entfällt**

Or. en

*Begründung*

*Das Cross-Compliance-System sollte so vereinfacht werden, dass weniger und gezieltere Anforderungen gestellt werden. Deshalb ist es unsinnig, das System noch weiter auf die Wasserrahmenrichtlinie auszudehnen.*

**Änderungsantrag 572  
Rareș-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde**

**entfällt**

***und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.***

Or. en

**Änderungsantrag 573**  
**Esther de Lange**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 574**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, **sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.**

*Geänderter Text*

Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird **ab 2014** als Teil von Anhang II angesehen.

Or. en

*(Artikel 11 der Richtlinie 2000/60/EG)*

*Begründung*

*Die Verschmutzung von Gewässern kostet die Steuerzahler und die öffentliche Hand sehr viel und wirkt sich zudem erheblich auf andere Sektoren wie die Wasserversorgung, die Gesundheit von Mensch und Tier, die Fischerei, den Tourismus usw. aus. Der Status quo ist aus haushalterischer Sicht ineffizient. Die Frist der Mitgliedstaaten für die Umsetzung ihrer Programme im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe läuft am 22.12.2012 (Artikel 11 der Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG) ab, und weil diese Anforderung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik nach der Reform auf der Ebene der Mitgliedstaaten bereits bestehen wird, sind keine delegierten Rechtsakte erforderlich.*

**Änderungsantrag 575**  
**Chris Davies, Gerben-Jan Gerbrandy, Corinne Lepage**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, **sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.**

*Geänderter Text*

Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird **ab 2014** als Teil von Anhang II angesehen.

Or. en

*Begründung*

*Die Wasserrahmenrichtlinie sollte spätestens ab 2014, zeitgleich mit dem Inkrafttreten der GAP, in die Cross-Compliance-Vorschriften aufgenommen werden. Die Übernahme der Wasserrahmenrichtlinie sollte nicht davon abhängen, dass sie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wird, weil dies Verzögerungen verursachen würde.*

**Änderungsantrag 576**

**Satu Hassi, Bas Eickhout, Dan Jørgensen, Nessa Childers, Jutta Haug**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, **sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte**

*Geänderter Text*

Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird **ab 2014** als Teil von Anhang II angesehen.

**geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.**

Or. en

### *Begründung*

*Die meisten EU-Gewässer weisen derzeit nicht den in der Wasserrahmenrichtlinie geforderten guten ökologischen Zustand auf. Die Landwirtschaft zählt zu den Faktoren, die die Süßwasserqualität am stärksten gefährden, und deshalb muss die Wasserrahmenrichtlinie in die Cross-Compliance-Standards aufgenommen werden. Die Frist der Mitgliedstaaten für die Umsetzung ihrer Programme im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie läuft im Dezember 2012 ab (Artikel 11 der Richtlinie 2000/60/EG). Da diese Anforderung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik bereits bestehen wird, sind keine delegierten Rechtsakte erforderlich.*

**Änderungsantrag 577**  
**Nessa Childers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 3**

#### *Vorschlag der Kommission*

Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, **sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat,**

#### *Geänderter Text*

Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird **ab 2014** als Teil von Anhang II angesehen.



zu ändern.

Or. en

**Änderungsantrag 578**  
**George Lyon, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik **wird** als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. **Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.**

*Geänderter Text*

Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik **kann** als Teil von Anhang II angesehen **werden**, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. **Deshalb legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat spätestens bis zum 31. Dezember 2018 einen Legislativvorschlag zur Überarbeitung der Cross-Compliance-Vorschriften vor.**

Or. en

*Begründung*

*Damit die eingeführten Verpflichtungen verhältnismäßig sind, direkt für die Landwirte gelten und regelmäßig kontrolliert werden können, sollte die der Kommission übertragene Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte durch eine Verpflichtung ersetzt werden, die Verordnung bis zu einem Datum zu überarbeiten, das mit den Umsetzungsfristen der beiden betroffenen Richtlinien im Einklang steht.*

**Änderungsantrag 579**  
**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

***Die Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen.*** Die Kommission wird ***daher*** ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie notifiziert hat, zu ändern.

*Geänderter Text*

Die Kommission wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie **2000/60/EG** notifiziert hat, zu ändern.

Or. fr

**Änderungsantrag 580**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

***Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte***

*Geänderter Text*

***entfällt***

**Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz notifiziert hat, zu ändern.**

Or. es

*Begründung*

*Diese Absätze sollten entfallen, solange die Rahmenrichtlinien zu Wasser und Pestiziden nicht von allen Mitgliedstaaten umgesetzt worden und klar erkennbar ist, welche Verpflichtungen unmittelbar für Landwirte gelten. Sobald diese Richtlinien in Kraft getreten sind, kann man Anhang II um die entsprechenden Anforderungen ergänzen.*

**Änderungsantrag 581  
Peter Jahr, Albert Deß, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz notifiziert hat, zu ändern.**

**entfällt**

Or. de

**Änderungsantrag 582**  
**Jens Rohde**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz notifiziert hat, zu ändern.***

***entfällt***

Or. en

*Begründung*

*Das Cross-Compliance-System sollte so vereinfacht werden, dass weniger und gezieltere Anforderungen gestellt werden. Deshalb ist es unsinnig, das System noch weiter auf die Pestizidrichtlinie auszudehnen.*

**Änderungsantrag 583**  
**Rareș-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz notifiziert hat, zu ändern.**

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 584  
Esther de Lange**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von**

**entfällt**

*zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz notifiziert hat, zu ändern.*

Or. en

## **Änderungsantrag 585**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 93 – Absatz 4**

##### *Vorschlag der Kommission*

Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird als Teil von Anhang II angesehen, **sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie** einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz **notifiziert hat, zu ändern.**

##### *Geänderter Text*

Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird **ab 2014** als Teil von Anhang II angesehen, einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz.

Or. en

##### *Begründung*

*Die Richtlinie 2009/128/EG über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden ist bereits geltendes EU-Recht. Gemäß dieser Rechtsvorschrift müssen die Mitgliedstaaten ihre nationalen Aktionspläne bis zum 14. Dezember 2012 vorlegen, und da dies noch rechtzeitig*

*vor dem Inkrafttreten der reformierten GAP im Jahr 2014 ist, sind auch keine delegierten Rechtsakte erforderlich. Die Richtlinie 2009/128/EG kann dazu beitragen, die Abhängigkeit von externen, nicht erneuerbaren und kostspieligen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln zu senken, deren Einsatz wegen ihrer Toxizität mit erheblichen externalisierten Kosten für die Gesundheit des Menschen (insbesondere der Landwirte) und ebensolchen Umweltkosten einhergeht.*

## **Änderungsantrag 586**

**Chris Davies, Gerben-Jan Gerbrandy, Corinne Lepage**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 93 – Absatz 4**

##### *Vorschlag der Kommission*

Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird als Teil von Anhang II angesehen, **sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz notifiziert hat, zu ändern.**

##### *Geänderter Text*

Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird **ab 2014** als Teil von Anhang II angesehen.

Or. en

##### *Begründung*

*Die Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden sollte spätestens ab 2014, zeitgleich mit dem Inkrafttreten der GAP, in die Cross-Compliance-Vorschriften aufgenommen werden. Die Übernahme der Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden sollte nicht davon abhängen, dass sie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wird, weil dies Verzögerungen verursachen würde.*

**Änderungsantrag 587**  
**George Lyon, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden **wird** als Teil von Anhang II angesehen, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. **Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz notifiziert hat, zu ändern.**

*Geänderter Text*

Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden **kann** als Teil von Anhang II angesehen **werden**, sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. **Deshalb legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat spätestens bis zum 31. Dezember 2015 einen Legislativvorschlag zur Überarbeitung der Cross-Compliance-Vorschriften vor.**

Or. en

*Begründung*

*Damit die eingeführten Verpflichtungen verhältnismäßig sind, direkt für die Landwirte gelten und regelmäßig kontrolliert werden können, sollte die der Kommission übertragene Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte durch eine Verpflichtung ersetzt werden, die Verordnung bis zu einem Datum zu überarbeiten, das mit den Umsetzungsfristen der beiden betroffenen Richtlinien im Einklang steht.*

**Änderungsantrag 588**  
**Satu Hassi, Bas Eickhout, Dan Jørgensen, Nessa Childers, Jutta Haug**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 4**



*Vorschlag der Kommission*

Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird als Teil von Anhang II angesehen, **sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz notifiziert hat, zu ändern.**

*Geänderter Text*

Die Richtlinie 2009/128/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird **ab 2014** als Teil von Anhang II angesehen.

Or. en

*Begründung*

*Die Richtlinie 2009/128/EG über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden trägt dazu bei, die externalisierten Kosten für die Gesundheit des Menschen und ebensolchen Umweltkosten, die durch die Toxizität verursacht werden, zu senken und zum Rückgriff auf nachhaltigere landwirtschaftliche Verfahren anzuregen. Zu diesem Zweck sollte sie so rasch wie möglich in die Cross-Compliance-Vorschriften übernommen werden. Gemäß der Richtlinie 2009/128/EG müssen die Mitgliedstaaten ihre nationalen Aktionspläne bis Ende 2012 vorlegen. Da dies noch rechtzeitig vor dem Inkrafttreten der reformierten GAP im Jahr 2014 ist, sind auch keine delegierten Rechtsakte erforderlich.*

**Änderungsantrag 589**  
**Nessa Childers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

Die Richtlinie 2009/128/EG des

*Geänderter Text*

Die Richtlinie 2009/128/EG des

Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird als Teil von Anhang II angesehen, **sobald diese Richtlinie von allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und die unmittelbar für die Landwirte geltenden Verpflichtungen feststehen. Die Kommission wird daher ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Anhang II innerhalb von zwölf Monaten, nachdem der letzte Mitgliedstaat der Kommission die Umsetzung der Richtlinie einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf den integrierten Pflanzenschutz notifiziert hat, zu ändern.**

Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden wird **ab 2014** als Teil von Anhang II angesehen.

Or. en

**Änderungsantrag 590**  
**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Außerdem schließen die Cross-Compliance-Vorschriften für die Jahre 2014 und 2015 die Erhaltung von Dauergrünlandflächen ein. Die Mitgliedstaaten, die am 1. Januar 2004 Mitglied der Europäischen Union waren, stellen sicher, dass Flächen, die zum Zeitpunkt der Flächenbeihilfeanträge für 2003 Dauergrünland waren, im Rahmen festgelegter Grenzen Dauergrünlandflächen bleiben. Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union 2004 beigetreten sind, stellen sicher, dass Flächen, die am 1. Mai 2004 Dauergrünland waren, im Rahmen festgelegter Grenzen Dauergrünlandflächen bleiben. Bulgarien***

***entfällt***

***und Rumänien stellen sicher, dass Flächen, die am 1. Januar 2007 Dauergrünland waren, im Rahmen festgelegter Grenzen Dauergrünlandflächen bleiben.***

Or. fr

**Änderungsantrag 591  
Rareș-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

***Außerdem schließen die Cross-Compliance-Vorschriften für die Jahre 2014 und 2015 die Erhaltung von Dauergrünlandflächen ein. Die Mitgliedstaaten, die am 1. Januar 2004 Mitglied der Europäischen Union waren, stellen sicher, dass Flächen, die zum Zeitpunkt der Flächenbeihilfeanträge für 2003 Dauergrünland waren, im Rahmen festgelegter Grenzen Dauergrünlandflächen bleiben. Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union 2004 beigetreten sind, stellen sicher, dass Flächen, die am 1. Mai 2004 Dauergrünland waren, im Rahmen festgelegter Grenzen Dauergrünlandflächen bleiben. Bulgarien und Rumänien stellen sicher, dass Flächen, die am 1. Januar 2007 Dauergrünland waren, im Rahmen festgelegter Grenzen Dauergrünlandflächen bleiben.***

*Geänderter Text*

***Die Cross-Compliance-Vorschriften schließen die Erhaltung von Dauergrünlandflächen im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 Buchstabe h der Verordnung (EU) Nr. DZ/2012 ein. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Flächen, die seit dem 1. Januar 2007 ununterbrochen als Grünland genutzt werden, als Dauergrünlandflächen eingestuft werden. Die Betriebsinhaber müssen die Flächen ihres Betriebs, die für das Antragsjahr 2014 in dem Beihilfeantrag gemäß Artikel 73 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. HZV/2012 als Dauergrünlandflächen angemeldet wurden, nachfolgend „Referenzflächen mit Dauergrünland“, als Dauergrünlandflächen erhalten.***

Or. en

**Änderungsantrag 592  
Esther de Lange**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

Außerdem schließen die Cross-Compliance-Vorschriften für die Jahre 2014 und 2015 die Erhaltung von Dauergrünlandflächen ein. Die Mitgliedstaaten, die am 1. Januar 2004 Mitglied der Europäischen Union waren, stellen sicher, dass Flächen, die zum Zeitpunkt der Flächenbeihilfeanträge für 2003 Dauergrünland waren, im Rahmen **festgelegter** Grenzen Dauergrünlandflächen bleiben. Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union 2004 beigetreten sind, stellen sicher, dass Flächen, die am 1. Mai 2004 Dauergrünland waren, im Rahmen **festgelegter** Grenzen Dauergrünlandflächen bleiben. Bulgarien und Rumänien stellen sicher, dass Flächen, die am 1. Januar 2007 Dauergrünland waren, im Rahmen **festgelegter** Grenzen Dauergrünlandflächen bleiben.

*Geänderter Text*

Außerdem schließen die Cross-Compliance-Vorschriften für die Jahre 2014 und 2015 die Erhaltung von Dauergrünlandflächen ein. Die Mitgliedstaaten, die am 1. Januar 2004 Mitglied der Europäischen Union waren, stellen sicher, dass Flächen, die zum Zeitpunkt der Flächenbeihilfeanträge für 2003 Dauergrünland waren, im Rahmen **von** Grenzen, **die vom jeweiligen Mitgliedstaat festgelegt werden,** Dauergrünlandflächen bleiben. Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union 2004 beigetreten sind, stellen sicher, dass Flächen, die am 1. Mai 2004 Dauergrünland waren, im Rahmen **von** Grenzen, **die vom jeweiligen Mitgliedstaat festgelegt werden,** Dauergrünlandflächen bleiben. Bulgarien und Rumänien stellen sicher, dass Flächen, die am 1. Januar 2007 Dauergrünland waren, im Rahmen **von** Grenzen, **die vom jeweiligen Mitgliedstaat festgelegt werden,** Dauergrünlandflächen bleiben.

Or. en

**Änderungsantrag 593**  
**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

**Der vorausgehende Unterabsatz gilt nicht für aufzuforstende Dauergrünlandflächen, wenn eine solche Aufforstung umweltgerecht ist und es sich nicht um Anpflanzungen von Weihnachtsbäumen oder kurzlebigen**

*Geänderter Text*

**entfällt**

*schnellwachsenden Bäumen handelt.*

Or. fr

**Änderungsantrag 594**  
**Rareş-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

Der vorausgehende Unterabsatz gilt nicht für aufzuforstende Dauergrünlandflächen, wenn eine solche Aufforstung umweltgerecht ist und es sich nicht um Anpflanzungen von Weihnachtsbäumen *oder kurzlebigen schnellwachsenden Bäumen* handelt.

*Geänderter Text*

Der vorausgehende Unterabsatz gilt nicht für aufzuforstende Dauergrünlandflächen, wenn eine solche Aufforstung umweltgerecht ist und es sich nicht um Anpflanzungen von Weihnachtsbäumen handelt.

Or. en

**Änderungsantrag 595**  
**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 7**

*Vorschlag der Kommission*

*Die Kommission sollte im Hinblick auf die beiden vorstehenden Absätze ermächtigt werden, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 mit Vorschriften über die Erhaltung von Dauergrünlandflächen zu erlassen, um insbesondere sicherzustellen, dass auf Ebene des einzelnen Landwirts Maßnahmen zur Erhaltung von Dauergrünlandflächen ergriffen werden, einschließlich individueller Auflagen wie der Auflage, Flächen in Dauergrünland umzuwandeln, wenn der Dauergrünlandanteil*

*Geänderter Text*

*entfällt*

*nachgewiesenermaßen zurückgeht.*

Or. fr

**Änderungsantrag 596**  
**Esther de Lange**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 7 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Abweichend davon dürfen die Betriebsinhaber eine Umwandlung der von ihnen beizubehaltenden Referenzflächen um höchstens 10 % vornehmen. Diese Begrenzung gilt nicht im Falle höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände.***

Or. en

**Änderungsantrag 597**  
**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 8**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Darüber hinaus sollte die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten die Methoden festlegen, nach denen der zu erhaltende Anteil von Dauergrünland an der landwirtschaftlich genutzten Fläche festgestellt wird. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.***

***entfällt***

Or. fr

**Änderungsantrag 598**  
**Rareş-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 8**

*Vorschlag der Kommission*

***Darüber hinaus sollte die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten die Methoden festlegen, nach denen der zu erhaltende Anteil von Dauergrünland an der landwirtschaftlich genutzten Fläche festgestellt wird. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.***

*Geänderter Text*

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 599**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 93 – Absatz 8**

*Vorschlag der Kommission*

Darüber hinaus ***sollte*** die Kommission ***im Wege von Durchführungsrechtsakten die Methoden festlegen***, nach denen der zu erhaltende Anteil von Dauergrünland an der landwirtschaftlich genutzten Fläche festgestellt wird. ***Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.***

*Geänderter Text*

Darüber hinaus ***wird*** die Kommission ***ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um Methoden festzulegen***, nach denen der zu erhaltende Anteil von Dauergrünland an der landwirtschaftlich genutzten Fläche festgestellt wird.

Or. de

**Änderungsantrag 600**  
**Rareş-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 8 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Abweichend davon müssen Betriebsinhaber, die im Jahr 2014 mindestens 70 % ihrer Flächen ihres Betriebs als „Dauergrünland“ und „Gras oder andere Grünfütterpflanzen“ im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 Buchstaben h und i der Verordnung (EU) Nr. DZ/2012, nachfolgend „Gesamtgrünland-Referenzflächen“, nutzen, mindestens die gleiche Anzahl Hektar als Grünland wie ihre Gesamtgrünland-Referenzflächen beibehalten. Die Betriebsinhaber dürfen eine Umwandlung der von ihnen beizubehaltenden Referenzflächen um höchstens 5 % vornehmen. Diese Begrenzung gilt nicht im Falle höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände.***

Or. en

**Änderungsantrag 601  
Jens Rohde**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 93 – Absatz 8 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Kommission legt dem Parlament und dem Rat spätestens bis Ende 2013 einen Bericht mit den notwendigen Vorschlägen zur Verringerung der Vorschriften in Anhang II um 25 % vor, um das Cross-Compliance-System so zu vereinfachen, dass weniger und gezieltere Anforderungen gestellt werden. Die übrigen Vorschriften sollten im Hinblick auf ihre Relevanz, Bedeutung und Messbarkeit überprüft werden.***



### Begründung

*Das Cross-Compliance-System sorgt bei den Landwirten nach wie vor für Frustration. Dies betrifft nicht nur die Anzahl der Vorschriften, sondern auch die Relevanz und Bedeutung, und zwar sowohl für die Landwirte als auch für die Gesellschaft. Überdies kann der einzelnen Landwirt infolge der zahlreichen voneinander abweichenden Regeln gegebenenfalls nur mit Mühen herausfinden, ob er gegen eine bestimmte Vorschrift verstoßen hat. Im Interesse eines glaubwürdigeren Cross-Compliance-Systems sollte die Kommission verpflichtet sein, Vorschläge zur Begrenzung der Anzahl der Vorschriften vorzulegen und außerdem die übrigen Regeln im Hinblick auf ihre Relevanz, Bedeutung und Messbarkeit zu überprüfen.*

### Änderungsantrag 602

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 94 – Absatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle landwirtschaftlichen Flächen einschließlich diejenigen, die nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden, in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten bleiben. Die Mitgliedstaaten legen auf nationaler oder regionaler Ebene auf der Grundlage von Anhang II für die Begünstigten Mindeststandards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen fest; sie berücksichtigen dabei die besonderen Merkmale der betreffenden Flächen, einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, vorhandene Bewirtschaftungssysteme, Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen und Betriebsstrukturen. **Die Mitgliedstaaten legen keine Mindestanforderungen fest, die nicht in Anhang II vorgesehen sind.**

#### *Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle landwirtschaftlichen Flächen einschließlich diejenigen, die nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden, in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten bleiben. Die Mitgliedstaaten legen auf nationaler oder regionaler Ebene auf der Grundlage von Anhang II für die Begünstigten Mindeststandards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen fest; sie berücksichtigen dabei die besonderen Merkmale der betreffenden Flächen, einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, vorhandene Bewirtschaftungssysteme, Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen und Betriebsstrukturen.

## Begründung

*Die Mitgliedstaaten und Regionen sollten ihrer Landwirtschaft angemessene Vorschriften hinzufügen können, dabei im Geiste der Subsidiarität handeln und nach dem Vorreiterprinzip das Recht haben, eine saubere und sichere Umwelt zu verlangen; einen Wettbewerb um die schwächsten Anforderungen sollte es nicht geben.*

### **Änderungsantrag 603 Wojciech Michał Olejniczak**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 94 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle landwirtschaftlichen Flächen einschließlich diejenigen, die nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden, in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten bleiben. Die Mitgliedstaaten legen auf nationaler oder regionaler Ebene auf der Grundlage von Anhang II für die Begünstigten Mindeststandards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen fest; sie berücksichtigen dabei die besonderen Merkmale der betreffenden Flächen, einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, vorhandene Bewirtschaftungssysteme, Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen und Betriebsstrukturen. Die Mitgliedstaaten legen keine Mindestanforderungen fest, die nicht in Anhang II vorgesehen sind.

##### *Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle landwirtschaftlichen Flächen einschließlich diejenigen, die nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden, in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten bleiben. Die Mitgliedstaaten **fördern insbesondere die Anlage von Wäldern und Agrarforstsystemen auf Flächen, die noch nicht zu Produktionszwecken genutzt werden**. Die Mitgliedstaaten legen auf nationaler oder regionaler Ebene auf der Grundlage von Anhang II für die Begünstigten Mindeststandards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen fest; sie berücksichtigen dabei die besonderen Merkmale der betreffenden Flächen, einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, vorhandene Bewirtschaftungssysteme, Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen und Betriebsstrukturen. Die Mitgliedstaaten legen keine Mindestanforderungen fest, die nicht in Anhang II vorgesehen sind.

Or. pl

**Änderungsantrag 604**  
**Brian Simpson**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 94 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle landwirtschaftlichen Flächen einschließlich diejenigen, die nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden, in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten bleiben. Die Mitgliedstaaten legen auf nationaler oder regionaler Ebene auf der Grundlage von Anhang II für die Begünstigten Mindeststandards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen fest; sie berücksichtigen dabei die besonderen Merkmale der betreffenden Flächen, einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, vorhandene Bewirtschaftungssysteme, Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen und Betriebsstrukturen. Die Mitgliedstaaten legen keine Mindestanforderungen fest, die nicht in Anhang II vorgesehen sind.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle landwirtschaftlichen Flächen einschließlich diejenigen, die nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden, in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten bleiben. Die Mitgliedstaaten legen auf nationaler oder regionaler Ebene auf der Grundlage von Anhang II für die Begünstigten Mindeststandards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen fest; sie berücksichtigen dabei die besonderen Merkmale der betreffenden Flächen, einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, vorhandene Bewirtschaftungssysteme, Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen und Betriebsstrukturen. Die Mitgliedstaaten legen keine Mindestanforderungen fest, die nicht in Anhang II vorgesehen sind, ***es sei denn, die kombinierten Effekte dieser Mindestanforderungen und der dem Klima- und Umweltschutz förderlichen Landbewirtschaftungsmethoden gemäß Titel III Kapitel 2 der Verordnung (EU) Nr. xxx/xxx [DZ] reichen nicht aus, um die von einem Mitgliedstaat bereits vor dem 1. Januar 2014 festgelegten Mindestanforderungen zu erfüllen. In diesen Fällen muss der betroffene Mitgliedstaat diese Standards so festlegen, dass die Anforderungen nicht gesenkt werden.***

Or. en

## *Begründung*

*Wie in der vorherigen Reform im Zusammenhang mit dem Gesundheitscheck ist eine Sicherungsklausel erforderlich, damit die Änderungen der Umweltschutzbestimmungen in Verbindung mit Zahlungen aus Säule I keine Absenkung der gegenwärtig in den Mitgliedstaaten geltenden Standards bewirken, was praktisch zur Folge hätte, dass der Schwellenwert, ab dem Zahlungen für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen getätigt werden können, nicht wie beabsichtigt steigt, sondern sinkt.*

### **Änderungsantrag 605 Jens Rohde**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 94 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle landwirtschaftlichen Flächen einschließlich diejenigen, die nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden, in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten bleiben. ***Die Mitgliedstaaten legen auf nationaler oder regionaler Ebene auf der Grundlage von Anhang II für die Begünstigten Mindeststandards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen fest; sie berücksichtigen dabei die besonderen Merkmale der betreffenden Flächen, einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, vorhandene Bewirtschaftungssysteme, Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen und Betriebsstrukturen. Die Mitgliedstaaten legen keine Mindestanforderungen fest, die nicht in Anhang II vorgesehen sind.***

##### *Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle landwirtschaftlichen Flächen einschließlich diejenigen, die nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden, in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten bleiben.

***Landwirtschaftliche Flächen, für die keine Basisprämie beantragt wurde, weil auf ihnen ein naturbelassener Zustand mit größerer biologischer Vielfalt entstanden ist, sollten nur in dem nach innerstaatlichen Rechtsvorschriften geforderten Zustand erhalten werden und***

*von der Anforderung ausgenommen werden, die Fläche in gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand zu erhalten.*

*Stillgelegte Flächen gemäß den Artikeln 22, 23 und 24 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999, dem Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 und dem Artikel 29 der Verordnung (EU) Nr. [...] [LEV] gelten als gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand erhalten, wenn die Verpflichtungen der Agrarumweltvereinbarung erfüllt sind. Versäumnisse im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Agrarumweltvereinbarung können nicht zu einer Kürzung der Unterstützung aufgrund dieses Artikels im Sinne des Artikels 99 dieser Verordnung führen, damit Sanktionen nicht doppelt Anwendung finden.*

*Die Mitgliedstaaten legen auf nationaler oder regionaler Ebene auf der Grundlage von Anhang II für die Begünstigten Mindeststandards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen fest; sie berücksichtigen dabei die besonderen Merkmale der betreffenden Flächen, einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, vorhandene Bewirtschaftungssysteme, Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen und Betriebsstrukturen. Die Mitgliedstaaten legen keine Mindestanforderungen fest, die nicht in Anhang II vorgesehen sind.*

Or. en

### *Begründung*

*Flächen, die nicht für die Basisprämie in Frage kommen, sollten keinen Anforderungen in Bezug auf den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand unterliegen.*

**Änderungsantrag 606**  
**Rareș-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 94 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle landwirtschaftlichen Flächen einschließlich diejenigen, die nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden, in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten bleiben. Die Mitgliedstaaten legen auf nationaler oder regionaler Ebene auf der Grundlage **von Anhang II für die Begünstigten Mindeststandards für** den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen fest; sie berücksichtigen dabei die besonderen Merkmale der betreffenden Flächen, einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, vorhandene Bewirtschaftungssysteme, Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen und Betriebsstrukturen. Die Mitgliedstaaten legen keine Mindestanforderungen fest, die nicht in Anhang II vorgesehen sind.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle landwirtschaftlichen Flächen einschließlich diejenigen, die nicht mehr für die Erzeugung genutzt werden, in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand erhalten bleiben. Die Mitgliedstaaten legen auf nationaler oder regionaler Ebene auf der Grundlage **der gemeinsamen Anforderungen an** den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand der Flächen **gemäß Artikel 93 den Umfang der Kontrollen der Begünstigten** fest; sie berücksichtigen dabei die besonderen Merkmale der betreffenden Flächen, einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, vorhandene Bewirtschaftungssysteme, Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen und Betriebsstrukturen. Die Mitgliedstaaten legen keine Mindestanforderungen fest, die nicht in Anhang II vorgesehen sind.

Or. en

**Änderungsantrag 607**  
**Jim Higgins, Seán Kelly**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

***Diese Systeme, insbesondere das System zur Kennzeichnung und Registrierung von Tieren nach der Richtlinie 2008/71/EG des Rates vom 15. Juli 2008***

*Geänderter Text*

***entfällt***

**über die Kennzeichnung und Registrierung von Schweinen<sup>46</sup> und den Verordnungen (EG) Nr. 1760/2000 und (EG) Nr. 21/2004 müssen mit dem integrierten System im Sinne von Titel V Kapitel II der vorliegenden Verordnung kompatibel sein.**

Or. en

*Begründung*

*Die Verordnung (EG) Nr. 21/2004 sollte angesichts der Schwierigkeiten bei ihrer Durchführung nicht Bestandteil des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems sein.*

**Änderungsantrag 608  
Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 96 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2a) Bei der Kontrolle der Anforderungen, Normen, Rechtsakte oder Bereiche der Cross-Compliance kann Folgendes berücksichtigt werden:***

***– die Beteiligung der Landwirte an der landwirtschaftlichen Betriebsberatung gemäß Titel III der vorliegenden Verordnung;***

***– die Teilnahme der Landwirte an einem Zertifizierungssystem, sofern dieses System die betreffenden Anforderungen und Normen abdeckt.***

Or. fr

**Änderungsantrag 609  
Julie Girling, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 96 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Die Mitgliedstaaten prüfen durch Vor-Ort-Kontrollen, ob die Begünstigten ihren Verpflichtungen nach diesem Titel nachkommen.

*Geänderter Text*

(3) Die Mitgliedstaaten prüfen durch Vor-Ort-Kontrollen, ob die Begünstigten ihren Verpflichtungen nach diesem Titel nachkommen. **Die Mitgliedstaaten legen einen Jahresbericht über die Durchführung und die Ergebnisse der Cross-Compliance- und Ökologisierungsmaßnahmen vor. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament einen Jahresbericht über die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die landwirtschaftliche Erzeugung und ihre Umweltfolgen in den Mitgliedstaaten vor.**

Or. en

*Begründung*

*Da die Ökologisierung ein neues Element im Rahmen der Cross-Compliance-Vorschriften ist, sollte die Kommission auch ihre Kohärenz überprüfen und dem Europäischen Parlament diesbezüglich Bericht erstatten. Dies steht im Einklang mit der neuen Erwägung 57a.*

**Änderungsantrag 610**  
**Marian Harkin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 96 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Die Mitgliedstaaten prüfen **durch Vor-Ort-Kontrollen**, ob die Begünstigten ihren Verpflichtungen nach diesem Titel nachkommen.

*Geänderter Text*

(3) Die Mitgliedstaaten **teilen in angemessener Form mit, wann sie durch Kontrollen** prüfen, ob die Begünstigten ihren Verpflichtungen nach diesem Titel nachkommen.

Or. en



**Änderungsantrag 611**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 96 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Die Mitgliedstaaten berichten der Kommission jährlich über die Durchführung und die Ergebnisse der Kontrollen der Cross-Compliance- und Ökologierungsmaßnahmen, und die Kommission legt dem Europäischen Parlament einen Jahresbericht über die Wirksamkeit der von den Mitgliedstaaten oder auf regionaler Ebene durchgeführten Maßnahmen vor, mit denen die langfristigen Herausforderungen im Bereich Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft angegangen werden sollen.***

Or. en

**Änderungsantrag 612**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 96 – Absatz 4 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Die Kommission ***erlässt im Wege von Durchführungsrechtsakten*** Vorschriften für die Durchführung von Kontrollen, um die Erfüllung der in diesem Titel genannten Verpflichtungen zu überprüfen.

Die Kommission ***wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um*** Vorschriften für die Durchführung von Kontrollen ***festzusetzen***, um die Erfüllung der in diesem Titel genannten Verpflichtungen zu überprüfen.

Or. de

**Änderungsantrag 613**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 96 – Absatz 4 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.***

***entfällt***

Or. de

**Änderungsantrag 614**  
**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 96 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) Die Kommission ist befugt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 bezüglich gemeinschaftlicher und harmonisierter Normen hinsichtlich der Kontrollpunkte der Cross-Compliance zu erlassen.***

Or. fr

**Änderungsantrag 615**  
**Julie Girling, James Nicholson, Anthea McIntyre**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 97 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Werden die Cross-Compliance-Vorschriften in einem bestimmten Kalenderjahr (nachstehend „betreffendes Kalenderjahr“ genannt) zu irgendeinem Zeitpunkt nicht erfüllt und ist dieser Verstoß dem Begünstigten anzulasten, der

Werden die Cross-Compliance-Vorschriften in einem bestimmten Kalenderjahr (nachstehend „betreffendes Kalenderjahr“ genannt) zu irgendeinem Zeitpunkt nicht erfüllt und ist dieser Verstoß ***das Ergebnis einer vorsätzlichen***

den Beihilfeantrag oder den Zahlungsantrag in dem betreffenden Kalenderjahr gestellt hat, so wird die Sanktion gemäß Artikel 91 angewendet.

**Handlung oder einer Unterlassung, die direkt** dem Begünstigten anzulasten **ist**, der den Beihilfeantrag oder den Zahlungsantrag in dem betreffenden Kalenderjahr gestellt hat, so wird die Sanktion gemäß Artikel 91 angewendet.

Or. en

#### *Begründung*

*Die Verwaltung sollte abwägen, ob der Verstoß das Ergebnis einer vorsätzlichen Handlung ist.*

### **Änderungsantrag 616**

**George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 97 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

Werden die Cross-Compliance-Vorschriften in einem bestimmten Kalenderjahr (nachstehend „betreffendes Kalenderjahr“ genannt) zu irgendeinem Zeitpunkt nicht erfüllt und ist dieser Verstoß dem Begünstigten anzulasten, der den Beihilfeantrag oder den Zahlungsantrag in dem betreffenden Kalenderjahr gestellt hat, so wird die Sanktion gemäß Artikel 91 angewendet.

##### *Geänderter Text*

Werden die Cross-Compliance-Vorschriften in einem bestimmten Kalenderjahr (im Folgenden „betreffendes Kalenderjahr“) zu irgendeinem Zeitpunkt nicht erfüllt und ist dieser Verstoß **unmittelbar** dem Begünstigten anzulasten, der den Beihilfeantrag oder den Zahlungsantrag in dem betreffenden Kalenderjahr gestellt hat, so wird **unbeschadet des Artikels 91 Absatz 2 Buchstabe a** die Sanktion gemäß Artikel 91 angewendet.

Or. en

#### *Begründung*

*Diese Änderung ergibt sich aus der Änderung, mit der ein Frühwarnsystem im Zusammenhang mit dem Cross-Compliance-System vorgeschlagen wird. Die Einfügung des Worts „unmittelbar“ erfolgt aus Gründen der Kohärenz mit dem Wortlaut des Artikels 91.*

**Änderungsantrag 617**  
**Wojciech Michał Olejniczak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 97 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Beschließt ein Mitgliedstaat, von der Möglichkeit nach Unterabsatz 1 Gebrauch zu machen, so ergreift die zuständige Behörde im folgenden Jahr für eine Stichprobe von Begünstigten die erforderlichen Maßnahmen, um sich zu vergewissern, dass der Begünstigte Abhilfemaßnahmen für die festgestellten Verstöße getroffen hat. Der festgestellte Verstoß und die Verpflichtung zur Einleitung von Abhilfemaßnahmen werden dem Begünstigten mitgeteilt.** **entfällt**

Or. pl

*Begründung*

*Diese Streichung führt zu einer erheblichen Vereinfachung der Verwaltungsverfahren der Mitgliedstaaten und zu Einsparungen von Haushaltsmitteln.*

**Änderungsantrag 618**  
**Czesław Adam Siekierski, Jarosław Kalinowski, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Artur Zasada**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 97 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Beschließt ein Mitgliedstaat, von der Möglichkeit nach Unterabsatz 1 Gebrauch zu machen, so ergreift die zuständige Behörde im folgenden Jahr für eine Stichprobe von Begünstigten die erforderlichen Maßnahmen, um sich zu vergewissern, dass der Begünstigte Abhilfemaßnahmen für die festgestellten** **entfällt**

***Verstöße getroffen hat. Der festgestellte Verstoß und die Verpflichtung zur Einleitung von Abhilfemaßnahmen werden dem Begünstigten mitgeteilt.***

Or. en

*Begründung*

*Der Vorschlag der Kommission, bei geringfügigen Verstößen die Folgeprüfungen zu streichen, wird begrüßt. Allerdings sollten die Kontrollen nach Maßgabe der De-minimis-Regel nicht auf eine bestimmte Gruppe von Begünstigten (Stichprobe) beschränkt, sondern im Sinne der Vereinfachung vollständig abgeschafft werden.*

**Änderungsantrag 619**  
**George Lyon, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 98 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 98a**

***Allgemeine Kriterien für die Abstufung von Sanktionen***

***Zum Zwecke der Abstufung der in Artikel 99 genannten Beträge gelten folgende Kriterien:***

***– Die „Schwere“ eines Verstoßes hängt insbesondere davon ab, welche Bedeutung den Auswirkungen des Verstoßes – vor allem im Hinblick auf das Risiko für den entsprechenden EU-Fonds – unter konsequenter Berücksichtigung der Ziele der betreffenden Anforderung oder Norm beizumessen ist.***

***– Das „Ausmaß“ eines Verstoßes wird insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache bestimmt, ob der Verstoß weitreichende Auswirkungen hat oder auf den Betrieb selbst begrenzt ist.***

***– Bei der Ermittlung der „Dauer“ des Verstoßes berücksichtigt die zuständige***

*Behörde insbesondere, wie lange die Auswirkungen des Verstoßes andauern oder welche Möglichkeiten bestehen, diese Auswirkungen mit angemessenen Mitteln abzustellen.*

*– Ein „wiederholter“ Verstoß liegt vor, wenn die Nichteinhaltung derselben Anforderung, derselben Norm oder derselben Verpflichtung mehr als einmal innerhalb eines zusammenhängenden Zeitraums von drei Kalenderjahren festgestellt wird, sofern der Begünstigte auf den vorangegangenen Verstoß hingewiesen wurde und er gegebenenfalls die Möglichkeit hatte, die erforderlichen Maßnahmen zur Abstellung des vorangegangenen Verstoßes zu treffen.*

Or. en

#### *Begründung*

*Die allgemeinen Grundsätze für Sanktionen sollten im Basisrechtsakt genannt werden. Der Wortlaut wurde im Wesentlichen aus Artikel 47 der Verordnung (EG) Nr. 1122/2009 übernommen.*

#### **Änderungsantrag 620**

**Daciana Octavia Sârbu, Vasilica Viorica Dăncilă**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 99 – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Berechnung der **Sanktion**

Berechnung der **Geldstrafe**

Or. ro

#### *Begründung*

*Sprachliche Änderung, betrifft den gesamten Text.*

**Änderungsantrag 621**  
**George Lyon, Anne E. Jensen, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Bei der Berechnung dieser Kürzungen und Ausschlüsse werden Schwere, Ausmaß, Dauer und Häufigkeit der Verstöße sowie die Kriterien nach den Absätzen 2, 3 und 4 berücksichtigt.

*Geänderter Text*

Bei der Berechnung dieser Kürzungen und Ausschlüsse werden **die Schwere und Art des Verstoßes im Hinblick auf die Festlegung von** Schwere, Ausmaß, Dauer und Häufigkeit der Verstöße **gemäß Artikel 98a zur** sowie die Kriterien nach den Absätzen 2, 3 und 4 **im Verhältnis** berücksichtigt.

Or. en

*Begründung*

*Siehe den Änderungsantrag zur Schaffung des neuen Artikels 98a.*

**Änderungsantrag 622**  
**Eric Andrieu, Marc Tarabella**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(1a) Abweichend von Absatz 1 betreffen die Kürzungen und Ausschlüsse infolge von Unregelmäßigkeiten bei der Cross-Compliance bezüglich der Maßnahmen gemäß Artikel 29, 30 und 31 der Verordnung (EU) Nr. LEV/xxx nur die im Rahmen dieser Maßnahmen gewährten Summen.**

Or. fr

**Änderungsantrag 623**  
**Janusz Wojciechowski**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Bei Nichteinhaltung aufgrund von Fahrlässigkeit beträgt die Kürzung höchstens 5 %, bei wiederholten Verstößen höchstens 15 %.**

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 624**  
**Jens Rohde**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Bei Nichteinhaltung aufgrund von Fahrlässigkeit beträgt die Kürzung höchstens 5 %, bei wiederholten Verstößen höchstens **15 %**.

**(2)** Bei Nichteinhaltung aufgrund von Fahrlässigkeit beträgt die Kürzung höchstens 5 % **oder 2 000 EUR**, bei wiederholten Verstößen höchstens **10 % oder 4 000 EUR**.

Or. en

*Begründung*

*To base the cross compliance system only on a percentage reduction of support is not proportional. It can give very large reductions of support for very small non-compliances if they are done by a large farmer. In addition a similar breach mad by two different famers does not lead to the same amount of reduction of support. The amount of support reduction will depend on whether the farmer is a small farmer, receiving only few subsidies, or a large farmer, receiving a large amount of subsidies. In addition all less severe non-compliances should be able to be considered as minor. This will significantly increase proportionality.*

**Änderungsantrag 625**  
**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa**



**Zamora**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 99 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Bei Nichteinhaltung aufgrund von Fahrlässigkeit beträgt die Kürzung höchstens 5 %, bei wiederholten Verstößen höchstens 15 %.

*Geänderter Text*

Bei Nichteinhaltung aufgrund von Fahrlässigkeit beträgt die Kürzung höchstens 5 %, bei wiederholten Verstößen höchstens 15 %, **mit Ausnahme von außerordentlich schwerwiegenden Fällen, in denen die Kürzung nicht weniger als 20 % beträgt und bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten kann.**

Or. es

*Begründung*

*Absatz 3 bezüglich der vorsätzlichen Nichteinhaltung sollte gestrichen werden, da es juristisch sehr schwer nachzuweisen ist, dass ein Landwirt vorsätzlich oder absichtlich so gehandelt hat. Diese Form der Nichterfüllung sollte daher durch grobe Fahrlässigkeit ersetzt werden, die in Absatz 2 aufgenommen wird, wobei die in Absatz 3 vorgesehenen Sanktionen beibehalten werden.*

**Änderungsantrag 626**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 99 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Bei Nichteinhaltung aufgrund von Fahrlässigkeit beträgt die Kürzung höchstens 5 %, bei wiederholten Verstößen höchstens 15 %.

*Geänderter Text*

Bei Nichteinhaltung aufgrund von Fahrlässigkeit beträgt die Kürzung höchstens 5 %, bei wiederholten Verstößen höchstens 15 %, **mit Ausnahme von außerordentlich schwerwiegenden Fällen, in denen die Kürzung nicht weniger als 20 % beträgt und bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein**

*oder mehrere Kalenderjahre gelten kann.*

Or. es

### *Begründung*

*Absatz 3 bezüglich der vorsätzlichen Nichteinhaltung sollte gestrichen werden, da es juristisch sehr schwer nachzuweisen ist, dass ein Landwirt vorsätzlich oder absichtlich so gehandelt hat. Diese Form der Nichterfüllung sollte daher durch grobe Fahrlässigkeit ersetzt werden, die in Absatz 2 aufgenommen wird, wobei die in Absatz 3 vorgesehenen Sanktionen beibehalten werden.*

### **Änderungsantrag 627** **Janusz Wojciechowski**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 99 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

In hinreichend begründeten Fällen können die Mitgliedstaaten beschließen, keine Kürzung anzuwenden, wenn ein Verstoß nach Schwere, Ausmaß und Dauer als geringfügig anzusehen ist. Verstöße, die eine direkte Gefährdung der Gesundheit von Mensch oder Tier bedeuten, gelten jedoch nicht als geringfügig. Der festgestellte Verstoß und die Verpflichtung zur Einleitung von Abhilfemaßnahmen werden dem Begünstigten mitgeteilt.

##### *Geänderter Text*

In hinreichend begründeten Fällen können die Mitgliedstaaten beschließen, keine Kürzung anzuwenden, wenn ein Verstoß nach Schwere, Ausmaß und Dauer als geringfügig anzusehen ist. Verstöße, die eine direkte Gefährdung der Gesundheit von Mensch oder Tier *oder des Tierschutzes* bedeuten, gelten jedoch nicht als geringfügig. Der festgestellte Verstoß und die Verpflichtung zur Einleitung von Abhilfemaßnahmen werden dem Begünstigten mitgeteilt.

Or. en

### **Änderungsantrag 628** **Diane Dodds**

#### **Vorschlag für eine Verordnung** **Artikel 99 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

In hinreichend begründeten Fällen können die Mitgliedstaaten beschließen, keine Kürzung anzuwenden, wenn ein Verstoß nach Schwere, Ausmaß und Dauer als geringfügig anzusehen ist. Verstöße, die eine direkte Gefährdung der Gesundheit von Mensch oder Tier bedeuten, gelten jedoch nicht als geringfügig. Der festgestellte Verstoß und die Verpflichtung zur Einleitung von Abhilfemaßnahmen werden dem Begünstigten mitgeteilt.

*Geänderter Text*

In hinreichend begründeten Fällen können die Mitgliedstaaten beschließen, keine Kürzung anzuwenden, wenn ein Verstoß nach Schwere, Ausmaß und Dauer als geringfügig anzusehen ist. Verstöße, die eine direkte Gefährdung der Gesundheit von Mensch oder Tier bedeuten, gelten jedoch nicht als geringfügig. ***Geringfügige Verstöße im Zusammenhang mit den Systemen für die Kennzeichnung und Registrierung von Tieren gemäß Anhang II SMR 7 und SMR 8 gelten nicht als direkte Gefährdung der Gesundheit von Mensch oder Tier.*** Der festgestellte Verstoß und die Verpflichtung zur Einleitung von Abhilfemaßnahmen werden dem Begünstigten mitgeteilt.

Or. en

**Änderungsantrag 629**  
**Jens Rohde**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

In hinreichend begründeten Fällen können die Mitgliedstaaten beschließen, keine Kürzung anzuwenden, wenn ein Verstoß nach Schwere, Ausmaß und Dauer als geringfügig anzusehen ist. ***Verstöße, die eine direkte Gefährdung der Gesundheit von Mensch oder Tier bedeuten, gelten jedoch nicht als geringfügig.*** Der festgestellte Verstoß und die Verpflichtung zur Einleitung von Abhilfemaßnahmen werden dem Begünstigten mitgeteilt.

*Geänderter Text*

In hinreichend begründeten Fällen können die Mitgliedstaaten beschließen, keine Kürzung anzuwenden, wenn ein Verstoß nach Schwere, Ausmaß und Dauer als geringfügig anzusehen ist. Der festgestellte Verstoß und die Verpflichtung zur Einleitung von Abhilfemaßnahmen werden dem Begünstigten mitgeteilt.

Or. en

## **Änderungsantrag 630**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 99 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3) Bei vorsätzlichen Verstößen beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als 20 % und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.** **entfällt**

Or. es

#### *Begründung*

*Absatz 3 bezüglich der vorsätzlichen Nichteinhaltung sollte gestrichen werden, da es juristisch sehr schwer nachzuweisen ist, dass ein Landwirt vorsätzlich oder absichtlich so gehandelt hat. Diese Form der Nichterfüllung sollte daher durch grobe Fahrlässigkeit ersetzt werden, die in Absatz 2 aufgenommen wird, wobei die in Absatz 3 vorgesehenen Sanktionen beibehalten werden.*

## **Änderungsantrag 631**

**Esther Herranz García, Pilar Ayuso, Gabriel Mato Adrover, María Auxiliadora Correa Zamora**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 99 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(3) Bei vorsätzlichen Verstößen beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als 20 % und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.** **entfällt**

Or. es

## Begründung

*Absatz 3 bezüglich der vorsätzlichen Nichteinhaltung sollte gestrichen werden, da es juristisch sehr schwer nachzuweisen ist, dass ein Landwirt vorsätzlich oder absichtlich so gehandelt hat. Diese Form der Nichterfüllung sollte daher durch grobe Fahrlässigkeit ersetzt werden, die in Absatz 2 aufgenommen wird, wobei die in Absatz 3 vorgesehenen Sanktionen beibehalten werden.*

### Änderungsantrag 632

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Artikel 99 – Absatz 3

#### *Vorschlag der Kommission*

(3) Bei vorsätzlichen Verstößen beträgt die Kürzung **grundsätzlich** nicht weniger als 20 % und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.

#### *Geänderter Text*

(3) Bei vorsätzlichen **oder erheblichen** Verstößen beträgt die Kürzung nicht weniger als 20 % und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten. **Wiederholte Verstöße, die begangen werden, nachdem der Begünstigte eine Warnung erhalten hat oder eine Sanktion gegen ihn verhängt worden ist, gelten als erheblich und vorsätzlich.**

Or. en

## Begründung

*Wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb eine Warnung erhalten hat oder ihm in vorangegangenen Jahren Zahlungen wegen wiederholter Verstöße gekürzt worden sind (z. B. wegen eines Verstoßes gegen die Umweltauflagen), sind Ursache und Wirkung bekannt, oder wenn der Betrieb die Möglichkeit hatte, Abhilfe zu schaffen, die Verstöße aber wesentlich erneut aufgetreten sind, gelten sie als erheblich und vorsätzlich. Sanktionsbestimmungen müssen möglichst klar formuliert werden, und deshalb sind Floskeln wie „grundsätzlich“ nicht zu verwenden, wenn keine Unstimmigkeiten bei der Durchsetzung auftreten sollen.*

### Änderungsantrag 633

**George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Bei **vorsätzlichen** Verstößen beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als 20 % und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.

*Geänderter Text*

(3) Bei **erheblichen** Verstößen beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als 20 % und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.

Or. en

*Begründung*

*Die Prüfer stoßen auf Schwierigkeiten, wenn sie einen Vorsatz bei Verstößen feststellen sollen. Die Schwere ist ein wesentlich objektiveres Kriterium, das Prüfstellen wesentlich verlässlicher heranziehen können. (Der Vorschlag des Berichterstatters, hier den Begriff „grobe Fahrlässigkeit“ einzuführen, ist problematisch, weil er nirgends definiert ist.)*

**Änderungsantrag 634**  
**Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Bei **vorsätzlichen** Verstößen beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als **20 %** und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.

*Geänderter Text*

(3) Bei **erheblichen** Verstößen beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als **15 %** und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.

Or. en

**Änderungsantrag 635**  
**Jens Rohde**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Bei vorsätzlichen Verstößen beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als 20 % und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.

*Geänderter Text*

(3) Bei vorsätzlichen Verstößen beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als 20 % **oder 8 000 EUR** und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.

Or. en

*Begründung*

*Es ist unverhältnismäßig, wenn das Cross-Compliance-System nur auf einer prozentualen Kürzung der Beihilfe beruht. Es kann sich um umfangreiche Kürzungen der Beihilfe für sehr geringfügige Verstöße handeln, wenn sie von einem Großbetrieb begangen werden. Darüber hinaus wird bei einem ähnlichen Verstoß durch zwei unterschiedliche Betriebe die Beihilfe nicht in demselben Umfang gekürzt. Der Umfang der Kürzung hängt davon ab, ob es sich um einen Kleinlandwirt handelt, der nur ein wenig Beihilfe erhält, oder um einen Großbetrieb, der Beihilfen in großem Stil erhält.*

**Änderungsantrag 636**  
**Juozas Imbrasas**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Bei vorsätzlichen Verstößen **beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als 20 % und kann** bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.

*Geänderter Text*

(3) Bei vorsätzlichen Verstößen **kann der Prozentsatz der Zahlungen je nach Schwere, Ausmaß, Dauer und Häufigkeit der Verstöße gekürzt oder erhöht werden, was** bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten **kann**.

Or. It

**Änderungsantrag 637**  
**Esther de Lange**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Bei **vorsätzlichen** Verstößen beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als 20 % und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.

*Geänderter Text*

(3) Bei **erheblichen** Verstößen beträgt die Kürzung grundsätzlich nicht weniger als 20 % und kann bis zum vollständigen Ausschluss von einer oder mehreren Beihilferegelungen gehen und für ein oder mehrere Kalenderjahre gelten.

Or. en

**Änderungsantrag 638**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 99 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Besteht in einem landwirtschaftlichen Betrieb nach wiederholten erheblichen Verstößen über zwei oder mehr Jahre oder nach Verstößen gegen mehrere Cross-Compliance-Standards oder -Anforderungen in den Bereichen Umweltschutz und Schutz der Gesundheit des Menschen oder aber nach einer Risikobewertung und/oder erneuten Kontrolle durch die zuständige Behörde nach ihrer Einschätzung grundsätzlich die Gefahr, dass der Betrieb gegen die Cross-Compliance-Standards verstößt, indem nicht nachhaltige Bewirtschaftungssysteme gemäß Artikel 2 eingesetzt werden, wird der betroffene Begünstigte dauerhaft von Zahlungen im Rahmen der GAP ausgeschlossen.***

Or. en



## *Begründung*

*Sind in einem landwirtschaftlichen Betrieb über mehrere Jahre zahlreiche Verstöße in den Bereichen Umweltschutz und Schutz der Gesundheit des Menschen aufgetreten, handelt es sich um einen grundsätzlich nicht nachhaltig tätigen Betrieb. Da die Gefahr besteht, dass der Betrieb Zusatzkosten für die Gesellschaft verursacht, indem er die Umwelt verschmutzt oder Krisen im Bereich öffentliche Gesundheit auslöst oder Verseuchungen verursacht, sollte er dauerhaft von der Zahlung von Beihilfen ausgeschlossen werden. Dies würde nur bei erheblichen und kostspieligen Verstößen gelten, nicht aber bei geringfügigen Verstößen wie dem Verlust einiger Ohrmarken außerhalb eines Epidemiebezirks.*

### **Änderungsantrag 639**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 100 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können 10 % der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

#### *Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können 10 % der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben, **um die Verwirklichung von Umweltschutzzielen gemäß Artikel 5 Absätze 4 und 5 der Verordnung (EU) Nr. ... [LEV] im Sinne der Prioritäten 4 und 5 zur Entwicklung des ländlichen Raums zu unterstützen.**

Or. en

## *Begründung*

*(Siehe Artikel 5 Absätze 4 und 5 LEV und Anhang IV LEV: LE-Priorität 4 lautet „Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der von der Land- und Forstwirtschaft abhängigen Ökosysteme“, LE-Priorität 5 lautet „Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Ernährungs- und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen (sic!) und klimaresistenten Wirtschaft“)*

### **Änderungsantrag 640**

**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 100 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können **10 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können **25 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

Or. es

*Begründung*

*Der derzeit geltende Wert von 25 % sollte beibehalten werden.*

**Änderungsantrag 641**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 100 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können **10 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können **25 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

Or. es

*Begründung*

*Der derzeit geltende Wert von 25 % sollte beibehalten werden.*

**Änderungsantrag 642**

**Wojciech Michał Olejniczak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 100 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können **10 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können **25 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

Or. pl

*Begründung*

*Es ist nicht notwendig, die zurzeit verbindlichen Beträge von 25 % auf 10 % zu reduzieren.*

**Änderungsantrag 643**

**Eric Andrieu, Marc Tarabella**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 100 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können **10 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können **25 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

Or. fr

**Änderungsantrag 644**

**Czesław Adam Siekierski, Jarosław Kalinowski, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Artur Zasada**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 100 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können **10 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können **25 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

*Begründung*

*Es ist nicht erkennbar, weshalb die Kommission diese Änderung (Senkung von 25 % auf 10 %) vorgenommen hat. Gemäß der geltenden Verordnung (Artikel 25 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009) können die Mitgliedstaaten 25 % der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen ergeben.*

**Änderungsantrag 645**  
**Juozas Imbrasas**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 100 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können **10 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können **25 %** der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.

Or. It

**Änderungsantrag 646**  
**Wojciech Michał Olejniczak**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 100 – Absatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Die Mitgliedstaaten können 10 % der Beträge einbehalten, die sich aus der Anwendung der Kürzungen und Ausschlüsse gemäß Artikel 99 ergeben.*

*Geänderter Text*

***Die Mitgliedstaaten können den Anteil der Beträge gemäß Unterabsatz 1 im Rahmen der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gemäß Verordnung (EU) Nr. [...] [LEV] als zusätzliche Mittel anweisen.***

Or. pl

## **Änderungsantrag 647**

**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 102 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c – Ziffer v**

#### *Vorschlag der Kommission*

v) eine Übersicht über die verfügbaren Ergebnisse sämtlicher Prüfungen und Kontrollen, die nach dem Zeitplan und den Durchführungsmodalitäten gemäß den sektorspezifischen Vorschriften durchgeführt worden sind.

#### *Geänderter Text*

v) eine **jährliche** Übersicht über die **EGFL- und ELER-Ausgaben und die** verfügbaren Ergebnisse sämtlicher Prüfungen und Kontrollen, die nach dem Zeitplan und den Durchführungsmodalitäten gemäß den sektorspezifischen Vorschriften durchgeführt worden sind.

Or. es

#### *Begründung*

*Die Prüfstatistiken sollten jedes Jahr alle auf einmal der Kommission zusammen mit der Jahresabrechnung vor dem 1. Februar vorgelegt werden. Gegenwärtig gelten für ihre Vorlage gemäß den sektorspezifischen Bestimmungen unterschiedliche Fristen, und sie fließen schließlich in das jährliche Rechnungsabschlussverfahren ein. Manchmal müssen sie außerdem im Rahmen von Konformitätsabschlussprüfungen eingereicht werden.*

## **Änderungsantrag 648**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 102 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c – Ziffer v**

#### *Vorschlag der Kommission*

v) eine Übersicht über die verfügbaren Ergebnisse sämtlicher Prüfungen und Kontrollen, die nach dem Zeitplan und den Durchführungsmodalitäten gemäß den sektorspezifischen Vorschriften durchgeführt worden sind.

#### *Geänderter Text*

v) eine **jährliche** Übersicht über die **EGFL- und ELER-Ausgaben und die** verfügbaren Ergebnisse sämtlicher Prüfungen und Kontrollen, die nach dem Zeitplan und den Durchführungsmodalitäten gemäß den sektorspezifischen Vorschriften durchgeführt worden sind.

*Begründung*

*Die Prüfstatistiken sollten jedes Jahr alle auf einmal der Kommission zusammen mit der Jahresabrechnung vor dem 1. Februar vorgelegt werden. Gegenwärtig gelten für ihre Vorlage unterschiedliche Fristen gemäß den sektorspezifischen Bestimmungen und sie fließen schließlich in das jährliche Rechnungsabschlussverfahren ein. Manchmal müssen sie außerdem im Rahmen von Konformitätsabschlussprüfungen eingereicht werden.*

**Änderungsantrag 649**  
**Peter Jahr, Albert Deß, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 102 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Soweit für die Unterrichtung der Kommission nach diesem Artikel statistische Auswertungen erforderlich sind, gibt die Kommission den Mitgliedstaaten die im Einzelnen benötigten Informationen rechtzeitig vor Beginn des Zeitraums bekannt, für den sie zu erheben sind.***

**Änderungsantrag 650**  
**Robert Dušek**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 106 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(3) Wird eine Direktzahlung nach der Verordnung (EU) Nr. DZ/xxx an einen Begünstigten in einer anderen Währung als in Euro vorgenommen, so rechnen die Mitgliedstaaten den in Euro ausgedrückten Betrag des Zuschusses zu dem letzten Umrechnungskurs, den die Europäische

(3) Wird eine Direktzahlung nach der Verordnung (EU) Nr. DZ/xxx an einen Begünstigten in einer anderen Währung als in Euro vorgenommen, so rechnen die Mitgliedstaaten den in Euro ausgedrückten Betrag des Zuschusses zu dem letzten Umrechnungskurs, den die Europäische

Zentralbank vor dem **1. Oktober** des Jahres festgelegt hat, für das der Zuschuss gewährt wird, in nationale Währung um.

Zentralbank vor dem **1. September** des Jahres festgelegt hat, für das der Zuschuss gewährt wird, in nationale Währung um.

Or. en

**Änderungsantrag 651**  
**Hynek Fajmon**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 106 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

(3) Wird eine Direktzahlung nach der Verordnung (EU) Nr. DZ/xxx an einen Begünstigten in einer anderen Währung als in Euro vorgenommen, so rechnen die Mitgliedstaaten den in Euro ausgedrückten Betrag des Zuschusses zu dem letzten Umrechnungskurs, den die Europäische Zentralbank vor dem **1. Oktober** des Jahres festgelegt hat, für das der Zuschuss gewährt wird, in nationale Währung um.

*Geänderter Text*

(3) Wird eine Direktzahlung nach der Verordnung (EU) Nr. DZ/xxx an einen Begünstigten in einer anderen Währung als in Euro vorgenommen, so rechnen die Mitgliedstaaten den in Euro ausgedrückten Betrag des Zuschusses zu dem letzten Umrechnungskurs, den die Europäische Zentralbank vor dem **1. September** des Jahres festgelegt hat, für das der Zuschuss gewährt wird, in nationale Währung um.

Or. en

**Änderungsantrag 652**

**Julie Girling, Richard Ashworth, Anthea McIntyre, Kay Swinburne**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 106 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Abweichend von Absatz 3 können die Mitgliedstaaten den in Euro ausgedrückten Betrag des Zuschusses auf der Grundlage des Durchschnitts der höchstens dreißig vorangegangenen Umrechnungskurse, die die Zentralbank des jeweiligen Mitgliedstaats oder die Europäische Zentralbank vor dem 1. Oktober des Jahres festgelegt haben,***

*für das der Zuschuss gewährt wird, in nationale Währung umrechnen.*

Or. en

*Begründung*

*Bei den Umrechnungskursen sollte mehr Flexibilität möglich sein.*

**Änderungsantrag 653**  
**George Lyon, Brian Simpson**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 106 – Absatz 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(3a) Abweichend von Absatz 3 können die Mitgliedstaaten den in Euro ausgedrückten Betrag des Zuschusses auf der Grundlage des Durchschnitts der höchstens fünf vorangegangenen Umrechnungskurse, die die Zentralbank des jeweiligen Mitgliedstaats oder die Europäische Zentralbank vor dem 1. Oktober des Jahres festgelegt haben, für das der Zuschuss gewährt wird, in nationale Währung umrechnen.*

Or. en

*Begründung*

*Dies sorgt für mehr Flexibilität bei den Umrechnungskursen. Dadurch könnten die Mitgliedstaaten einen Durchschnittswert der Wechselkurse ansetzen, bei dem das Risiko gemindert würde, dass für die landwirtschaftlichen Betriebe ein an einem bestimmten Tag festgesetzter Wechselkurs gilt.*

**Änderungsantrag 654**  
**Diane Dodds**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 106 – Absatz 3 a (neu)**



*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(3a) Abweichend von Absatz 3 können die Mitgliedstaaten den in Euro ausgedrückten Betrag des Zuschusses auf der Grundlage des Durchschnitts der höchstens dreißig vorangegangenen Umrechnungskurse, die die Europäische Zentralbank vor dem 1. Oktober des Jahres festgelegt hat, für das der Zuschuss gewährt wird, in nationale Währung umrechnen.***

Or. en

**Änderungsantrag 655  
Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 107 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(1) Ist die Anwendung der EU-Vorschriften durch außergewöhnliche Währungspraktiken hinsichtlich einer Landeswährung gefährdet, so kann die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten Schutzmaßnahmen treffen. Diese Maßnahmen können gegebenenfalls von den bestehenden Vorschriften abweichen.***

***entfällt***

***Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.***

***Die Maßnahmen gemäß Unterabsatz 1 werden unverzüglich dem Europäischen Parlament und dem Rat sowie den Mitgliedstaaten mitgeteilt.***

Or. de

## *Begründung*

*Artikel 2 ist angemessen und reicht völlig aus.*

### **Änderungsantrag 656**

**Albert Deß**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 110 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

Es wird ein gemeinsamer Monitoring- und Evaluierungsrahmen erstellt, um die Leistung der Gemeinsamen Agrarpolitik zu messen. Er umfasst sämtliche Instrumente im Zusammenhang mit dem Monitoring und der Evaluierung der GAP-Maßnahmen und insbesondere der Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. DZ/xxx, der Marktstützungsmaßnahmen gemäß der Verordnung (EU) Nr. GMO/xxx, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx und der Anwendung der Cross-Compliance-Vorschriften gemäß der vorliegenden Verordnung.

##### *Geänderter Text*

Es wird ein gemeinsamer Monitoring- und Evaluierungsrahmen erstellt, **der aber nicht zu zusätzlichen Zahlungs-, Überwachungs- und Sanktionssystemen für die Ökologisierung der GAP führen darf**, um die Leistung der Gemeinsamen Agrarpolitik zu messen. Er umfasst sämtliche Instrumente im Zusammenhang mit dem Monitoring und der Evaluierung der GAP-Maßnahmen und insbesondere der Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. DZ/xxx, der Marktstützungsmaßnahmen gemäß der Verordnung (EU) Nr. GMO/xxx, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx und der Anwendung der Cross-Compliance-Vorschriften gemäß der vorliegenden Verordnung.

Or. de

### **Änderungsantrag 657**

**Monika Hohlmeier**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 110 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

Es wird ein gemeinsamer Monitoring- und Evaluierungsrahmen erstellt, um die

##### *Geänderter Text*

Es wird ein gemeinsamer Monitoring- und Evaluierungsrahmen erstellt, um die

Leistung der Gemeinsamen Agrarpolitik zu messen. Er umfasst sämtliche Instrumente im Zusammenhang mit dem Monitoring und der Evaluierung der GAP-Maßnahmen und insbesondere der Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. DZ/xxx, der Marktstützungsmaßnahmen gemäß der Verordnung (EU) Nr. GMO/xxx, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx und der Anwendung der Cross-Compliance-Vorschriften gemäß der vorliegenden Verordnung.

Leistung der Gemeinsamen Agrarpolitik zu messen. Er umfasst sämtliche Instrumente im Zusammenhang mit dem Monitoring und der Evaluierung der GAP-Maßnahmen und insbesondere der Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. DZ/xxx, der Marktstützungsmaßnahmen gemäß der Verordnung (EU) Nr. GMO/xxx, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx und der Anwendung der Cross-Compliance-Vorschriften gemäß der vorliegenden Verordnung. ***Dabei nutzt die Kommission Synergien und stützt sich so weit als möglich auf bereits verfügbare Daten und Datenquellen.***

Or. de

#### *Begründung*

*Monitoring und Evaluierung darf den bereits bestehenden bürokratischen Aufwand für Mitgliedsstaaten und Begünstigte nicht weiter erhöhen. Daher sollte die Kommission auf bereits bestehende Datenquellen zurückgreifen und Synergieeffekte erzielen.*

#### **Änderungsantrag 658 Julie Girling**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 110 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Um eine wirksame Leistungsmessung zu gewährleisten, wird die Kommission ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 betreffend den Inhalt und die Struktur dieses Rahmens zu erlassen.***

***entfällt***

Or. en

#### *Begründung*

*Es sollte ausführlicher ausgeführt werden, was in den Monitoring- und Evaluierungsrahmen*

*aufgenommen wird, damit keine für die Verwaltungsstellen belastenden Anforderungen gestellt werden.*

**Änderungsantrag 659**  
**Albert Deß**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

Die **Wirkung** der GAP-Maßnahmen gemäß Absatz 1 wird für folgende Ziele gemessen:

*Geänderter Text*

Die **Leistung** der GAP-Maßnahmen gemäß Absatz 1 wird für folgende Ziele gemessen:

Or. de

**Änderungsantrag 660**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) rentable Nahrungsmittelerzeugung mit Schwerpunkt bei den **landwirtschaftlichen** Einkommen, der Produktivität in der Landwirtschaft und der Preisstabilität;

*Geänderter Text*

a) rentable Nahrungsmittelerzeugung mit Schwerpunkt bei den Einkommen **der Landwirte, den Preisspannen, den Gestehungspreisen**, der Produktivität in der Landwirtschaft und der Preisstabilität;

Or. en

*Begründung*

*Siehe auch den Bericht Bové mit dem Titel „Die Versorgungskette für landwirtschaftliche Betriebsmittel – Struktur und Folgen“ (2011/2114/INI), den das EP am 19. Januar 2012 angenommen hat, und das Arbeitsdokument Bové mit dem Titel „Faire Einkommen für Landwirte: Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern“, PE 439.275v01-00 vom 25. Februar 2010.*

**Änderungsantrag 661**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ca) Kapazität zur rentablen Nahrungsmittelerzeugung und langfristige Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern, insbesondere die Auswirkungen des Handels im Zusammenhang mit der EU-Ausfuhrpreisstützung und – im Einklang mit der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung – die Beseitigung von Hindernissen wie Zöllen und Handelshemmnissen für die Ausfuhren von Entwicklungsländern;***

Or. en

*Begründung*

*Eine GAP, die im Sinne der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung niemandem schadet, ist eine GAP, die weder die Nahrungsmittelerzeugung und die langfristige Ernährungssicherheit gefährdet noch negative Auswirkungen auf die Lebensgrundlage der örtlichen und kleinbäuerlichen Erzeuger in den Entwicklungsländern hat. Diesbezüglich sollten durch die Handels-, Landwirtschafts-, Beihilfe- und Entwicklungspolitik Synergien gefördert und nicht etwa die genannten Entwicklungsziele gefährdet werden.*

**Änderungsantrag 662**  
**Karin Kadenbach, Brian Simpson, Christel Schaldemose, Åsa Westlund, Phil Prendergast**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ca) externe Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung, einschließlich der Auswirkungen auf die***

*Nahrungsmittelerzeugungskapazität, die Einkommen und Lebensgrundlagen der Landwirte und den Zugang zu Land in Entwicklungsländern und armen Ländern, die Maßnahmen zur Verringerung ihrer Abhängigkeit von Nahrungsmitteln einführen getroffen haben;*

Or. en

**Änderungsantrag 663  
Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 110 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kommission **legt im Wege von Durchführungsrechtsakten** für die in Unterabsatz 1 genannten Ziele eine Reihe von Indikatoren **fest. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.**

*Geänderter Text*

Die Kommission **wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 111 zu erlassen, um** für die in Unterabsatz 1 genannten Ziele eine Reihe von Indikatoren **festzusetzen.**

Or. de

*Begründung*

*Dies ist keine rein technische Entscheidung.*

**Änderungsantrag 664  
Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Artikel 110 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten für die in

*Geänderter Text*

Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten für die in

Unterabsatz 1 genannten Ziele eine Reihe von Indikatoren fest. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.

Unterabsatz 1 genannten Ziele eine Reihe von Indikatoren fest. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen. **Die Indikatoren müssen im Zusammenhang mit der Struktur und den Zielen der Politik stehen und eine Evaluierung des Fortschritts, der Wirksamkeit und Effizienz der Politik im Vergleich zu den Zielen erlauben.**

Or. en

## **Änderungsantrag 665 Julie Girling**

### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 110 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

#### *Vorschlag der Kommission*

Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten für die in Unterabsatz 1 genannten Ziele eine Reihe von Indikatoren fest. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.

#### *Geänderter Text*

Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten für die in Unterabsatz 1 genannten Ziele eine Reihe von Indikatoren fest. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen. **Die Indikatoren müssen im Zusammenhang mit der Struktur und den Zielen der Politik stehen und eine Evaluierung des Fortschritts, der Wirksamkeit und Effizienz der Politik im Vergleich zu den Zielen erlauben.**

Or. en

#### *Begründung*

*Es sollte ausführlicher ausgeführt werden, was in den Monitoring- und Evaluierungsrahmen aufgenommen wird, damit keine für die Verwaltungsstellen belastenden Anforderungen gestellt werden.*

**Änderungsantrag 666**  
**Julie Girling**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(2a) Der Monitoring- und Evaluierungsrahmen gibt die Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik wie folgt wieder:***

***a) Was die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. DZ/xxx, die Marktmaßnahmen gemäß der Verordnung (EU) Nr. GMO/xxx und die Anwendung der Cross-Compliance-Vorschriften gemäß der vorliegenden Verordnung anbelangt, so überwacht die Kommission diese Instrumente anhand der Berichterstattung der Mitgliedstaaten im Einklang mit den Vorschriften dieser Verordnung. Die Kommission erstellt einen mehrjährigen Evaluierungsplan, der regelmäßige Evaluierungen spezieller Instrumente vorsieht, die unter der Verantwortung der Kommission durchzuführen sind. Die Evaluierungen werden rechtzeitig und von unabhängigen Bewertern durchgeführt.***

***b) Das Monitoring und die Evaluierung politischer Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums werden nach Maßgabe der Artikel 74 bis 86 der Verordnung (EU) Nr. LE/xxx durchgeführt.***

***Die Kommission sorgt dafür, dass die kombinierte Wirkung aller GAP-Instrumente gemäß Absatz 1 im Vergleich zu den gemeinsamen Zielen gemäß Absatz 2 gemessen und bewertet wird. Die Leistung der Gemeinsamen Agrarpolitik im Hinblick auf die Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele wird anhand gemeinsamer Wirkungsindikatoren und die zugrunde liegenden Einzelziele werden anhand von***



*Ergebnisindikatoren gemessen und bewertet. Auf der Grundlage der Erkenntnisse, die aus Evaluierungen der Gemeinsamen Agrarpolitik, einschließlich Evaluierungen der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum, und aus anderen einschlägigen Informationsquellen gewonnen wurden, erstellt die Kommission Berichte zur Messung und Bewertung der Gesamtleistung sämtlicher GAP-Instrumente.*

Or. en

*Begründung*

*Es sollte ausführlicher ausgeführt werden, was in den Monitoring- und Evaluierungsrahmen aufgenommen wird, damit keine für die Verwaltungsstellen belastenden Anforderungen gestellt werden.*

**Änderungsantrag 667**

**George Lyon, Sylvie Goulard, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 110 – Absatz 3 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle für das Monitoring und die Evaluierung der betreffenden Maßnahmen erforderlichen Angaben.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle für das Monitoring und die Evaluierung der betreffenden Maßnahmen erforderlichen Angaben.  
***Soweit möglich basieren diese Angaben auf etablierten Datenquellen wie dem Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen und Eurostat.***

Or. en

*Begründung*

*Die Mitgliedstaaten und Begünstigten erfassen und übermitteln bereits zahlreiche Angaben. Deshalb ist es wichtig, dass der Rahmen künftig auf etablierten Datenquellen beruht und dass*

*alle neu geforderten Angaben auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben.*

**Änderungsantrag 668**  
**Julie Girling**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 – Absatz 3 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle für das Monitoring und die Evaluierung der betreffenden Maßnahmen erforderlichen Angaben.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle für das Monitoring und die Evaluierung der betreffenden Maßnahmen erforderlichen Angaben.  
***Soweit möglich basieren diese Angaben auf etablierten Datenquellen wie dem Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen und Eurostat.***

Or. en

*Begründung*

*Es sollte ausführlicher ausgeführt werden, was in den Monitoring- und Evaluierungsrahmen aufgenommen wird, damit keine für die Verwaltungsstellen belastenden Anforderungen gestellt werden.*

**Änderungsantrag 669**  
**George Lyon, Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 – Absatz 3 – Unterabsatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kommission erlässt im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorschriften über die von den Mitgliedstaaten zu übermittelnden *Informationen* sowie zu dem Datenbedarf und den Synergien zwischen potenziellen Datenquellen. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3

*Geänderter Text*

Die Kommission erlässt im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorschriften über die von den Mitgliedstaaten zu übermittelnden *Angaben* – ***wobei sie berücksichtigt, dass unangemessener Verwaltungsaufwand zu verhindern ist*** – sowie zu dem Datenbedarf und den Synergien zwischen potenziellen Datenquellen. Diese

erlassen.

Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.

Or. en

### *Begründung*

*Die Mitgliedstaaten und Begünstigten erfassen und übermitteln bereits zahlreiche Angaben. Deshalb ist es wichtig, dass der Rahmen künftig auf etablierten Datenquellen beruht und dass alle neu geforderten Angaben auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben.*

### **Änderungsantrag 670 Julie Girling**

#### **Vorschlag für eine Verordnung Artikel 110 – Absatz 3 – Unterabsatz 3**

##### *Vorschlag der Kommission*

Die Kommission erlässt im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorschriften über die von den Mitgliedstaaten zu übermittelnden *Informationen* sowie zu dem Datenbedarf und den Synergien zwischen potenziellen Datenquellen. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.

##### *Geänderter Text*

Die Kommission erlässt im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorschriften über die von den Mitgliedstaaten zu übermittelnden *Angaben* – **wobei sie berücksichtigt, dass unangemessener Verwaltungsaufwand zu verhindern ist** – sowie zu dem Datenbedarf und den Synergien zwischen potenziellen Datenquellen. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.

Or. en

### *Begründung*

*Es sollte ausführlicher ausgeführt werden, was in den Monitoring- und Evaluierungsrahmen aufgenommen wird, damit keine für die Verwaltungsstellen belastenden Anforderungen gestellt werden.*

### **Änderungsantrag 671 Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 – Absatz 3 – Unterabsatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kommission erlässt im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorschriften über die von den Mitgliedstaaten zu übermittelnden Informationen sowie zu dem Datenbedarf und den Synergien zwischen potenziellen Datenquellen. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.

*Geänderter Text*

Die Kommission erlässt im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorschriften über die von den Mitgliedstaaten zu übermittelnden Informationen sowie zu dem Datenbedarf und den Synergien zwischen potenziellen Datenquellen. ***Durch diese Durchführungsrechtsakte darf es zu keinen weiteren Erhöhung des bürokratischen Aufwands für die Mitgliedsstaaten und die Begünstigten kommen.*** Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.

Or. de

**Änderungsantrag 672**  
**Julie Girling**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

(4) Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat alle vier Jahre Bericht über die Anwendung dieses Artikels. Der erste Bericht ist spätestens am ***31. Dezember 2017*** vorzulegen.

*Geänderter Text*

(4) Die Kommission ***legt*** dem Europäischen Parlament und dem Rat ***bis spätestens 31. Dezember 2018 einen ersten*** Bericht über die Anwendung dieses Artikels ***einschließlich erster Ergebnisse zu den Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik vor. Ein zweiter Bericht mit einer Bewertung der Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik*** ist spätestens am ***31. Dezember 2021*** vorzulegen.

Or. en

## *Begründung*

*Es sollte ausführlicher ausgeführt werden, was in den Monitoring- und Evaluierungsrahmen aufgenommen wird, damit keine für die Verwaltungsstellen belastenden Anforderungen gestellt werden.*

### **Änderungsantrag 673**

**Åsa Westlund, Göran Färm, Marita Ulvskog**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 110 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(4a) Kleinbauern und  
Betroffenengruppen in  
Entwicklungsländern, denen Maßnahmen  
der GAP direkt oder indirekt erhebliche  
Schwierigkeiten verursachen bzw. zu  
verursachen drohen, sollten Beschwerde  
beim Ständigen Berichtstatter des  
Europäischen Parlaments für  
Politikkohärenz im Interesse der  
Entwicklung einreichen können, und  
diese Beschwerden sollten im  
Jahresbericht der Kommission aufgeführt  
werden. Die Beschwerde sollte von einem  
Anhörungsbeauftragten der GD  
Landwirtschaft begleitet werden, um für  
eine faire Verhandlung des Falles zu  
sorgen. Belege können von den  
Betroffengruppen oder anderen  
beteiligten Parteien vorgelegt werden.***

Or. en

## *Begründung*

*Anhörungsbeauftragte gibt es bereits in der GD Wettbewerb und der GD Handel. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Agrarindustrie und die Exporteure der EU sich stärker an den Verfahren zur Einhaltung der Menschenrechte und an der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung beteiligen. Daher der Vorschlag, auch in der GD Landwirtschaft das Amt eines Anhörungsbeauftragten einzuführen.*

**Änderungsantrag 674**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 110a**

***Bewertung der Auswirkungen auf die  
Entwicklungsländer***

***(1) Gemäß Artikel 208 AEUV werden die Auswirkungen der GAP auf die Nahrungsmittelerzeugungskapazität und die langfristige Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern regelmäßig und von unabhängiger Seite bewertet, wobei Auswirkungen auf die örtlichen und kleinbäuerlichen Erzeuger besonderes Augenmerk gilt. Die Bewertungen stützen sich außerdem auf Belege, die von den Regierungen, Verbänden der Landwirte, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen Interessenträgern in den Entwicklungsländern, die Handelspartner der EU sind, vorgelegt werden.***

***(2) Die Kommission legt im Wege von delegierten Rechtsakten den Umfang und das Verfahren der Folgenabschätzungen fest und berücksichtigt dabei maßgebliche internationale Initiativen, insbesondere des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen in Bezug auf das Recht auf Nahrungsmittel, der FAO und des Ausschusses für Ernährungssicherheit.***

***(3) Die Kommission übermittelt dem Rat und dem Europäischen Parlament einen jährlichen Bericht über die Ergebnisse der Bewertung, die eingegangenen Belege und die politische Reaktion der EU.***

Or. en

## *Begründung*

*Artikel 208 AEUV. Genau genommen sind die FAO und der Ausschuss für Ernährungssicherheit zwei getrennte Einrichtungen und sollten beide genannt werden.*

**Änderungsantrag 675**  
**Esther de Lange**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

### *Artikel 110a*

#### *Bewertung der Auswirkungen auf die Entwicklungsländer*

*(1) Gemäß Artikel 208 AEUV werden die Auswirkungen der GAP auf die Nahrungsmittelerzeugungskapazität und die langfristige Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern regelmäßig und von unabhängiger Seite bewertet, wobei Auswirkungen auf die örtlichen und kleinbäuerlichen Erzeuger besonderes Augenmerk gilt. Die Bewertungen stützen sich außerdem auf Belege, die von den Regierungen, Verbänden der Landwirte, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen Interessenträgern in den Entwicklungsländern, die Handelspartner der EU sind, vorgelegt werden.*

*(2) Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten den Umfang und das Verfahren der Folgenabschätzungen fest und berücksichtigt dabei maßgebliche internationale Initiativen, insbesondere des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen in Bezug auf das Recht auf Nahrungsmittel und des FAO-Ausschusses für Ernährungssicherheit. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 112 Absatz 3 erlassen.*

*(3) Die Kommission übermittelt dem Rat und dem Europäischen Parlament einen jährlichen Bericht über die Ergebnisse der Bewertung, die eingegangenen Belege und die politische Reaktion der EU.*

Or. en

**Änderungsantrag 676**  
**Julie Girling, James Nicholson**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Artikel 110a*

*Kapitel IV – Regionalisierung*

*Die Mitgliedstaaten können gegebenenfalls und im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Regelungen auf regionaler Ebene Bestimmungen über die Gemeinsame Agrarpolitik einführen.*

Or. en

**Änderungsantrag 677**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 110 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Artikel 110b*

*Kleinbauern und Betroffenengruppen in Entwicklungsländern, denen die GAP direkt oder indirekt erhebliche Schwierigkeiten verursacht bzw. zu verursachen droht, sollten Beschwerde beim Ständigen Berichterstatter des Europäischen Parlaments für*



***Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung einreichen können, und diese Beschwerden sollten im Jahresbericht der Kommission aufgeführt werden. Die Beschwerde sollte von einem Anhörungsbeauftragten der GD Landwirtschaft begleitet werden, um für eine faire Verhandlung des Falles zu sorgen. Belege können von den Betroffengruppen oder anderen beteiligten Parteien vorgelegt werden.***

Or. en

### *Begründung*

*Es muss dafür gesorgt werden, dass die Agrarindustrie und die Exporteure der EU sich stärker an den Verfahren zur Einhaltung der Menschenrechte und an der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung beteiligen. Anhörungsbeauftragte – Bedienstete der Kommission, die Informationen über Verstöße gegen die Vorschriften erhalten – gibt es bereits in der GD Wettbewerb und der GD Handel. Daher der Vorschlag, auch in der GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung das Amt eines Anhörungsbeauftragten einzuführen.*

### **Änderungsantrag 678**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Artikel 110 c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

### ***Artikel 110c***

***Generell sollten beim Abschluss von Handelsabkommen Sicherungsklauseln eingefügt werden, die negative Auswirkungen der GAP auf die langfristige Ernährungssicherheit und bei Kleinbauern entstehende erhebliche Schwierigkeiten betreffen. Eine solche Sozialklausel steht Betroffenenengruppen oder betroffenen Ländern im Falle negativer Auswirkungen der GAP zur Verfügung. Diese Sozialklausel könnte sich an Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe b***

*des WPA zwischen den Cariforum-Staaten und der EU orientieren, in dem es heißt, dass eine Schutzmaßnahme ergriffen werden kann, wenn eine Ware in das Gebiet der anderen Vertragspartei in derart erhöhten Mengen und unter solchen Bedingungen eingeführt wird, dass Störungen in einem Wirtschaftsbereich eintreten oder eintreten drohen, insbesondere Störungen, die erhebliche soziale Probleme verursachen.*

Or. en

*Begründung*

*Sozialschutzklausel nach dem Vorbild von Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe b des WPA zwischen den Cariforum-Staaten und der EU.*

**Änderungsantrag 679**  
**Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 111 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

The delegation of power referred to in this Regulation shall be conferred on the Commission for ***an indeterminate period of time from the entry into force of this Regulation.***

*Geänderter Text*

The delegation of power referred to in this Regulation shall be conferred on the Commission for ***a period of five years from ...\*.***

---

***\*Date of entry into force of this Regulation.***

Or. de

*Begründung*

*In line with the position adopted by the Committee on Agriculture and Rural Development (A7-0209/2011 of 25 May 2011) during the process of alignment with the Lisbon Treaty provisions.*

**Änderungsantrag 680**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 111 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

(2) Die in dieser Verordnung genannten Befugnisse werden der Kommission **auf unbestimmte Zeit** ab dem Inkrafttreten dieser Verordnung übertragen.

*Geänderter Text*

(2) Die in dieser Verordnung genannten Befugnisse werden der Kommission **für einen Zeitraum von fünf Jahren** ab dem Inkrafttreten dieser Verordnung übertragen.

Or. de

*Begründung*

*Das EP sollte die Befugnisübertragung an die Kommission aktiv bestätigen und im Zweifelsfall nicht im eigenen Haus für die Rückholung eigener legislativer Rechte kämpfen müssen.*

**Änderungsantrag 681**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 111 – Absatz 2 — Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Kommission legt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die übertragenen Befugnisse vor. Die Befugnisübertragung verlängert sich um den gleichen Zeitraum, wenn das Europäische Parlament und der Rat dieser Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums zustimmen. Zu diesem Zweck beschließt das Europäische Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder und der Rat mit qualifizierter Mehrheit.***

*Begründung*

*Das EP sollte die Befugnisübertragung an die Kommission aktiv bestätigen und im Zweifelsfall nicht im eigenen Haus für die Rückholung eigener legislativer Rechte kämpfen.*

**Änderungsantrag 682**  
**Giovanni La Via**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 111 – Absatz 2 — Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*The Commission shall draw up a report in respect of the delegation of power not later than nine months before the end of this five years period. The delegation of power shall be tacitly extended for periods of an identical duration, unless the European Parliament or the Council opposes such extension not later than three months before the end of each period.*

*Begründung*

*In line with the position adopted by the Committee on Agriculture and Rural Development (A7-0209/2011 of 25 May 2011) during the process of alignment with the Lisbon Treaty provisions.*

**Änderungsantrag 683**  
**Hans-Peter Mayer**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 111 – Absatz 2 — Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Kommission legt spätestens neun***

*Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die übertragenen Befugnisse vor. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um den gleichen Zeitraum, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widerrufen die Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.*

Or. de

**Änderungsantrag 684**  
**Rareș-Lucian Niculescu**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Mindestumfang der landwirtschaftlichen Betriebsberatung in den Bereichen Eindämmung des Klimawandels und Anpassung an seine Folgen, Biodiversität, Gewässerschutz, Meldung von Tierseuchen und Pflanzenkrankheiten sowie Innovation gemäß Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe c*

*Geänderter Text*

*Umfang der Beratung landwirtschaftlicher Betriebe zu Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und damit über die Cross-Compliance- und Ökologierungsmaßnahmen gemäß Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe c hinaus*

Or. en

**Änderungsantrag 685**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Spiegelstrich 1**

*Vorschlag der Kommission*

– Informationen über die *voraussichtlichen* Auswirkungen des Klimawandels *in den betreffenden Regionen* und über die

*Geänderter Text*

– Informationen über die *aktuellen und für die Zukunft prognostizierten* Auswirkungen des Klimawandels und über die Treibhausgasemissionen infolge der

Treibhausgasemissionen infolge der betreffenden  
Landbewirtschaftungsmethoden sowie über  
den Beitrag des Agrarsektors zur  
Eindämmung des Klimawandels durch  
verbesserte Bewirtschaftungsmethoden in  
der Landwirtschaft und der  
Agroforstwirtschaft sowie durch die  
Entwicklung von hofeigenen Projekten für  
**erneuerbare Energie** und zur  
Verbesserung der **Energieeffizienz**,

betreffenden  
Landbewirtschaftungsmethoden sowie über  
den Beitrag des Agrarsektors zur  
Eindämmung des Klimawandels durch  
verbesserte Bewirtschaftungsmethoden in  
der Landwirtschaft und der  
Agroforstwirtschaft sowie durch die  
Entwicklung von hofeigenen Projekten für  
**die Nutzung erneuerbarer Energiequellen  
aus Sonne, Wind und Abfall** und durch  
**Möglichkeiten** zur Verbesserung der  
**Energieselbstversorgung und zur  
Durchführung von hofeigenen  
Energieeffizienzmaßnahmen,  
beispielsweise durch  
Energieeffizienzplanungssysteme**,

Or. en

#### *Begründung*

*Der Klimawandel wirkt sich bereits auf landwirtschaftlich genutzte Flächen aus, und in der Wissenschaft herrscht nahezu vollständig Konsens darüber, dass er alle Regionen betrifft.*

#### **Änderungsantrag 686**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Spiegelstrich 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**– Informationen zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe bei der optimalen Planung von Investitionen in die Umgestaltung landwirtschaftlicher Bewirtschaftungssysteme mit dem Ziel, dem Klimawandel zu widerstehen, und über die hierzu nutzbaren EU-Fonds, insbesondere auch Informationen über die Anpassung landwirtschaftlich genutzter Flächen an Klimaschwankungen und längerfristige Klimaänderungen, über die Anpassung**

*praktischer agronomischer Maßnahmen  
zur Erhöhung der Resistenz  
landwirtschaftlicher  
Bewirtschaftungssysteme gegenüber  
Überschwemmungen und Dürren und zur  
Verbesserung und Optimierung der  
Menge des bodengebundenen  
Kohlenstoffs,*

Or. en

*Begründung*

*Dies wird dazu beitragen, landwirtschaftliche Betriebe bei der optimalen Planung von Investitionen in die Umgestaltung landwirtschaftlicher Bewirtschaftungssysteme mit dem Ziel, dem Klimawandel zu widerstehen, und in Bezug auf die hierzu nutzbaren EU-Fonds zu unterstützen.*

**Änderungsantrag 687**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Spiegelstrich 11 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*– Informationen über die Optimierung  
der Erzeugung und die Senkung der  
Erzeugungskosten durch die Förderung  
der Grünlandbeweidung durch  
Wiederkäuer anstelle des Rückgriffs auf  
die Einfuhr von Soja, einschließlich  
Informationen über die Optimierung des  
Potenzials von Wechselgrünland mit einer  
Gras-Gemüse-Mischung usw.*

Or. en

**Änderungsantrag 688**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Spiegelstrich 7 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*– Informationen über die positive Wechselwirkung zwischen biologischer Vielfalt und der agrarökologischen Widerstandsfähigkeit, die Risikostreuung und die Verbindung zwischen Monokulturen und der Anfälligkeit gegenüber Ernteaussfällen/-schäden durch Schädlingsbefall und extreme Klimaereignisse,*

Or. en

**Änderungsantrag 689**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Spiegelstrich 8 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*– Informationen über die optimalen Verfahren zur Verhinderung der Ausbreitung fremder invasiver Arten und die Gründe für die Bedeutung derartiger Maßnahmen für das Funktionieren des Ökosystems und die Klimawandelresistenz, einschließlich Informationen über den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für mit Zusatzkosten verbundene Bekämpfungssysteme,*

Or. en

**Änderungsantrag 690**  
**Britta Reimers**



**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Spiegelstrich 8 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**– Leitlinien zur Förderung der intelligenten Interaktion zwischen voneinander unabhängigen landwirtschaftlichen Flächen zur Verbesserung des Schutzes der biologischen Vielfalt und effizienterer Einsatz landwirtschaftlicher Betriebsmittel im Einklang mit den Grundsätzen des integrierten Pflanzenschutzes gemäß der Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden,**

Or. en

*Begründung*

*Intelligent cooperation between independent nearby farming areas is one of the elements which substantially contributes to a better protection of biodiversity through a better use of natural resources. Guidelines targeted to foster this kind of cooperation between them should be developed will ensure that farmers are provided with information and guidelines (to be developed by Member States) on how to foster interaction between their farms and reduce the impact on the environment and biodiversity from their activities. In particular, the Sustainable Use Directive and Integrated Pest Management provide an excellent framework for this interaction.*

**Änderungsantrag 691**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 3 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Gewässerschutz:

**Gewässerschutz *und* effiziente Nährstoffkreisläufe:**

Or. en

## Änderungsantrag 692

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 3 – Spiegelstrich 2

##### *Vorschlag der Kommission*

– sachgemäße Verwendung von Pflanzenschutzmitteln gemäß Artikel 55 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009, insbesondere die Einhaltung der allgemeinen Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes gemäß Artikel 14 der Richtlinie 2009/128/EG über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden,

##### *Geänderter Text*

– sachgemäße Verwendung von Pflanzenschutzmitteln gemäß Artikel 55 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009, insbesondere die Einhaltung der allgemeinen Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes gemäß Artikel 14 der Richtlinie 2009/128/EG über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden, ***spezielle Beratung zum integrierten Pflanzenschutz und zum Einsatz nicht-chemischer Alternativen zu Pestiziden, einschließlich des Einsatzes biologischer Bekämpfungsmaßnahmen als Mittel zur Verringerung oder Eindämmung des Schädlingsbefalls und der Auswirkungen des Schädlingsbefalls, wie der Einsatz natürlicher Feinde und natürlicher Wege zur Stärkung von Pflanzen, sowie zu den Normen für die Sicherheit am Arbeitsplatz,***

Or. en

## Änderungsantrag 693

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 3 – Spiegelstrich 5 a (neu)

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

***– Informationen über die Vorteile geschlossener Kreisläufe und effiziente***

*hofeigene oder lokale Nährstoffkreisläufe für die Senkung der hofeigenen Erzeugungskosten und der Ausgaben der öffentlichen Hand für externalisierte Kosten sowie Informationen über Nährstoffbewirtschaftungspläne,*

Or. en

**Änderungsantrag 694**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 3 – Spiegelstrich 5 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*– Informationen über nachhaltige Bewässerungssysteme mit geringem Wasserverbrauch und über Möglichkeiten zur Optimierung von regenwassergespeisten Systemen zur Förderung der effizienten Wassernutzung,*

Or. en

**Änderungsantrag 695**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 3 – Spiegelstrich 5 c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*– Informationen über die Senkung des Wasserverbrauchs in der Landwirtschaft, auch durch Pflanzenauswahl und die Verbesserung des Humusbodens zur Steigerung der Wasserrückhaltefähigkeit und zur Senkung des Bewässerungsbedarfs,*

**Änderungsantrag 696**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 4 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Meldung von** Tierseuchen und  
Pflanzenkrankheiten:

Tierseuchen und Pflanzenkrankheiten:

*Begründung*

*Die Beratung zu Seuchen und Krankheiten sollte nicht nur auf die damit verbundene Meldepflicht beschränkt sein, sondern sich zumindest auch auf die Ursachen dieser Seuchen und Krankheiten erstrecken.*

**Änderungsantrag 697**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 4 – Spiegelstrich 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**– Richtlinie 2009/128/EG vom  
21. Oktober 2009 über einen  
Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die  
nachhaltige Verwendung von Pestiziden,  
einschließlich der Verpflichtungen in  
Bezug auf den integrierten  
Pflanzenschutz,**

**Änderungsantrag 698**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Erhaltung gesunder und fruchtbarer Böden:***

***– Informationen über die Steigerung der Anzahl der Bodenorganismen und die Verbesserung der Krumenstruktur durch einfache agronomische Verfahren wie Fruchtfolge und Düngung, über die Auswirkungen auf die langfristige Fruchtbarkeit, Erzeugungskapazität und Entwässerung, über den übermäßigen Einsatz synthetischer Düngemittel und die Folgen für die Bodengesundheit, Wasserverschmutzung und die Erzeugungskosten der landwirtschaftlichen Betriebe und über die Verringerung des Auftretens von Schädlingen und Krankheiten dank Fruchtfolge.***

Or. en

**Änderungsantrag 699**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 5 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Innovation:

***Innovation (Querschnittsthema zu allen genannten Themen):***

Or. en

**Änderungsantrag 700**  
**Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 5 – Spiegelstrich 1**

*Vorschlag der Kommission*

– Informationen über  
Innovationsmaßnahmen,

*Geänderter Text*

– Informationen über **die Ziele der Europäischen Innovationspartnerschaft „Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft“ gemäß Artikel 61 der Verordnung (EU) LE,**

Or. en

*Begründung*

*Arbeit und Initiativen des EIP „Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft“ sind von der Beratung landwirtschaftlicher Betriebe nicht zu trennen. Die wechselseitigen Beziehungen und Verknüpfungen zwischen beiden sollten weiterentwickelt werden, um ihren Wirkungskreis und Aktionsradius zu maximieren. Die Einführung von Informationen über die Ziele der EIP und die bestehenden operationellen Gruppen und ihre Aufgaben innerhalb des Mindestumfangs der Beratung landwirtschaftlicher Betriebe würde dafür sorgen, dass den landwirtschaftlichen Betrieben die laufenden Tätigkeiten bekannt sind und weitere Synergien zwischen den beiden Instrumenten fördern.*

**Änderungsantrag 701**  
**Britta Reimers**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 5 – Spiegelstrich 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

**– Informationen über die bestehenden operationellen Gruppen, die mit Artikel 62 der Verordnung (EU) LE geschaffen wurden, auch über ihre Aufgaben, und gegebenenfalls Förderung von Austausch und Zusammenarbeit mit diesen Gruppen,**

*Geänderter Text*

Or. en

## *Begründung*

*Arbeit und Initiativen des EIP „Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft“ sind von der Beratung landwirtschaftlicher Betriebe nicht zu trennen. Die wechselseitigen Beziehungen und Verknüpfungen zwischen beiden sollten weiterentwickelt werden, um ihren Wirkungskreis und Aktionsradius zu maximieren. Die Einführung von Informationen über die Ziele der EIP und die bestehenden operationellen Gruppen und ihre Aufgaben innerhalb des Mindestumfangs der Beratung landwirtschaftlicher Betriebe würde dafür sorgen, dass den landwirtschaftlichen Betrieben die laufenden Tätigkeiten bekannt sind und weitere Synergien zwischen den beiden Instrumenten fördern.*

### **Änderungsantrag 702**

**Britta Reimers**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 5 – Spiegelstrich 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***– Informationen über Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums, die auf die Erfüllung der Prioritäten Wissenstransfer und Innovation in der Landwirtschaft gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) LE ausgerichtet sind,***

Or. en

## *Begründung*

*Durch Informationen über Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums, die auf die Erfüllung der Prioritäten Wissenstransfer und Innovation in der Landwirtschaft ausgerichtet sind, wird die Beteiligung der landwirtschaftlichen Betriebe an diesen Programmen vorangebracht und dazu beigetragen, dass der Übergang zu einer innovativeren, produktiveren und wettbewerbsfähigeren Landwirtschaft rascher vonstatten geht.*

### **Änderungsantrag 703**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang I – Absatz 1 – Unterabsatz 5 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Austausch bewährter Verfahren,  
Schulungs- und  
Kapazitätsaufbaumaßnahmen  
(Querschnittsthema aller genannten  
Themen):***

Or. en

**Änderungsantrag 704  
Brian Simpson**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang II – Tabellenspaltenüberschrift „Anforderungen und Standards“, rechte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4

Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4,  
**Artikel 5 Buchstaben a, b und d**

*(Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf  
die rechte Spalte in der Zeile SMR 2,  
„Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen  
Parlaments und des Rates vom  
30. November 2009 über die Erhaltung der  
wildlebenden Vogelarten (ABl. L 20 vom  
26.1.2010, S. 7)“*

Or. en

*Begründung*

*Für den Schutz von Vögeln in ländlichen Gebieten ist es von großer Bedeutung, dass die Vogelschutzrichtlinie in Form von Artikel 5 Buchstaben a, b und d in Bezug auf das absichtliche Töten oder Fangen wildlebender Vogelarten, die absichtliche Beschädigung von Nestern und Eiern und das absichtliche Stören wildlebender Vogelarten wieder in die Grundanforderungen an die Betriebsführung aufgenommen wird.*

**Änderungsantrag 705  
Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion



**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

SMR: Grundanforderungen an die Betriebsführung

GLÖZ: Standards für die Erhaltung **von Flächen** in gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand

*Geänderter Text*

SMR: Grundanforderungen an die Betriebsführung

GLÖZ: Standards für die Erhaltung **des landwirtschaftlichen Bewirtschaftungssystems** in gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand

Or. en

**Änderungsantrag 706**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Überschrift Hauptgegenstand „Wasser“**

*Vorschlag der Kommission*

**Wasser**

*Geänderter Text*

**Gewässerschutz und effiziente Nährstoffkreisläufe**

Or. en

**Änderungsantrag 707**

**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II — Hauptgegenstand „Wasser“ — SMR 1 — letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

Artikel 4 und 5

*Geänderter Text*

**Einhaltung des Aktionsprogramms und der von den Mitgliedstaaten gemäß der Artikel 4 und 5 aufgestellten Regeln der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft für landwirtschaftliche**

***Betriebe in von Nitratbelastung  
betroffenen Gebieten.***

Or. es

**Änderungsantrag 708**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Wasser“ — SMR1 — letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 4 und 5**

***Einhaltung des Aktionsprogramms und  
der Regeln der guten fachlichen Praxis in  
der Landwirtschaft für  
landwirtschaftliche Betriebe in  
benachteiligten Gebieten***

Or. es

*Begründung*

*An Stelle eines Verweises auf Artikel aus Richtlinien, die sich auf allgemeine Verpflichtungen der Mitgliedstaaten beziehen, sollte auf die konkreten Anforderungen für die Begünstigten verwiesen werden.*

**Änderungsantrag 709**

**Nessa Childers, Dan Jørgensen, Bas Eickhout, Jutta Haug, Satu Hassi**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Wasser“ – SMR 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen  
Parlaments und des Rates vom  
23. Oktober 2000 zur Schaffung eines  
Ordnungsrahmens für Maßnahmen der  
Gemeinschaft im Bereich der  
Wasserpolitik***

Or. en

### *Begründung*

*The legal baseline of the WFD should be included as SMR under Annex II. The deadline for Member States to make their WFD programmes operational is December 2012 (Art. 11 of Dir. 2000/60/EC). Therefore, there is no need for delegated acts, as the requirement will already exist by the entry into force of the new CAP. Within the WFD, clear reference should be made to the detailed rules of application, as outlined in Art. 11(3). Moreover, water pricing in agriculture is essential for allocating water resources more efficiently and must therefore be implemented throughout the EU (Art 9 of the WFD- due in 2010).*

### **Änderungsantrag 710**

**Nessa Childers, Dan Jørgensen, Bas Eickhout, Jutta Haug, Satu Hassi**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Wasser“ – SMR 1 a (neu) – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 9, Artikel 11 Absatz 3  
Buchstaben e, g, h, i und j**

Or. en

### *Begründung*

*The legal baseline of the WFD should be included as SMR under Annex II. The deadline for Member States to make their WFD programmes operational is December 2012 (Art. 11 of Dir. 2000/60/EC). Therefore, there is no need for delegated acts, as the requirement will already exist by the entry into force of the new CAP. Within the WFD, clear reference should be made to the detailed rules of application, as outlined in Art. 11(3). Moreover, water pricing in agriculture is essential for allocating water resources more efficiently and must therefore be implemented throughout the EU (Art 9 of the WFD- due in 2010).*

### **Änderungsantrag 711**

**Corinne Lepage**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Wasser“ – SMR 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen  
Parlaments und des Rates vom  
23. Oktober 2000 zur Schaffung eines**

**Ordnungsrahmens für Maßnahmen der  
Gemeinschaft im Bereich der  
Wasserpolitik**

Or. en

**Änderungsantrag 712  
Corinne Lepage**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang II – Hauptgegenstand „Wasser“ – SMR 1 a (neu) – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 9, Artikel 11 Absatz 3  
Buchstaben e, g, h, i und j**

Or. en

**Änderungsantrag 713  
Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang II – Hauptgegenstand „Wasser“ – SMR 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober  
2000 zur Schaffung eines  
Ordnungsrahmens für Maßnahmen der  
Gemeinschaft im Bereich der  
Wasserpolitik**

Or. en

**Änderungsantrag 714  
Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Wasser“ – SMR 1 a (neu) – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 9, Artikel 11 Absatz 3  
Buchstaben e, g, h, i und j**

Or. en

**Änderungsantrag 715  
Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang II — Hauptgegenstand „Wasser“— GLÖZ 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Schutz des Grundwassers gegen  
Verschmutzung: Verbot der direkten  
Ableitung von Schadstoffen des Anhangs  
der Richtlinie 80/68/EG in das  
Grundwasser und Maßnahmen zur  
Verhinderung der indirekten  
Verschmutzung des Grundwassers durch  
die Ableitung und das Durchsickern  
dieser Schadstoffe in bzw. durch den  
Boden** *entfällt*

Or. fr

**Änderungsantrag 716  
Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang II — Hauptgegenstand „Wasser“— GLÖZ 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Schutz des Grundwassers gegen  
Verschmutzung: Verbot der direkten  
Ableitung von Schadstoffen des Anhangs  
der Richtlinie 80/68/EG in das  
Grundwasser und Maßnahmen zur  
Verhinderung der indirekten** *Richtige Verwendung von ausschließlich  
genehmigten Pflanzenschutzmitteln in der  
empfohlenen Menge und entsprechend  
den Angaben auf dem Etikett. Führung  
eines Registers, in dem der Name des  
verwendeten Produkts, die Formel, das*

*Verschmutzung des Grundwassers durch die Ableitung und das Durchsickern dieser Schadstoffe in bzw. durch den Boden*

*Datum und die markierte Fläche der Anwendung, die Qualifikation des Anwenders sowie die Dosis und das Verfahren der Anwendung verzeichnet sind.*

Or. es

*Begründung*

*Sobald die Mitgliedstaaten die Richtlinie 2000/60 in nationales Recht umgesetzt haben, wird sie in den Cross-Compliance-Verpflichtungen Eingang finden. Diese Auflage sollte daher gestrichen und durch eine andere ersetzt werden, die präventiver Natur ist und überprüft werden kann.*

**Änderungsantrag 717**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Wasser“ – GLÖZ 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Höchstbesatzdichte entsprechend der Aufnahmekapazität der Fläche eines landwirtschaftlichen Betriebs*

Or. en

**Änderungsantrag 718**

**Albert Deß**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ — GLÖZ 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Mindestanforderungen an die Bodenbedeckung*

*entfällt*

Or. de

**Änderungsantrag 719**  
**Diane Dodds**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ – GLÖZ 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Mindestanforderungen an die  
Bodenbedeckung***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 720**  
**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II — Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ — GLÖZ 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Mindestanforderungen an die  
Bodenbedeckung***

***Bei Anbau von Holzpflanzen auf  
abschüssigem Gelände mit einem Boden  
aus krautiger Vegetation (natürlich oder  
durch Aussaat), mit Ausnahme der  
Zeiträume, in denen es sich die  
Nährstoffe mit der Nutzpflanze teilt.***

Or. es

*Begründung*

*Die Definition der Kommission ist sehr allgemein gehalten und könnte bei der Anwendung zu Schwierigkeiten führen.*

**Änderungsantrag 721**  
**Albert Deß**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ — GLÖZ 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Mindestpraktiken der Bodenbearbeitung  
entsprechend den standortspezifischen  
Bedingungen zur Begrenzung der  
Bodenerosion*** ***entfällt***

Or. de

**Änderungsantrag 722  
Diane Dodds**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang II – Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ – GLÖZ 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Mindestpraktiken der Bodenbearbeitung  
entsprechend den standortspezifischen  
Bedingungen zur Begrenzung der  
Bodenerosion*** ***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 723  
Diane Dodds**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang II – Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ – GLÖZ 6**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Erhaltung des Anteils der organischen  
Substanz im Boden einschließlich des  
Verbots für das Abbrennen von  
Stoppelfeldern*** ***entfällt***

Or. en



## Änderungsantrag 724

Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang II — Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ — GLÖZ 6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Erhaltung des Anteils der organischen Substanz im Boden einschließlich des Verbots für das Abbrennen von Stoppelfeldern**

**Verbot des Abbrennens von Stoppelfeldern mit Ausnahme von Verschnitt und zum Zweck des Pflanzenschutzes**

Or. es

### *Begründung*

*Dabei handelt es sich um eine der schädlichsten Praktiken.*

## Änderungsantrag 725

Anthea McIntyre, Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang II – Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ – GLÖZ 6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Erhaltung des Anteils der organischen Substanz im Boden einschließlich des Verbots für das Abbrennen von Stoppelfeldern

Erhaltung des Anteils der organischen Substanz im Boden **mittels geeigneter Verfahren** einschließlich des Verbots für das Abbrennen von Stoppelfeldern

Or. en

## Änderungsantrag 726

Albert Deß

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang II — Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ — GLÖZ 7

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Schutz von Feuchtgebieten und kohlenstoffreichen Böden einschließlich**

**entfällt**

*eines Erstumbruchverbots*

Or. de

**Änderungsantrag 727**  
**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II — Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ — GLÖZ 7**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Schutz von Feuchtgebieten und  
kohlenstoffreichen Böden einschließlich  
eines Erstumbruchverbots*** ***entfällt***

Or. fr

**Änderungsantrag 728**  
**Anneli Jäätteenmäki, Riikka Manner, Nils Torvalds, Hannu Takkula, Petri Sarvamaa**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ – GLÖZ 7**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Schutz von Feuchtgebieten und  
kohlenstoffreichen Böden einschließlich  
eines Erstumbruchverbots*** ***entfällt***

Or. en

*Begründung*

*Der Schutz von Feuchtgebieten und kohlenstoffreichen Böden einschließlich eines Erstumbruchverbots stellt eine erhebliche Diskriminierung mehrerer Mitgliedstaaten dar. In einigen Mitgliedstaaten ist der Anteil kohlenstoffreicher Böden wesentlich höher als in anderen Mitgliedstaaten. Eine derartige Maßnahme sollte nicht für einzelne landwirtschaftliche Betriebe eingeführt werden. Es könnte zahlreiche Fälle geben, in denen die notwendige strukturelle Entwicklung eines einzelnen landwirtschaftlichen Betriebs durch ein Erstumbruchverbot verhindert werden könnte.*

**Änderungsantrag 729**  
**Diane Dodds**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ – GLÖZ 7**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Schutz von Feuchtgebieten und  
kohlenstoffreichen Böden einschließlich  
eines Erstumbruchverbots**

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 730**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ – GLÖZ 7**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Schutz von Feuchtgebieten und  
kohlenstoffreichen Böden einschließlich  
eines **Erstumbruchverbots**

Schutz von Feuchtgebieten und  
kohlenstoffreichen Böden einschließlich  
eines **Umbruch- und  
Umwandlungsverbots**

Or. en

*Begründung*

*Dieser Wortlaut wäre logischer, wenn das Ziel darin besteht, die Freisetzung von CO<sub>2</sub> nach Bodenumbuch zu verhindern: Wenn kohlenstoffreiche Moorböden oder Feuchtgebiete vor vielen Jahren umgebrochen worden wären, würden sie nicht unter die Vorschrift fallen, und es käme dennoch zu einer erheblichen Freisetzung von CO<sub>2</sub> und einer Mineralisierung.*

**Änderungsantrag 731**  
**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

**Vorschlag für eine Verordnung**

## Anhang II — Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ — GLÖZ 7

*Vorschlag der Kommission*

Schutz von Feuchtgebieten und **kohlenstoffreichen Böden** einschließlich eines Erstumbruchverbots<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Der Umbruch von Feuchtgebieten **und kohlenstoffreichen Böden**, die spätestens 2011 als Ackerland im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1120/2009 eingestuft wurden und der Definition von Ackerland gemäß Artikel 4 Buchstabe f der Verordnung (EU) Nr. DP/xxx entsprechen, gilt nicht als Erstumbruch.

*Geänderter Text*

Schutz von Feuchtgebieten, **Torfböden** und **Heideland** einschließlich eines Erstumbruchverbots<sup>1</sup>

---

Der Umbruch von Feuchtgebieten, **Torfböden** und **Heideland**, die spätestens 2011 als Ackerland im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1120/2009 eingestuft wurden und der Definition von Ackerland gemäß Artikel 4 Buchstabe f der Verordnung (EU) Nr. DP/xxx entsprechen, gilt nicht als Erstumbruch.

Or. es

### Änderungsantrag 732

Diane Dodds

#### Vorschlag für eine Verordnung

## Anhang II – Hauptgegenstand „Boden und Kohlenstoffbestand“ – GLÖZ 7

*Vorschlag der Kommission*

Schutz von Feuchtgebieten und kohlenstoffreichen Böden einschließlich eines Erstumbruchverbots<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Der Umbruch von **Feuchtgebieten und kohlenstoffreichen Böden**, die spätestens 2011 als Ackerland im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1120/2009 eingestuft wurden und der Definition von Ackerland gemäß Artikel 4 Buchstabe f der Verordnung (EU) Nr. DP/xxx entsprechen, gilt nicht als Erstumbruch.

*Geänderter Text*

Schutz von Feuchtgebieten und kohlenstoffreichen Böden einschließlich eines Erstumbruchverbots<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Der Umbruch von **Grünland, das unmittelbar danach mit Gras neu besät wird**, gilt nicht als Erstumbruch.

Or. en

**Änderungsantrag 733**  
**Andrea Zanoni**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Biodiversität“ – SMR 2 – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4

Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4,  
**Artikel 5 Buchstaben a, b und d**

Or. en

*Begründung*

*Ein Artikel aus der Vogelschutzrichtlinie wurde aus den Grundanforderungen an die Betriebsführung herausgenommen. Die entsprechenden Passagen beziehen sich auf das absichtliche Töten oder Fangen wildlebender Vogelarten, die absichtliche Beschädigung von Nestern und Eiern und das absichtliche Stören wildlebender Vogelarten. Diese Passagen müssen wieder in die Grundanforderungen an die Betriebsführung aufgenommen werden, weil es eindeutige Beweise dafür gibt, dass die absichtliche Tötung von Vögeln, insbesondere von Greif- und Singvögeln, nach wie vor ein Problem in ländlichen Gebieten und bei Begünstigten der GAP ist. Die Drohung mit Sanktionen im Zusammenhang mit Zahlungen im Rahmen der GAP ist ein äußerst nützliches Abschreckungsinstrument.*

**Änderungsantrag 734**  
**Anthea McIntyre, Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Biodiversität“ – SMR 2 – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4

Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4,  
**Artikel 5 Buchstaben a, b und d**

Or. en

**Änderungsantrag 735**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Biodiversität“ – SMR 2 – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4

Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4,  
**Artikel 5 Buchstaben a, b und d**

Or. en

*Begründung*

*Wiedereinsetzung des Artikels, der aus der Liste der Grundanforderungen an die Betriebsführung herausgenommen wurde (Artikel 5 Buchstaben a, b und d der Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG) und sich auf das absichtliche Töten oder Fangen wildlebender Vogelarten, die absichtliche Beschädigung von Nestern und Eiern und das absichtliche Stören wildlebender Vogelarten bezieht.*

**Änderungsantrag 736**

**Nessa Childers, Dan Jørgensen, Bas Eickhout, Jutta Haug, Satu Hassi**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Biodiversität“ – SMR 2 – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4

Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4,  
**Artikel 5 Buchstaben a, b und d**

Or. en

*Begründung*

*Die Kommission hat Artikel 5 Buchstaben a, b und d aus der Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG aus den Grundanforderungen an die Betriebsführung herausgenommen. Die entsprechenden Passagen beziehen sich auf das absichtliche Töten oder Fangen wildlebender Vogelarten, die absichtliche Beschädigung von Nestern und Eiern und das absichtliche Stören wildlebender Vogelarten. Es gibt eindeutige Beweise dafür, dass die absichtliche Tötung von Vögeln, insbesondere von Greif- und Singvögeln, nach wie vor ein Problem in ländlichen Gebieten und bei Begünstigten der GAP ist. Die Aufnahme eines Schnittverbots für Hecken und Bäume während der Brut- und Nistzeit von Vögeln in die GLÖZ reicht als Rechtfertigung für die Streichung der genannten Passagen aus der Vogelschutzrichtlinie nicht aus.*

## **Änderungsantrag 737**

**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Biodiversität“ — SMR 2 — letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4**

***Einhaltung der von den Mitgliedstaaten  
gemäß Artikel 4 Absatz 4 festgelegten  
Maßnahmen für besondere  
Vogelschutzgebiete***

Or. es

## **Änderungsantrag 738**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Biodiversität“ — SMR 2 — letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 2  
Buchstabe b, Artikel 4 Absätze 1, 2 und 4**

***Beachtung der Beschränkungen  
landwirtschaftlicher Tätigkeit in für  
Wildvögel wichtigen Gebieten und  
Einhaltung der für besondere  
Vogelschutzgebiete geltenden Auflagen***

Or. es

### *Begründung*

*An Stelle eines Verweises auf Artikel aus Richtlinien, die sich auf allgemeine Verpflichtungen der Mitgliedstaaten beziehen, sollte auf die konkreten Anforderungen für die Begünstigten verwiesen werden.*

## **Änderungsantrag 739**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Biodiversität“ – SMR 3 – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 6 Absätze 1 **und** 2

Artikel 6 Absätze 1, 2, **3 und 4**, **Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a**

Or. en

*Begründung*

*Wiedereinfügung von Passagen, die aus der Liste der Grundanforderungen an die Betriebsführung herausgenommen wurden (Artikel 6 Absätze 3 und 4 sowie Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a der Habitat-Richtlinie 92/43/EWG) und sich auf die etwaige erhebliche Beeinträchtigung von Natura-2000-Gebieten durch Pläne oder Projekte, notwendige Ausgleichsmaßnahmen bei Fortsetzung der entsprechenden Arbeiten und die absichtliche Vernichtung geschützter Wildpflanzenarten beziehen.*

**Änderungsantrag 740**

**Nessa Childers, Dan Jørgensen, Bas Eickhout, Jutta Haug, Satu Hassi**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Biodiversität“ – SMR 3 – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 6 Absätze 1 **und** 2

Artikel 6 Absätze 1, 2, **3 und 4**, **Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a**

Or. en

*Begründung*

*Die Kommission hat Artikel 6 Absätze 3 und 4 sowie Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a aus der Habitat-Richtlinie 92/43/EWG aus den Grundanforderungen an die Betriebsführung herausgenommen. Diese Passagen beziehen sich auf die Verpflichtung der zuständigen einzelstaatlichen Behörden zur Prüfung von Plänen und Projekten, die Natura-2000-Gebiete erheblich beeinträchtigen könnten und auf Ausgleichsmaßnahmen für Beeinträchtigungen im Zuge der Durchführung der entsprechenden Arbeiten. Es gibt keinen Grund dafür, diese Passagen aus den Grundanforderungen an die Betriebsführung herauszunehmen.*



**Änderungsantrag 741**  
**Andrea Zanoni**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Biodiversität“ – SMR 3 – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 6 Absätze 1 **und** 2

Artikel 6 Absätze 1, 2, **3 und 4**, **Artikel 13**  
**Absatz 1 Buchstabe a**

Or. en

*Begründung*

*Passagen aus der Habitat-Richtlinie wurden aus den Grundanforderungen an die Betriebsführung herausgenommen. Diese Passagen beziehen sich auf die Verpflichtung der zuständigen einzelstaatlichen Behörden zur Prüfung von Plänen und Projekten, die Natura-2000-Gebiete erheblich beeinträchtigen könnten, auf Ausgleichsmaßnahmen für Beeinträchtigungen im Zuge der Durchführung der entsprechenden Arbeiten und auf die absichtliche Vernichtung geschützter Wildpflanzenarten. Diese Passagen müssen wieder in die Grundanforderungen an die Betriebsführung aufgenommen werden.*

**Änderungsantrag 742**  
**Anthea McIntyre, Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Biodiversität“ – SMR 3 – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 6 Absätze 1 und 2

Artikel 6 Absätze 1 und 2, **Artikel 13**  
**Absatz 1 Buchstabe a**

Or. en

**Änderungsantrag 743**  
**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Biodiversität“ — SMR 3 — letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 6 Absätze 1 und 2

***Einhaltung der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 56 Absätze 1 und 2 festgelegten verpflichtenden Maßnahmen zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen***

Or. es

**Änderungsantrag 744**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Biodiversität“ — SMR 3 — letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 6 Absätze 1 und 2**

***Beachtung der Verwaltungspläne für besondere Vogelschutzgebiete***

Or. es

*Begründung*

*An Stelle eines Verweises auf Artikel aus Richtlinien, die sich auf allgemeine Verpflichtungen der Mitgliedstaaten beziehen, sollte auf die konkreten Anforderungen für die Begünstigten verwiesen werden.*

**Änderungsantrag 745**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Biodiversität“ – SMR 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Einschlägige Maßnahmen aus der Richtlinie 2009/128/EG vom 21. Oktober 2009 über einen***

**Änderungsantrag 746**  
**Albert Deß**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II — Hauptgegenstand „Landschaft, Mindestmaß an landschaftspflegerischen Instandhaltungsmaßnahmen“ — GLÖZ 8**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Erhaltung von Landschaftselementen einschließlich gegebenenfalls von Hecken, Teichen, Gräben, Bäumen (in Reihen, Gruppen oder einzelstehend), Feldrändern und Terrassen, einschließlich eines Schnittverbots für Hecken und Bäume während der Brut- und Nistzeit, sowie etwaige Maßnahmen zur Bekämpfung von invasiven Arten und Schädlingen***

***entfällt***

**Änderungsantrag 747**  
**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II — Hauptgegenstand „Landschaft, Mindestmaß an landschaftspflegerischen Instandhaltungsmaßnahmen“ — GLÖZ 8**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Erhaltung von Landschaftselementen einschließlich gegebenenfalls von Hecken, Teichen, Gräben, Bäumen (in Reihen, Gruppen oder einzelstehend), Feldrändern und Terrassen, einschließlich eines Schnittverbots für Hecken und Bäume während der Brut- und Nistzeit, sowie etwaige Maßnahmen***

***entfällt***

**Änderungsantrag 748**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Landschaft, Mindestmaß an landschaftspflegerischen  
Instandhaltungsmaßnahmen“ – GLÖZ 8**

*Vorschlag der Kommission*

**Erhaltung** von Landschaftselementen einschließlich gegebenenfalls von Hecken, Teichen, Gräben, Bäumen (in Reihen, Gruppen oder einzelstehend), Feldrändern und Terrassen, einschließlich eines Schnittverbots für Hecken und Bäume während der Brut- und Nistzeit, sowie etwaige Maßnahmen zur Bekämpfung von invasiven Arten und Schädlingen

*Geänderter Text*

**Schutz** von Landschaftselementen einschließlich gegebenenfalls von **natürlichen und semi-natürlichen Lebensräumen**, Hecken, Teichen, Gräben, Bäumen (in Reihen, Gruppen oder einzelstehend), Feldrändern und Terrassen, einschließlich eines Schnittverbots für Hecken und Bäume während der Brut- und Nistzeit; **Erhaltung aller semi-natürlichen Lebensräume<sup>1</sup> in ländlichen Gebieten, einschließlich semi-natürlichen Grünlands, semi-natürlicher Waldgebiete, semi-natürlichen Buschwalds und semi-natürlicher Feuchtgebiete, wobei landwirtschaftlichen Betrieben die Trockenlegung, der Umbruch, die Rodung, die Einebnung, die Neuansaat oder die Bewirtschaftung von Ödland oder semi-natürlichen Lebensräumen ohne vorherige Genehmigung der zuständigen Behörden untersagt ist; Erhaltung von Dauerkulturen in gutem vegetativem Zustand** sowie etwaige Maßnahmen zur Bekämpfung von invasiven Arten und Schädlingen

---

<sup>1</sup> **Semi-natürliche Lebensräume bestehen aus Vegetation, die durch Beweidung oder Beschnitt bewirtschaftet wird, aber nicht umgebrochen, besät, synthetisch**

***gedüngt oder mit Bioziden behandelt wird.***

Or. en

*Begründung*

*Dieser Änderungsantrag betrifft erstens natürliche und semi-natürliche Lebensräume, bei denen es sich um Landschaftselemente handeln kann, und zweitens semi-natürliche Lebensräume, die als solche nicht Teil der Verordnung sind. Semi-natürliche Lebensräume können entweder direkt landwirtschaftlich (durch Beweidung oder Mähen) oder indirekt genutzt werden und haben damit beispielsweise einen agrarökologischen Wert als Nahrungsressource oder Zufluchtsort für Bestäuber und natürliche Schädlingsjäger.*

**Änderungsantrag 749**

**Anthea McIntyre, Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Landschaft, Mindestmaß an landschaftspflegerischen Instandhaltungsmaßnahmen“ – GLÖZ 8**

*Vorschlag der Kommission*

Erhaltung von Landschaftselementen einschließlich gegebenenfalls von Hecken, Teichen, Gräben, Bäumen (in Reihen, Gruppen oder einzelstehend), Feldrändern und Terrassen, einschließlich eines Schnittverbots für Hecken und Bäume während der Brut- und Nistzeit, sowie ***etwaige Maßnahmen zur Bekämpfung von invasiven Arten und Schädlingen***

*Geänderter Text*

Erhaltung von Landschaftselementen einschließlich gegebenenfalls von Hecken, Teichen, Gräben, Bäumen (in Reihen, Gruppen oder einzelstehend), Feldrändern und Terrassen, einschließlich eines Schnittverbots für Hecken und Bäume während der Brut- und Nistzeit, sowie ***Durchführung aller angemessenen Maßnahmen zur Verhinderung des Eindringens unerwünschter Vegetation wie invasiven Arten auf landwirtschaftlich genutzten Flächen***

Or. en

**Änderungsantrag 750**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Landschaft, Mindestmaß an landschaftspflegerischen**

## Instandhaltungsmaßnahmen“ — GLÖZ 8

### *Vorschlag der Kommission*

Erhaltung von Landschaftselementen einschließlich gegebenenfalls von Hecken, Teichen, Gräben, Bäumen (in Reihen, Gruppen oder einzelstehend), Feldrändern und Terrassen, **einschließlich eines Schnittverbots für Hecken und Bäume während der Brut- und Nistzeit**, sowie etwaige Maßnahmen zur Bekämpfung von invasiven Arten und Schädlingen

### *Geänderter Text*

Erhaltung von Landschaftselementen einschließlich gegebenenfalls von Hecken, Teichen, Gräben, Bäumen (in Reihen, Gruppen oder einzelstehend), Feldrändern und Terrassen sowie etwaige Maßnahmen zur Bekämpfung von invasiven Arten und Schädlingen

Or. es

### *Begründung*

*Gemäß dem vorliegenden Entwurf sind diese allgemeinen Vogelschutzmaßnahmen bereits Bestandteil von RGL2.*

## **Änderungsantrag 751**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Landschaft, Mindestmaß an landschaftspflegerischen Instandhaltungsmaßnahmen“ – GLÖZ 8**

### *Vorschlag der Kommission*

**Erhaltung** von Landschaftselementen einschließlich gegebenenfalls von Hecken, Teichen, Gräben, Bäumen (in Reihen, Gruppen oder einzelstehend), Feldrändern und Terrassen, einschließlich eines Schnittverbots für Hecken und Bäume während der Brut- und Nistzeit, sowie **etwaige** Maßnahmen zur Bekämpfung von invasiven Arten und Schädlingen

### *Geänderter Text*

**Schutz** von Landschaftselementen einschließlich gegebenenfalls von **semi-natürlichen Lebensräumen**, Hecken, Teichen, Gräben, Bäumen (in Reihen, Gruppen oder einzelstehend), Feldrändern und Terrassen, einschließlich eines Schnittverbots für Hecken und Bäume während der Brut- und Nistzeit, sowie **angemessene** Maßnahmen zur Bekämpfung von invasiven Arten und Schädlingen

Or. en

## *Begründung*

*Aggressive dominante invasive Arten verringern die biologische Vielfalt in erheblichem Ausmaß und senken die Widerstandsfähigkeit von Agrarökosystemen und semi-natürlichen Ökosystemen gegenüber Überschwemmungen, Dürren und Schädlingsbefall – Ereignissen, die im Zuge des Klimawandels immer häufiger auftreten werden. Es sollte zumindest die Anforderung geben, einen Bericht zu erstellen und grundlegende Maßnahmen zu treffen. Das Streichen der gesamten Anforderung kann nicht die Lösung sein. Mittel der öffentlichen Hand können gespart werden, wenn zu einem früheren Zeitpunkt rasch reagiert wird, und je länger ein Befall vorliegt, desto teurer und aufwendiger ist dessen Beseitigung.*

### **Änderungsantrag 752**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### **Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Landschaft, Mindestmaß an landschaftspflegerischen Instandhaltungsmaßnahmen“ – GLÖZ 8 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Mindestinstandhaltungsmaßnahmen in ländlichen Gebieten zur Erhaltung eines konstanten Zustands der Landschaft und der biologischen Vielfalt; zu den Standards sollten die Mindestbesatzdichte oder und geeignete Beweidungs- und Mähregelungen sowie die Erhaltung von Dauerkulturen in gutem vegetativem Zustand gehören***

Or. en

## *Begründung*

*Die Standards für Mindestinstandhaltungsmaßnahmen sollten nicht auf die Erhaltung von Landschaftselementen wie Hecken oder Bäumen beschränkt sein. Mit den Standards sollte dafür gesorgt werden, dass ökologische Werte (Landschaft, biologische Vielfalt, Kohlenstoffspeicherung, Bodenschutz) in ländlichen Gebieten nicht durch Kultivierung und Intensivierung verloren gehen und dass in allen ländlichen Gebieten ein Mindeststandard erreicht wird, bei dem durch ein Mindestmaß an landwirtschaftlicher Tätigkeit, wie Beweidung, Mähen usw., ein konstanter Zustand der Landschaft und der biologischen Vielfalt erhalten wird.*

**Änderungsantrag 753**

**Bas Eickhout**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Landschaft, Mindestmaß an landschaftspflegerischen Instandhaltungsmaßnahmen“ – GLÖZ 8 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Schutz von Dauergrünland auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe durch ein Umbruchverbot***

Or. en

**Änderungsantrag 754**

**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Lebensmittelsicherheit“ — SMR 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Richtlinie 96/22/EG des Rates vom 29. April 1996 über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von  $\beta$ -Agonisten in der tierischen Erzeugung (ABl. L 125 vom 23.5.1996, S. 3)***

***entfällt***

Or. fr

**Änderungsantrag 755**

**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Lebensmittelsicherheit“ — SMR 5 — letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Artikel 3 Buchstaben a, b, d und e sowie Artikel 4, 5 und 7***

***entfällt***



**Änderungsantrag 756**  
**Albert Deß**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II — Hauptgegenstand „Kennzeichnung und Registrierung von Tieren“ —**  
**SMR 6**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Richtlinie 2008/71/EG des Rates vom 15.***      ***entfällt***  
***Juli 2008 über die Kennzeichnung und***  
***Registrierung von Schweinen (ABl. L 213***  
***vom 8.8.2008, S. 31)***

**Änderungsantrag 757**  
**Anthea McIntyre, Julie Girling, James Nicholson, Richard Ashworth**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Kennzeichnung und Registrierung von Tieren“ – SMR 6**  
**– letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 3, 4 und 5

Artikel 4 und 5

**Änderungsantrag 758**  
**Albert Deß**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II — Hauptgegenstand „Kennzeichnung und Registrierung von Tieren“ —**  
**SMR 7**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 des***      ***entfällt***  
***Europäischen Parlaments und des Rates***

**vom 17. Juli 2000 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen (ABl. L 204 vom 11.8.2000, S. 1)**

Or. de

**Änderungsantrag 759**  
**Albert Deß**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II — Hauptgegenstand „Kennzeichnung und Registrierung von Tieren“ — SMR 8**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Verordnung (EG) Nr. 21/2004 des Rates vom 17. Dezember 2003 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 8) Artikel 3, 4 und 5**

**entfällt**

Or. de

**Änderungsantrag 760**  
**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II — Hauptgegenstand „Tierseuchen“ — SMR 9**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1)**

**entfällt**

Or. fr

**Änderungsantrag 761**  
**Michel Dantin**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II — Hauptgegenstand „Tierseuchen“ — SMR 9 — letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 7, 11, 12, 13 und 15**

**entfällt**

Or. fr

**Änderungsantrag 762**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Maßnahmen gegen Antibiotikaresistenz“ (neu) –  
Überschrift**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Maßnahmen gegen Antibiotikaresistenz***

Or. en

*Begründung*

*Commission Action plan against the rising threats from Antimicrobial Resistance, (COM(2011) 748 final, 15.11.2011), particularly relevant aspects of Action 5: Animal Health Law: prevention of diseases, reducing the use of antibiotics & Action n° 10: Strengthen surveillance systems on AMR and antimicrobial consumption in animal medicine. Antimicrobial resistance monitoring in food producing animals is already mandatory for bacteria that may infect humans. To avoid the growth of resistant bacteria, antimicrobials classified by the WHO as critically important should be exempted from use in livestock, except in duly substantiated cases. A general reduction of the use of antimicrobials in animals can be achieved through improved animal health and biosecurity measures as well as promotion of Good Farming Practices to avoid infections.*

**Änderungsantrag 763**  
**Bas Eickhout**  
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Maßnahmen gegen Antibiotikaresistenz“ (neu) – GLÖZ**  
**8 c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Aktionsplan der Kommission zur Abwehr der steigenden Gefahr der Antibiotikaresistenz (COM(2011) 748 endgültig, 15.11.2011); bei zur Nahrungsmittelerzeugung genutzten Tieren: gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft zur Verhinderung von Infektionen, darunter auch die Beschränkung der Besatzdichte, die Dokumentation der Behandlung einschließlich Prophylaxe und Verzicht auf Antibiotika von besonderer Bedeutung***

Or. en

*Begründung*

*Commission Action plan against the rising threats from Antimicrobial Resistance, (COM(2011) 748 final, 15.11.2011), particularly relevant aspects of Action 5: Animal Health Law: prevention of diseases, reducing the use of antibiotics & Action n° 10: Strengthen surveillance systems on AMR and antimicrobial consumption in animal medicine. Antimicrobial resistance monitoring in food producing animals is already mandatory for bacteria that may infect humans. To avoid the growth of resistant bacteria, antimicrobials classified by the WHO as critically important should be exempted from use in livestock, except in duly substantiated cases. A general reduction of the use of antimicrobials in animals can be achieved through improved animal health and biosecurity measures as well as promotion of Good Farming Practices to avoid infections.*

**Änderungsantrag 764**

**Sergio Gutiérrez Prieto, Iratxe García Pérez, Ricardo Cortés Lastra, Alejandro Cercas**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Pflanzenschutzmittel“ — SMR 10 — letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Artikel 55 Sätze 1 und 2***

***Angemessene Verwendung von***

***Pflanzenschutzmitteln und vorbehaltlose  
Einhaltung des integrierten  
Pflanzenschutzes gemäß der Richtlinie  
2009/128/EG.***

Or. es

**Änderungsantrag 765**

**Esther Herranz García, Gabriel Mato Adrover, Pilar Ayuso, María Auxiliadora Correa Zamora**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II — Hauptgegenstand „Pflanzenschutzmittel“ — SMR 10 — letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Artikel 55 Sätze 1 und 2

***Richtige Verwendung von ausschließlich genehmigten Pflanzenschutzmitteln in der empfohlenen Menge und entsprechend den Angaben auf dem Etikett. Führung eines Registers, in dem der Name des verwendeten Produkts, die Formel, das Datum und die markierte Fläche der Anwendung, der Anwender und seine Qualifikation sowie die Dosis und das Verfahren der Anwendung verzeichnet sind.***

Or. es

**Änderungsantrag 766**

**Janusz Wojciechowski**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang II – Hauptgegenstand „Tierschutz“ – SMR 13 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Richtlinie 1999/74/EG des Rates vom 19. Juli 1999 zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen (ABl. L 203 vom 3.8.1999, S. 53–57)***

Or. en

**Änderungsantrag 767**  
**Janusz Wojciechowski**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Tierschutz“ – SMR 13 a (neu) – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 3, 4 und 6**

Or. en

**Änderungsantrag 768**  
**Janusz Wojciechowski**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Tierschutz“ – SMR 13 b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Richtlinie 2007/43/EG vom 28. Juni 2007  
mit Mindestvorschriften zum Schutz von  
Masthühnern (ABl. L 182 vom 12.7.2007,  
S. 19–28)**

Or. en

**Änderungsantrag 769**  
**Janusz Wojciechowski**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang II – Hauptgegenstand „Tierschutz“ – SMR 13 b (neu) – letzte Spalte**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 3, Artikel 4 Absatz 6**

Or. en

